

Protokoll

25. Sitzung vom 12. Dezember 2016

rsa

Seite 584

Behörde	Gemeinderat
Traktanden	Siehe unten
Sitzungsdatum/Zeit	Montag, 12. Dezember 2016, 18.00 Uhr – 23.10 Uhr
Sitzungsort	Sitzungssaal Untermosen, Gulmenstrasse 4
Teilnehmende	35 Mitglieder des Gemeinderats und der Stadtrat, Esther Ramirez, Ratssekretärin, Ruth Schäfer, Ratssekretärin-Stv., sowie Peter Krapf, Ratsweibel

Entschuldigte

Traktanden

1. Mitteilungen
2. Abnahme des Protokolls vom 3. Oktober 2016
3. Voranschlag 2017 und Festsetzung des Steuerfusses

Die Traktandenliste wurde rechtzeitig, am 2. Dezember 2016, in der ZSZ amtlich publiziert.

Auf Anfrage gibt es keine Einwände gegen die Traktandenliste.

1. Mitteilungen

Gemeinderatspräsidentin Monika Greter begrüsst zur Sitzung. Besonders bedanke sie sich bei Peter Krapf und seinen Helfern für den schönen Christbaum, der aufgestellt worden sei. Das Interesse der heutigen Budgetsitzung sei enorm.

Auf dem Tisch befinde sich wie jedes Jahr das Jahrbuch der Stadt Wädenswil. Es gelte als Dank für ihre Arbeit.

Verabschiedung von Ivano Coduri, SVP, aus dem Gemeinderat

Gemeinderatspräsidentin Monika Greter teilt mit, dass Ivano Coduri seit 2011 im Gemeinderat sei. Er sei damals als Ersatz für Martin Lampert gewählt worden. Seit 2011 bis heute sei er immer in der Raumplanungskommission gewesen. Eine Zeitlang sei sie selber in der gleichen Kommission gewesen und habe Ivano Coduri und seine Fachkompetenz kennen lernen dürfen, die er in die Raumplanungskommission eingebracht habe. Im Namen der Stadt Wädenswil danke sie ihm herzlich.

Ivano Coduri, SVP, sagt, dass er sich bei allen und vor allem bei der Raumplanungskommission bedanke. Dort habe es zum Teil heftige Debatten gegeben. Sie seien nicht immer alle gleicher Meinung gewesen. Sie hätten aber immer eine gute Gesprächskultur und Kameradschaft gehabt. Das habe er sehr geschätzt und habe ihm viel gebracht.

Verabschiedung von Erich Schärer, SVP, aus dem Gemeinderat

Gemeinderatspräsidentin Monika Greter führt aus, dass Erich Schärer bei den Erneuerungswahlen 2010 in den Gemeinderat gewählt worden sei. Von 2010 - 2013 sei er Mitglied der Bürgerrechtskommission gewesen. Dann sei er ins Büro gewählt worden. Von 2013 - 2014 habe er als 2. Vizepräsident geamtet und von 2014 - 2015 sei er 1. Vizepräsident gewesen. Im letzten Jahr sei er Gemeinderatspräsident und somit ihr Vorgänger gewesen. Heute sei er Stimmzähler und sie gehe davon aus, dass er heute Abend auch nochmals gebraucht werde. Sie habe gehört, dass er aus dem Gemeinderat zurücktrete, weil er sich für anderes einsetzen werde, das der Allgemeinheit dient. Für sein Engagement danke sie ihm herzlich im Namen der ganzen Stadt.

Erich Schärer, SVP, sagt, dass er die sieben Jahre im Gemeinderat gerne gemacht habe. Wie Monika Greter es bereits erwähnt habe, habe er mit dem Präsidentschaftsjahr seinen Höhepunkt gehabt. Die Umstände, die er leider nicht beeinflussen könne, hätten ihn dazu bewogen, kurzfristig zurückzutreten. Eigentlich hätte er die Amtsdauer gerne noch fertig gemacht. Er wünsche dem Rat weiterhin interessante Debatten trotz aller Unterschiede, die da seien. Er wünsche, dass sie miteinander fair seien und einen Weg fänden, auch nach der Sitzung. Dies habe er in Wädenswil geschätzt und laufe sehr gut. Er habe das bereits an anderer Stelle schon erwähnt. Er wünsche alles Gute und danke nochmals.

Gemeinderatspräsidentin Monika Greter erinnert daran, dass im Saal die Akustik schlecht sei und darum laut gesprochen werden solle, da so viele Besucher im Saal seien. Sie werde es auch versuchen.

1.1 Eingänge

- Schriftliche Anfrage der SVP-Fraktion, vom 7. November 2016, betreffend Türkisch-Islamischer Kulturverein Wädenswil
- Bericht und Antrag Voranschlag 2017
- Schriftliche Anfrage der Fraktion der Grünen, vom 21. November 2016, betreffend Verlodiebstähle Wädenswil
- Interpellation der Fraktion der Grünen, vom 20. November 2016, betreffend Weiterbestehen Quartiermobil
- Interpellation der Fraktion der Grünen, vom 21. November 2016, betreffend Aufwertung Seegüetli
- Interpellation der SVP/BFPW-Fraktion, vom 22. November 2016, betreffend Stromverbrauch und Kosteneinsparung
- Beantwortung des Postulats der Grünen Partei, vom 23. September 2015, überwiesen am 23. November 2015, betreffend Eisbahn Wädenswil
- Protokoll der GR-Sitzung vom 3. Oktober 2016

1.2. Überweisungen

-

2. Abnahme des Protokolls vom 3. Oktober 2016

Das Protokoll der Sitzung vom 3. Oktober 2016 wird genehmigt.

10.07

3. Voranschlag 2017 und Festsetzung des Steuerfusses

Gemeinderatspräsidentin Monika Greter schlägt für die nachfolgenden Beratungen und Beschlussfassungen vor, gemäss der Reihenfolge auf Seite 160 des Voranschlags vorzugehen.

Demzufolge werde erstens über den vorliegenden Voranschlag 2017 inklusive Leistungsaufträgen mit Globalkrediten der FLAG-Abteilungen beraten.

Zweitens werde der Steuerfuss 2017 verhandelt und festgelegt.

Die endgültige Festlegung des Voranschlags sei abhängig vom Beschluss über den Steuerfuss.

Abschliessend werde über das Gesamtpaket, Voranschlag (evtl. mit Änderungen, diese werden dann nochmals festgehalten) und Steuerfuss, eine Schlussabstimmung durchgeführt.

Auf Anfrage der **Gemeinderatspräsidentin Monika Greter** gibt es keine Einwände gegen dieses Vorgehen.

Erstens Voranschlag und Leistungsaufträge

Gemeinderatspräsidentin Monika Greter erklärt, dass der Gemeinderat verpflichtet sei, den Voranschlag zu behandeln, weshalb auf eine Eintretensdebatte verzichtet werde (Art. 25 Geschäftsreglement). In der Detailberatung werde Abteilung für Abteilung durchgegangen. Die Änderungsanträge der GRPK und der Fraktionen würden bei den jeweiligen Abteilungen behandelt und es werde sofort darüber abgestimmt, erst am Schluss werde über den Voranschlag 2017 als Ganzes abgestimmt.

Gerne gehe sie kurz auf den Voranschlag im Allgemeinen ein. Es sei zu vermerken, dass beim Voranschlag hauptsächlich über Budgetposten, also über Zahlen abgestimmt werden könne. Wie die schlussendlich festgesetzten Budgetposten erreicht würden, liege in der Kompetenz des Stadtrats. Daraus gehe hervor, dass einzelne Anträge der GRPK lediglich als Empfehlungen an den Stadtrat weitergegeben werden könnten.

Weiter sei festzuhalten, dass nur über Konti abgestimmt werden könne, die im Voranschlag (blaue Version) ausgewiesen seien. Über Unterkonti, die im Voranschlag nicht erscheinen würden, sei keine Abstimmung möglich. Eine Änderung könne nur beim übergeordneten Hauptkonto erfolgen.

Bei Globalkrediten sei es nicht möglich über einzelne Ausgabenposten abzustimmen. Die Steuerung müsse über die Erhöhung oder Kürzung des Nettoglobalkredits erfolgen oder über die Änderung von Zielen, Indikatoren und Standards.

Sie werde jeweils bei den einzelnen Anträgen nochmals darauf eingehen. Im Weiteren lege sie Wert darauf, dass die Anträge begründet würden.

Zur Detailberatung zum Voranschlag (abteilungsweises Vorgehen)

Präsidentin der GRPK, Christina Zurfluh Fraefel, SVP, führt aus, dass im 2017 mit einem BIP-Wachstum von ca. 1.8% gerechnet werden könne, nachdem bereits im 2016 ein Wachstum von 1.5% erreicht worden sei. Positive Impulse seien vom Aussenhandel sowie vom Staatskonsum gekommen. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte hätten stattdessen stagniert. Die Schweizer Wirtschaft sei also trotz Risiken vorsichtig optimistisch gestimmt, nicht so die Zahlen der Stadt Wädenswil für das kommende Jahr.

Diese leider nicht sehr erfreulichen Zahlen zum Budget seien der GRPK Ende September von Stadtrat Peter Schuppli und dem neuen Leiter Finanzen, Stefan Müller, präsentiert worden. Ein Dank gehe an die beiden Herren für die übersichtliche Präsentation.

Werde der Aufwand von total CHF 171.0 Mio. betrachtet, dann seien es CHF 1 Mio. weniger als im Voranschlag 2016 oder anders gesagt, gerademal ein halbes Prozent sei insgesamt eingespart worden.

Zum Thema Sparen: Es sei ihnen wiederholt versichert worden, dass bei allen Abteilungen der Rotstift angesetzt worden sei. Wie sie bereits vor einem Jahr moniert habe, fehle es bei diesen Sparübungen leider immer noch an einer gesamtheitlichen Betrachtungsweise.

Wieso sei immer noch keine Analyse der Prozesse, zum Beispiel mit ZHAW-Studenten, gemacht worden. Warum sei nicht analysiert worden, was die Stadt selber machen müsse und was an externe Firmen kostengünstiger vergeben werden könnte. Wie wäre es zum Beispiel mit einem abteilungsübergreifenden, zentralen Einkauf, ohne dafür gleich eine neue Stelle zu schaffen. Sie sei überzeugt, dass es unter den bestehenden Mitarbeitenden durchaus Potenzial für ein solches Job-Enrichment gebe. Warum gebe es bei der Stadt kein „Pooling“ als Standard, zum Beispiel einen Administrations-Pool, einen Facility Management-Pool, einen Fahrzeug-Pool, einen Pool für externe Beratungsmandate usw. Alle Aufwandsposten, die in mehr als einer Abteilung Kosten verursachen würden, müssten im Pool bewirtschaftet werden.

Eine solche ganzheitliche Betrachtungsweise lasse sich besser einnehmen, wenn ein übergeordneter Rahmen existiere. Mit anderen Worten, und sie komme nun wieder damit, ein

Leitbild für eine einfache und hilfreiche Orientierung. Es gebe bestimmt viele Synergien, die abteilungsübergreifend genutzt werden könnten. Aber der Leidensdruck scheine noch nicht gross genug zu sein und die Zeit sei anscheinend auch noch nicht reif dafür. Die Zeit müsse reifen, wie zum Beispiel bei der Fusion von Gemeinden. Da habe es auch viele Jahre Widerstand gegeben und sei ein „no go“ gewesen. Heute würden Gemeinden genauso fusionieren wie Unternehmen in der Privatwirtschaft. Ihnen werde jeweils gesagt, dass die Verwaltung nicht mit der Privatwirtschaft verglichen werden dürfe. Sie fänden, das könnten sie ab und zu doch. Ein Blick über den Gartenzaun habe noch nie geschadet.

Beim Immobilien-Portfolio wäre es ratsam, Entscheide zu treffen, welche Immobilien nicht von der Stadt genutzt und/oder nicht zwingend im eigenen Besitz sein müssten. Also die Einnahmen nicht nur auf die Steuern zu konzentrieren.

Ein Legislaturziel des Stadtrats sei ein konstanter Steuerfuss. Das bedeute theoretisch, falls die OSW morgen Abend den Steuerfuss um ein Prozent senke, könnte die Stadt um ein Prozent erhöhen.

Die Bautätigkeit im Hangenmoos lasse darauf schliessen, dass auch im 2017 mit einem leichten Bevölkerungswachstum zu rechnen sei, was sich auch auf die Steuereinnahmen auswirken dürfte. Es bleibe zu hoffen, dass der Rütihof Erfolgsgeschichte schreiben könne und somit positive Signale aussende damit Betriebe angesiedelt werden können, die auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten genug Durchhaltevermögen hätten. Dies nicht zuletzt dank einem stabilen, kalkulierbaren Steuerfuss. Solche Firmen seien für Wädenswil wichtig, denn die Schüler von heute seien die Arbeitnehmenden von morgen.

Zu den Einnahmen: Insgesamt seien bei der Stadt ordentliche Steuereinnahmen von CHF 49.6 Mio., übrige Steuern von CHF 9.9 Mio. und Grundsteuern von CHF 7.0 Mio. budgetiert worden. Das ergebe ein Total von CHF 66.5 Mio. Ende Jahr werde mit einem Eigenkapital von ca. CHF 40.5 Mio. gerechnet.

Die Investitionen ins Verwaltungsvermögen seien nach wie vor hoch mit CHF 22.2 Mio. und die ordentlichen Abschreibungen seien mit rund CHF 11 Mio. budgetiert. Im Budget 2017 sei ein Aufwand von knapp CHF 171 Mio. und ein Ertrag von gut CHF 168 Mio. geplant. Das ergebe ein Defizit von CHF 2.3 Mio.

Die einzelnen Abteilungen seien vom 31. Oktober bis 4. November 2016 durch die GRPK besucht worden. Ein Dankeschön gehe an alle Beteiligten der verschiedenen Verwaltungsabteilungen für den geleisteten Effort. In der Detailberatung höre man dann mehr von den GRPK-Mitgliedern.

Nochmals zum Thema Sparen: Sie würden immer wieder Aussagen hören wie: „Da dürfe nicht gespart werden, da sie Bildungs- und Forschungsstadt seien.“ Gerade die Bildung würden sie sich heute enorm viel kosten lassen. Anhand einer „Milchbüechli-Rechnung“ habe sie das bereits mehrere Male dargestellt. Sie hätten Steuereinnahmen von gut CHF 60 Mio., davon würden über 20% an die OSW gehen, also über CHF 12 Mio. für die Bildung von knapp 600 Schülern. Das mache rund CHF 20'000.- pro Schüler aus. Um es einfach zu halten: CHF 60 Mio. minus CHF 12 Mio. gebe CHF 48 Mio. Davon brauche der Bereich Schule

und Jugend auch noch etwa CHF 30 Mio. Das heisse, dass dort ein Schüler auch etwa CHF 20'000.- koste. Bei der Primarschule rede man von 1'600 Schülern. Es würden also CHF 18 Mio. von den Steuern übrig bleiben für den Rest der Bevölkerung von doch über 20'000 Personen. Somit würden CHF 900.- pro Person vom Steuersubstrat für die ganz normalen Bürger übrig bleiben. Davon müsse die Stadt all die Leistungen erbringen. Wenn 70% des Steuersubstrats, ohne interne Verrechnungen, für die Bildung, Schule und Jugend gebraucht werde, sei es nicht wenig und es sei ein namhafter Betrag. Unter Punkt D im Bericht und Antrag der GRPK hätten sie diverse Anträge formuliert. Ein Teil der GRPK-Anträge werde in Empfehlungen umformuliert, inhaltlich werde aber immer noch das Gleiche gemeint.

Dass die Sparanträge der GRPK nur einen Tropfen auf den heissen Stein seien, sei ihnen sehr wohl bewusst. Sie sollten aber die Richtung aufzeigen. Sie betone nochmals, dass es nicht darum gehe, die Arbeit einzelner Abteilungen zu hinterfragen oder zu kritisieren. Es fehle ganz einfach die ganzheitliche Betrachtungsweise der städtischen Finanzen. Nach wie vor sähen sie keine Bereitschaft, althergebrachte Strukturen aufzubrechen, organisch Gewachsenes zu hinterfragen und Neues auszuprobieren.

Die kommenden Herausforderungen, es seien einige, könnten nur mit vereinten Kräften gemeistert werden. Dazu brauche es kein Gegeneinander und kein „Gärtli-Denken“, sondern einen Wir-Gedanken. Das sei unter anderem dann gewährleistet, wenn alle Abteilungen und Mitarbeitende auch übergeordnete Zielvorgaben hätten, diese kennten, unterstützten und mitarbeiten würden, diese umzusetzen.

Nun noch ein paar Anmerkungen als SVP-Vertreterin von bürgerlicher Seite. Ihnen werde vermehrt Spar-Hysterie vorgeworfen. Unter Hysterie werde in der Psychiatrie eine neurotische Störung verstanden, populär-medizinisch habe es eine eher abwertende Bedeutung und umgangssprachlich verstehe man darunter extrovertierte Gefühlsausbrüche oder neudeutsch: ausflippen. Dagegen wehre sie sich als bürgerliche Vertreterin entschieden. Auch wenn der Steuerfuss in der Vergangenheit mehrmals gesenkt worden sei, bleibe es eine Tatsache, dass sie noch weit weg von den steuerlich attraktiven Standorten seien. Wädenswil habe zwar nicht gerade das Image einer Steuerhölle, aber zwischen Himmel und Hölle liege ja bekanntlich das Fegefeuer und das sei auch nicht wirklich attraktiv. Dass es Jahre respektive Jahrzehnte für eine Imagekorrektur brauche, sei jedem Kommunikationsprofi hinlänglich bekannt. Und dass die Strategie bis dato vielleicht noch nicht den erwünschten Erfolg gebracht habe, sei die logische Ableitung davon. Es brauche also nach wie vor Zeit und Geduld, bis das Vertrauen in Wädenswil aufgebaut sei und sie als verlässlicher, kalkulierbarer Standort gälten.

Sie komme zum Schlussantrag. Die Mitglieder der GRPK und auch der SVP-Fraktion würden beantragen, den Voranschlag der politischen Gemeinde für das Jahr 2017 inkl. Leistungsaufträge mit Globalkredit der entsprechenden Abteilungen, unter Berücksichtigung der Abstimmungen zu den Anträgen der GRPK und zum Steuerfuss, zu genehmigen.

Mitglied der GRPK, Christine Merseburger, EVP, teilt mit, dass sie nach den einleitenden Worten der Präsidentin der GRPK, Christina Zurfluh Fraefel, im Namen der EVP/EDU-Fraktion auch noch einige allgemeine Bemerkungen zum Budget 2017 mache.

Dass die Stadt Wädenswil mit grossen finanzpolitischen Herausforderungen konfrontiert sei, sei in den letzten Jahren für alle offensichtlich geworden. Die grossen Sparanstrengungen, die die Finanzpolitik der letzten Jahre geprägt hätten, hätten jedoch nicht die gewünschten Auswirkungen gebracht. Trotz Sparen und Gürtel enger schnallen sei das Defizit nicht kleiner, sondern eher grösser geworden. Eigentlich vorhersehbar; denn ein Drucker in der Verwaltung weniger, eine abgesagte Schulreise oder eine kleinere Entschädigung, das alles seien nur Tropfen auf den heissen Stein. Die wirklich grossen Ausgaben seien entweder gebunden oder unabdingbar und könnten demzufolge nicht verkleinert werden. Die Schule, die Pflegekosten, der Unterhalt der Strassen, die Abfallentsorgung, die Verwaltung, all das koste und sei Aufgabe der Stadt. Einige überflüssige Kosten seien bei der Überprüfung im Zusammenhang mit den Sparrunden gefunden worden und seien dann auch weggefallen. Das sei auch gut so.

Wer den diesjährigen Voranschlag studiere, sehe dass die neusten Budgetkürzungen so langsam ans Lebendige gehen würden. Dass die Kürzungen wirklich schmerzen würden sei auch daran erkennbar, dass es selbst von bürgerlicher, sparwilliger Seite, Widerstand gegen gewisse Einsparungen gebe und mit allen Mitteln versucht werde, diese wieder rückgängig zu machen. Das lasse sie doch ein wenig schmunzeln.

Die Primarschule habe nicht gejammert, sondern habe sich Mühe gegeben und gespart und gestrichen. Keine freiwilligen Sport- und Freizeitkurse mehr, die Aufgabenhilfe sowie die Begabten- und Begabungsförderung seien reduziert worden und auch die Gymivorbereitungskurse seien halbiert worden. Wegen der Sparwut, die ihr überhaupt nicht passen würde, gebe es im schlimmsten Fall gelangweilte, unsportliche Schüler, die das Gymi nicht mehr schaffen würden. Auch solche, die es eher schwer hätten, müssten schauen, wie sie zurechtkämen, wenn sie die Hausaufgaben nun ganz alleine lösen müssten. Es gebe ja auch noch Eltern. Diese sollten helfen und schauen, dass ihre Sprösslinge etwas lernen würden. Hier werde auf dem Buckel der Schwächsten gespart und die Chancengleichheit aufs Spiel gesetzt. Daher begrüsst es sie und ihre Fraktion, dass es verschiedene Anträge gebe, die versuchen würden, diese Entwicklung rückgängig zu machen. Diesen würden sie zustimmen.

An den Reaktionen und Diskussionen merke man, dass die Bevölkerung nicht mehr geschlossen hinter der Sparwut einzelner Parteien stehe. Parteien, die ihr Legislaturziel, keine Steuererhöhung, über alles stellen würden. Auch hier noch eine Bemerkung an die anwesende Bevölkerung, die abstimmen und wählen könne: Was man wähle, das bekomme man. Wer tiefe Steuern wähle, bekomme Einsparungen.

Es werde auch immer wieder, seit sie in der Politik sei, gejammert, dass ein grosser Steuerzahler nicht mehr in Wädenswil sei. Darum sei es mit den Einnahmen so schwierig und die Einnahmenseite sei so geschrumpft. Nach vorne schauen gehe in ihren Augen anders. Was geschehen sei, sei geschehen. Mit der Werkstatt Zürisee, die zwar auch nicht von allen Kollegen hier im Rat gerne gesehen werde, werde hier Gegensteuer gegeben. Das finde sie positiv.

Die nicht ganz so kurze Einleitung führe sie nun zur Kernaussage. Es sei richtig und wichtig, dass der Steuerfuss erhöht werde. Auch dass die Erhöhung jetzt, vor der Abstimmung über die Eingemeindung, komme. Sei es doch ein Zeichen, dass die Stadt Wädenswil bereit sei, ihr Budget, sei es alleine oder als Gross-Wädenswil, in den Griff zu bekommen. Und seien sie doch ehrlich. Auch mit der Erhöhung seien sie noch nicht bei den teuersten Gemeinden und Wädenswil biete als Stadt immer noch, und in einigen Bereichen hoffentlich bald wieder, gute Lebensqualität, für die es sich lohne etwas auszugeben. Das Vertrauen in Wädenswil sei da. Es solle nicht mit Steuersenkungen oder keiner Steuererhöhung kaputtgemacht werden.

Mitglied der GRPK, Rita Hug, Grüne, sagt, dass es Mittwoch, der 30. November 2016, morgens um 6.00 Uhr bei der Familie Hug an der Seestrasse sei. Sie habe die Zürichsee-Zeitung vor sich und lese gespannt einen Artikel auf der Frontseite über die Unternehmenssteuerreform III. Falls diese im Februar 2017 angenommen werde, werde ein Steuerausfall in Wädenswil von CHF 2.67 Mio. prognostiziert, also 5 Steuerprozenten. Uj denke sie da natürlich gleich. CHF 2.67 Mio. weniger Einnahmen würden die Stadt Wädenswil arg belasten. Doch wenn sie weiter lese, werde sie sogleich von einer Aussage des Stadtpräsidenten beruhigt. So meine er, dass der Stadtrat darauf hinarbeiten werde, allfällige Ausfälle ohne Steuererhöhung zu verkraften. Die Reform greife ja erst in 5 Jahren. Ja schön denke sie, das sei doch ein Wort. Diese Geschichte nage aber noch weiter den ganzen Tag an ihr und immer mehr Zweifel kämen auf. Wo bitte schön sollten 5 Steuerprocente in Zukunft eingespart werden, wenn jetzt schon Personal gekürzt und Leistungen abgebaut würden. Was wolle der Stadtrat noch alles kürzen oder gar ganz streichen. Sie frage sich, warum sie heute Abend dieses Dilemma hätten und wegen CHF 20'000.- oder CHF 30'000.- streiten müssten, wenn es möglich sei, Einsparungen von 5 Steuerprozenten zu machen. Wenn einer Ludothek CHF 3'000.- gestrichen werden müssten oder der unentgeltliche Rechtsdienst abgeschafft werde. Irgendetwas stimme da doch einfach nicht. Die ganze Finanzpolitik der Stadt Wädenswil sei ihres Erachtens einfach nicht langfristig ausgerichtet. Sie frage sich, was es denn eigentlich ausmache, in Wädenswil zu leben. Da habe sie wahrscheinlich eine andere Meinung als Christina Zurfluh Fraefel. Sie finde:

- Ein gutes Gefühl, wenn man nach Wädenswil komme, das Sicherheit, Sauberkeit und Wohlbefinden vermittele und nicht Strassen, die verdreckt und schmutzlig seien, weil das Geld für die Reinigung fehle.
- Ein tolles Angebot an Läden und Handwerkerfirmen, die hier ihr Einkommen generieren würden.
- Eine Schule die fortschrittlich sei, die Kinder auf ihrem Niveau abhole und optimal für die Arbeitswelt vorbereite.
- Mieten, die eine gute Durchmischung von Einwohnern zulassen würden.
- Und nicht zuletzt, ein kulturelles wie auch traditionelles Angebot wie zum Beispiel Theater, Fasnacht, Freizeitanlage, Samstagsmärkte oder Viehprämierung, die auch ein Stück weit von der öffentlichen Hand getragen würden.

In Wädenswil würden sie vielleicht mehr Steuern als an anderen Orten zahlen, dafür seien sie auch keine Retortenstadt, wo alle nur zum Schlafen herkämen. Um das zu gewährleisten, werde eine gute Infrastruktur benötigt, die halt auch etwas koste.

Es werde behauptet, dass Wädenswil für Geschäfte aus steuertechnischen Gründen nicht attraktiv sei. Würden da 3 Steuerprozente wirklich eine so grosse Rolle spielen oder seien es nicht viel mehr andere Leistungen, die für das Gewerbe wichtig seien. Zum Beispiel gute Bedingungen, um sich in Wädenswil anzusiedeln oder eine zackige Verwaltung, die einem keine Steine in den Weg lege. Personen, die nur der Steuerfuss interessiere, zögen wohl kaum nach Wädenswil und seien da auch nicht wirklich am richtigen Ort. Wädenswil habe nämlich ganz andere Qualitäten. Es sei ein Ort, an dem es sich gut leben lasse und das koste halt auch etwas. Darum sei es jetzt, da die flüssigen Mittel trotz grossen Sporbemühungen knapp seien, einfach wieder an der Zeit, auf der Einnahmenseite etwas zu machen. Zu lange sei immer wieder auf Steuergelder verzichtet worden. Heute Abend werde ein grosser Meilenstein gelegt, in welche Richtung Wädenswil sich weiterentwickle. Zu verlieren hätten sie viel. Nämlich einen guten Ruf als innovative und attraktive Stadt. Den Status von einer Bildungsstadt zu einer „Minimum-Stadt“ und den Ruf als loyaler und zuverlässiger Arbeitgeber. Wenn sie heute Abend abstimmen, sollten sie sich gut überlegen, in welche Richtung die Stadt gehen solle.

Mitglied der GRPK, Walter Münch, FDP, sagt, dass die FDP-Fraktion ziemlich überrascht gewesen sei, als der Stadtrat zusammen mit dem Voranschlag 2017 eine Steuererhöhung von 3 Prozentpunkten angekündigt habe. Im Januar hätten sie im Gemeinderat den Finanz- und Entwicklungsplan zur Kenntnis genommen. Da sei Seitens des Stadtrats von einem stabilen Steuerfuss für die kommenden Jahre gesprochen worden. Auch im Orientierungsschreiben, das der Stadtrat zum Voranschlag 2017 an die Abteilungen herausgegeben habe, sei ein unveränderter Steuerfuss als Vorgabe für die Budgetierung vorgegeben worden. Nur drei Monate später habe der Stadtrat den Voranschlag 2017 präsentiert mit einem Defizit von rund CHF 2.0 Mio. trotz der Steuerfusserhöhung. Ohne die ausserordentliche, beim Bundesgericht hängige Grundstückgewinnsteuereinnahme von CHF 2.7 Mio. betrüge das Defizit sogar CHF 5.0 Mio.

Auch beim Thema Eingemeindung von Schönenberg und Hütten spreche der Stadtrat mit Überzeugung davon, dass die Eingemeindung ohne Steuerfusserhöhung möglich sei. Er befürchte leider, dass sie sehr bald wieder über eine Steuerfusserhöhung diskutieren würden. Dies werde die Standortattraktivität von Wädenswil massiv verschlechtern und käme zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt. Eben habe der Verkauf der Parzellen im Rütihof gestartet. Eine Steuerfusserhöhung in diesem Ausmass sei das absolut falsche Zeichen an Firmen, die sich neu in Wädenswil niederlassen wollten.

Es mache auch wenig Sinn, am Vorabend der geplanten Eingemeindung von Schönenberg und Hütten eine Steuerfusserhöhung in diesem Ausmass zu veranlassen, statt nach erfolgtem Zusammenschluss eine Beurteilung der dann neuen Ausgangslage abzuwarten.

Bei dieser Ausgangslage sei es wohl nur verständlich, dass sich die Fraktionen eingehend mit den Ausgaben und Leistungen, die nicht gesetzlich vorgeschrieben und nicht wirklich nötig seien, auseinandergesetzt hätten. Leistungen sollten gezielt und nicht im Giesskannenprinzip erbracht werden. Auch hier dürfe es keine Tabus geben, selbst wenn dies unter Umständen zu Reduktionen von Stellenprozenten führe. Es sei ihr Eindruck, dass die Stadtverwaltung nicht oder noch nicht nach abteilungsübergreifenden Synergien suche.

Auch die Antworten der Verantwortlichen zu den Anträgen der GRPK seien oft nicht zielführend. Da werde aus der Defensive argumentiert warum die Vorschläge nicht umgesetzt werden könnten, statt dass der Dialog für eine konstruktive Analyse gesucht werde. Im Gemeinderat und in den Kommissionen sei ein grosses Potenzial an Führungserfahrung und Fachkenntnissen vorhanden. Er frage sich, warum nicht eine proaktive Zusammenarbeit mit den Fraktionen und den Kommissionen gesucht werde. Auf der anderen Seite könnten die Fraktionen und die GRPK vielleicht schon früher im Entscheidungsfindungsprozess auf die Abteilungen zugehen, damit genügend Zeit für eine Diskussion bleibe und die Anträge auch möglichst zielführend formuliert seien. Er denke das könne grundsätzlich verbessert werden.

In den Kommissionen und im Gemeinderat müsste der Mut aufgebracht werden, Weisungen, Investitionen und politische Vorstösse mit Kostenfolgen kritisch zu hinterfragen und auf das absolut Notwendige zu kürzen.

Die FDP fordere den Stadtrat auf, auch Desinvestitionen zu prüfen. Zum Beispiel den Verkauf von Liegenschaften im Finanzvermögen, die für die Stadt nicht unmittelbar von Nutzen seien. Einige Liegenschaftenkäufe der vergangenen Jahre würden ihnen nicht wirklich sinnvoll erscheinen und würden die Stadt nur mit Unterhalts- und Renovationskosten sowie Abschreibungen belasten.

Zum Thema Chancengleichheit sei er persönlich der Meinung, dass sie in der Schweiz und auch in Wädenswil eine überdurchschnittlich hohe Chancengleichheit hätten. Aber Chancengleichheit sei nicht ein Gut, auf das gewartet werden könne bis es einem in den Schoss gelegt werde. Chancen müssten aktiv gesucht und umgesetzt werden. Darin würden sich nun mal Menschen unterscheiden.

Im Moment werde über den Superjackpot im Lotto diskutiert. Sie sollen sich einmal vorstellen, jede Einwohnerin und jeder Einwohner bekäme CHF 100'000.- zur freien Verfügung. Zwei Jahre später sässen sie dann wieder hier im Gemeinderat und sähen sich die Resultate an. Einige hätten in wenigen Monaten das Geld verjubelt und seien wieder Kunden beim Sozialamt. Andere seien auf dumme Ideen gekommen und hätten ihre Beziehung oder Familie zerstört. Der eine habe das Geld immer noch auf dem Sparkonto oder unter der Matratze und andere hätten das Geld durch unternehmerisches Handeln vermehrt. Wie ungerecht und unfair dies doch sei, dass die einen mehr und die anderen weniger hätten, würden die einen wieder sagen. Da müsse unbedingt umverteilt und den Erfolgreichen das Geld weggenommen werden. So gehe es heute dem Mittelstand. Immer werde vom Mittelstand umverteilt. Mangels Superreichen und juristischen Personen bezahle der Mittelstand in Wädenswil den Grossteil der Steuern. Darum denke er, dürfe sich der Mittelstand durchaus wehren, damit er nicht noch mehr abgezockt werde.

Unter den gegebenen Umständen mit stetig steigender Sozialhilfe und Pflegefinanzierung könne sich die FDP-Fraktion mit einer moderaten Steuerfusserhöhung von einem Prozentpunkt abfinden, da die OSW im Gegenzug den Steuerfuss um einen Prozentpunkt senken wolle und die Gesamtbelastung somit gleich bleiben würde. Entsprechend unterstütze die FDP die Kürzungsanträge der Mehrheit der GRPK.

Mitglied der GRPK, Volkan Dogu, CVP, führt aus, dass er ganz kurz auf die Grundhaltung der CVP in dieser Budgetdebatte eingehe. Die CVP setze sich für einen gesunden Haushalt ein. Sie dächten, dass die Stadt die möglichen Sparmassnahmen, auf die sie im letzten Jahr gewartet hätten, umgesetzt oder zumindest das Mögliche probiert habe. Bei den Anträgen der GRPK hätten sie insbesondere im Interesse der Familien entschieden. Das bedeute, die CVP unterstütze übermässige Anträge zu Budgetkürzungen bei der Schule nicht. Aufgrund der Sparmassnahmen der Stadt seien sie bereit, den Steuerfuss zu erhöhen um wachsende Kosten abzufangen und dringende Investitionen zu tätigen. Damit werde das Ziel, ein ausgeglichener Haushalt im Jahr 2017 zu realisieren, erreicht.

Mitglied der GRPK, Pierre Rappazzo, GLP, teilt mit, dass der Stadtrat sich beklage, dass das Kostenwachstum nicht beeinflussbar sei, weil vorwiegend auf Sozialversicherungen und Pflegefinanzierung begründet. So einfach sei es nicht. Einerseits seien auch diese Kosten durch eine langfristige Planung beeinflussbar und andererseits habe das Kostenwachstum in den Jahren davor in der Verwaltung und bei den Staatsbetrieben stattgefunden.

Sie müssten nicht weit suchen, um auf den Start der Kostenexplosion zu blicken. Seit 2010 hätten sich die Verwaltungskosten pro Kopf um sage und schreibe 28% erhöht. Absolut Bevölkerungswachstumsbereinigt seien das jährlich CHF 4.0 Mio. oder anders gesagt, das 10-fache von dem, was bei der Schule gekürzt werden solle. Was sei im 2010 passiert. Richtig, das Stadtpräsidium habe gewechselt. Ob das wohl der einzige Grund sei, wohl kaum. Es sei auch der Posten, der nach der Fusion mit Schönenberg und Hütten auf wundersame Art und Weise eine Kostensenkung von 9% oder CHF 1.7 Mio. erfahre. Eine Kostensenkung auf ein Pölsterli, das sie sich in den letzten fünf Jahren grosszügig aufgebaut hätten. Jetzt solle noch schnell eine Steuererhöhung durchgedrückt werden, damit auch dieser Punkt gesichert sei. Ja, so werde die Vorgabe für die Fusion, keine Steuererhöhung auf lange Zeit, erfüllt.

Sie würden an die Parteien appellieren das Budget zurückzuweisen um dem Stadtrat die Möglichkeit zu geben, bei der Verwaltung nachzubessern. Es lägen, wenn auf die Kosten von 2010 zurückgegangen werde, CHF 4.0 Mio. drin. In der Zwischenzeit sei sogar die Teuerung negativ gewesen, also sei alles günstiger geworden. Auf der anderen Seite gäben sie der Schule nochmals ein Jahr Zeit, ein mehrheitsfähiges Konzept auszuarbeiten. An dieser Stelle müsse er sagen, dass die Schule dieses Jahr Zeit bereits gehabt habe, da genau dies vor einem Jahr auch schon erwähnt worden sei. Er hoffe, dass der politische Schlagabtausch und das Pölsterli für die Fusion nicht auf dem Buckel der Schule ausgetragen werden. Um das „Fusionspölsterli“ zu schützen, habe man stattdessen bei sogenannten „Schulreisli-Posten“ gekürzt. Besonders augenfällig sei dies bei Planen und Bauen, wo der Stadtrat trötze und die Fasnacht abschaffen wolle oder bei der Schule, wo der Stadtrat in der Verzweiflung ebenfalls „Shower Massnahmen“ ergreife wie Kürzung des Schwimmunterrichts, Kürzung der Gymivorbereitung oder die unnötige Streichung von Sport- und Freizeitkursen und Aufgabenhilfe. Solche Trotzreaktionen seien nicht nötig. Er wünsche sich vom Stadtrat etwas mehr Gelassenheit. Damit meine er den gesamten Stadtrat, der als Kollegialbehörde für alle Entscheide des Stadtrats zuständig sei. Als Kollegialbehörde verantworte er die gemeinsame Politik. In diesem Zusammenhang würden sie sich schon ein wenig die Augen reiben, da die Mehrheit des Stadtrats eigentlich bürgerlich sei. Wo seien da die bürgerlichen

Ideale geblieben: nämlich Schutz des privaten Eigentums, effizienter Staat, Privat vor Staat und tiefe Steuern.

Noch ein Wort zum Argument der Linken: In früheren Jahren seien die Steuern gesenkt worden und jetzt müssten diese wieder erhöht werden. Isoliert betrachtet stimme das zwar, die Steuern seien gesenkt worden. Aber wenn der Eigenmietwert und die Gebühren an den Staat miteinbezogen würden, stimme das eben nicht. Die Staatsabgaben würden steigen und steigen.

Darum bäten sie alle, die Parteipolitik nicht auf dem Buckel der Kinder auszutragen. Am Ende der Budgetsitzung solle das Budget zurückgewiesen werden. CHF 400'000.- Kürzung bei der Verwaltung seien in den CHF 4.0 Mio. Fusionspolster gut verkraftbar. Bis dorthin werde die GLP alle Kürzungsanträge mittragen.

Mitglied der GRPK, Christoph Lehmann, SVP, sagt, dass die SVP sich konsequent für einen attraktiven und konkurrenzfähigen Steuerstandort für Unternehmen und Gewerbe einsetze. Dazu gehöre ein möglichst tiefer, ein konstanter Steuerfuss. Dass mit dem Label „Bildungsstadt“ allein kein Steuersubstrat generiert werden könne, hätten sie schon moniert, als es ins Leben gerufen worden sei. Umgekehrt erinnere die SVP auch daran, dass sich daraus keinerlei Ansprüche ableiten lassen würden. Vor dem Hintergrund der gegenwärtig äusserst prekären Finanzlage sei eine Besinnung auf die Kernaufgaben der öffentlichen Hand dringend angezeigt. Die SVP heisse den Voranschlag 2017 insgesamt gut und unterstütze insbesondere die vom Stadtrat bereits beantragten Sparmassnahmen, auch im Schulbereich. Das Angebot der Wädenswiler Bildungsstätte liege trotzdem noch klar über dem kantonalen Mindeststandard. Im Sinne einer ganzheitlichen Betrachtung wollten sie in Erinnerung rufen, dass von den total ca. CHF 60.0 Mio. Steuereinnahmen über die Hälfte allein in die Abteilung Schule und Jugend, spreche in Kindergarten und Primarschule (exkl. Oberstufe), fliesse.

Von „zu Tode sparen“ also keine Rede. Beim Steuerfuss spreche sich die SVP einstimmig für eine moderate Erhöhung um 1% aus. Damit solle einerseits der Spardruck aufrechterhalten und dem hohen Investitionsbedarf Rechnung getragen werden. Auf der anderen Seite solle aber auch das Projekt Werkstadt Zürisee im Hinblick auf Ansiedlung von Gewerbebetrieben und Arbeitsplätzen nicht schon im Keime erstickt werden.

Sie würden dem Stadtrat für seine Bemühungen danken in Zukunft ein ausgeglichenes Budget und einen konstanten Steuerfuss zu präsentieren. Zudem würden sie sich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Wädenswil für eine konsequente und hartnäckige Umsetzung des verabschiedeten Voranschlags 2017 bedanken.

Mitglied der GRPK, Christian Gross, SP, führt aus, dass die Abschaffung der Handänderungssteuer die Wädenswiler rund CHF 2.0 Mio. pro Jahr gekostet habe. Dann sei eine geringere Bemessungsgrundlage für die normale Einkommenssteuer gekommen, auch hier wieder Steuerausfälle in nicht bezifferbarer Höhe. Dann habe sich die Unternehmenssteuerreform II genähert, wobei gesagt werden könne, dass Wädenswil zum Glück glimpflich davon gekommen sei. Die IV sei gezwungen worden, Fälle der Sozialhilfe zu den Gemeinden

zu verlagern. Vor etwa einem halben Jahr habe er eine Interpellation zu den einzelnen Auswirkungen kantonaler Kürzungen für Wädenswil eingereicht. Hier warte er immer noch auf Antwort. Wenn die Antwort dann komme, werde sie bestimmt keine Freudentänze auslösen. Rita Hug habe es bereits angesprochen, am Horizont drohe bereits die Unternehmenssteuerreform III mit Mindereinnahmen von gegen CHF 3.0 Mio. Sie sähen, Wädenswil sei in einem schwierigen Umfeld, wobei gesagt werden könne, dass das Meiste davon nicht Selbstverschulden sei, sondern Kanton und Bund alles auf die Gemeinden abwälzen würden. Trotz allem hätten die Steuern massiv gesenkt werden können von deutlich über 100% um die Jahrtausendwende auf aktuell 84%. Sie hätten dies auch nicht machen können, weil mit diesen Senkungen aus einem schwierigen aber bewältigbaren Umfeld plötzlich ein Millionendefizit entstanden sei. Jetzt komme die Quittung. Sie hätten massive Abbaupakete gemacht, die eine gewisse Wirkung gehabt hätten, jedoch nicht wie gehofft auf den Finanzhaushalt, das Defizit sei nämlich geblieben, sondern der Effekt, den es gehabt habe sei, dass viele Leistungen gestrichen werden mussten. Beispielsweise sei mit diversen Tricks versucht worden, dass man mehr Erdgasfinanzierung in den steuerfinanzierten Bereich bezahle. Dies habe eine gewisse Entastung gebracht aber bei weitem nicht genug. Sie seien an die Grenzen der Legalität gegangen, indem die CHF 3.0 Mio. der Liquidierung der Stiftung Pro Wädenswil, die eigentlich gemäss Volksentscheid für günstigen Wohnraum eingesetzt werden müssten, einfach im Budget der laufenden Rechnung versenkt worden seien. Sie hätten es mit noch massiveren Kürzungen versucht, aber das Defizit sei immer noch geblieben. Das Neuste, den Bildungsabbau im letzten Jahr und nun aktuell wieder. Auch da sei das Defizit geblieben. Es sei angefangen worden leerstehende Stellen nicht mehr zu besetzen, aber aus das habe nicht gereicht. Nun höre man explizit von der SVP und etwas weniger klar von der FDP, dass einfach noch gewartet bzw. weiter gemacht werden solle wie bisher. 10 Jahre Tiefsteuerpolitik sei noch nicht genug um einen Effekt zu zeigen. Wenn es 10 Jahre lang nichts gebracht habe und man weitere 2 - 3 Jahre warte und so weitermache, solle auch einmal die Realität berücksichtigt werden. Die SP habe schon seit Jahren darauf hingewiesen, dass die Steuern in Wädenswil eher tief seien. Sie hätten sich für einen soliden Finanzhaushalt eingesetzt, die die Ausgaben berücksichtigen würden aber eben auch die Einnahmen anschau und diese nicht einfach als Gott gegeben betrachte und sture Abbaupolitik betreibe. Sie hätten sich gefreut, dass das endlich auch der Stadtrat einsehe. Mit etwas weniger heizen oder wie es Pierre Rappazzo gesagt habe mit „Schulreisli“ sparen, könnten eben nicht mehrere Millionen hereingeholt werden. Die Stärke der Schweiz und von Wädenswil seien ein guter Service Publik, starke Infrastruktur, Sicherheit und eine hervorragende Ausbildung. Dazu brauche es Geld. Da Bund und Kanton immer mehr Aufgaben übergeben würden, müssten sie, um alle Aufgaben erfüllen zu können, der Steuerfusserhöhung um 3% zustimmen.

Zu den einzelnen Anträgen äussere er sich später. Er gehe jedoch noch auf die Spar-Hysterie ein, die angesprochen worden sei. Zwar finde er das Wort auch sehr schlecht, nicht wegen der Hysterie sondern wegen dem Wortteil sparen. Es sei doch nicht gespart, wenn die Steuern gesenkt und Leistungen abgebaut würden etc. Sparen heisse, dass sie danach Geld auf der Seite hätten. Aber genau das hätten sie mit der momentanen Politik nicht.

Stadtrat Finanzen Peter Schuppli teilt mit, dass die Geburt des Voranschlags 2017 der Stadt Wädenswil durchaus als Zangengeburt bezeichnet werden könne. Das habe verschiedene Gründe. Erstens befinde sich die Wirtschaft nicht in Topform. Das gelte sowohl für die

westlichen wie auch die asiatischen Industrieländer. Die fehlenden Zugpferde in West und Ost hätten naturgemäss Auswirkungen auf die Schweiz als stark exportorientiertes Land. Das sei denn auch der Grund, weshalb die von den Konjunkturauguren für die Schweiz vorausgesagte geschätzte Wachstumsrate im Laufe des Jahres Schritt für Schritt reduziert worden sei. Zurzeit prognostiziere das Staatssekretariat für Wirtschaft SECO für 2016 noch ein Zuwachs des Bruttoinlandprodukts von 1.5%. Für 2017 dann aber immerhin eine kleine Beschleunigung auf 1.8%. Die makroökonomische Betrachtung lasse sich allerdings nicht 1:1 auf Städte und Dörfer übertragen. Denn jede Kommune habe ein Eigenleben und die Möglichkeit, ihre Ausgaben und Einnahmen mehr oder weniger selber zu steuern. Wenn er sage, mehr oder weniger, meine er die fixen Ausgaben auf der einen Seite, die nicht beeinflusst werden können und von einer übergeordneten Stelle vorgegeben würden. Auch dort, wo die Stadt zuständig und verantwortlich sei, sei nur das möglich, wo es die zur Verfügung stehenden Finanzen zulassen würden.

Und da seien sie schon beim Thema. Auf Pump zu leben sei zwar möglich, aber zeitlich und im Ausmass begrenzt. Je grösser der Schuldenberg, desto teurer werde die Beschaffung des Fremdkapitals. Die Stadt Wädenswil sei wegen der Rechnungsdefizite der letzten Jahre, die notabene jeweils höher als budgetiert ausgefallen seien, zwar nicht in eine dramatische Lage geraten, aber immerhin in eine Situation, in der Handlungsbedarf nach Einschätzung des Stadtrats ausgewiesen sei, um nicht in eine - gegenüber der Bürgerin und dem Bürger - unverantwortliche finanzielle Schieflage zu geraten. Die Ursache für den Zustand sei eine Verschlechterung der finanziellen Situation seit dem Jahr 2014. Der Grund sei ein strukturelles jährliches Defizit von CHF 5.0 bis CHF 7.0 Mio. Die Gründe dafür seien im Wesentlichen Mehrausgaben in den Bereichen Sozialversicherungen und Gesundheit sowie stagnierende oder gar rückläufige Erträge bei den Steuern, vor allem im Bereich der juristischen Personen. Der Wegzug von Steuerzahlern habe sich nachteilig auf die Steuereinnahmen ausgewirkt. Ob sich diese Steuerausfälle durch den Zuzug natürlicher Personen in den neu erstellten Überbauungen kompensieren lasse, werde sich voraussichtlich erst mittelfristig zeigen.

Mit dieser Ausgangslage und mit diesen Perspektiven sei dem Stadtrat nichts anderes übrig geblieben, als konsequent das Ziel von einem einigermaßen ausgeglichenen Budget zu verfolgen. Das sei allerdings trotz allen Sparanstrengungen, der sich kein Bereich und keine Abteilung entziehen konnte, nicht erreicht worden. Die Konsequenz für den Stadtrat sei deshalb die heute beantragte Anpassung des Steuerfusses um 3 Steuerprozent. Ein Steuerprozent entspreche in Wädenswil rund CHF 560'000.-, so dass die beantragte Erhöhung rund CHF 1.7 Mio. mehr Steuerertrag ergeben würde.

Was aber bedeute das konkret für eine steuerpflichtige Einwohnerin bzw. Einwohner. Dazu ein Beispiel: Betrage das steuerpflichtige Einkommen CHF 90'000.- und das steuerbare Vermögen CHF 70'000.- mache ein Steuerprozent CHF 54.- aus. Bei einer Erhöhung des Steuerfusses um 3 Steuerprozent würde das auf das Jahr gerechnet CHF 162.- ausmachen oder CHF 13.50 pro Monat. Mit dem Beispiel wolle er einfach die Relation aufzeigen, die heute Gegenstand der Diskussion um den Steuerfuss sei.

In diesem Zusammenhang sei zu erwähnen, dass Wädenswil auch in Zukunft auf Fremdgeld angewiesen sei und deshalb ein Image brauche, dass sie die Finanzen im Griff hätten. Denn ein schlechtes Image, ein schlechtes Kredit-Rating bedeute höhere Schuldzinsen.

Also müsse ihr Bestreben ein intakter Haushalt sein, so dass sie als kreditwürdig eingestuft würden und darum günstigeres Geld von Banken und Pensionskassen beziehen könnten.

Er bitte sie im Namen des Stadtrats, dem Voranschlag 2017 und der beantragten Steuerfusserhöhung von 3 Steuerprozenten zuzustimmen. Er könne versichern, dass die Erhöhung der Devise „sparsamer Umgang mit öffentlichen Geldern“ nichts ändern werde. Aber die Stadt Wädenswil würde den Beweis liefern, dass sie konsequent das Ziel eines gesunden Haushalts verfolge und alles daran setze, den Haushalt im Gleichgewicht zu halten. Alles andere sei unverantwortlich.

Detailberatung:

Abteilungsweises Vorgehen des Budgets

Präsidiales (Seite 15 bis 24)

Mitglied der GRPK, Christine Merseburger, EVP, dankt dem Stadtpräsidenten Philipp Kutter, Hanni Bürgi, Esther Ramirez und Heinz Kundert für die gründliche Beantwortung ihrer Fragen anlässlich des Abteilungsbesuchs von Christian Gross und ihr.

Das Budget 2017 der Abteilung Präsidiales bewege sich im Rahmen der letzten Jahre. Dabei dürfe nicht vergessen werden, dass die Stadt Wädenswil weiterhin wachse und mehr Einwohner tendenziell mehr Aufgaben und Aufwand bedeuten würden. Daher sei die Tatsache, dass das Budget 2017 etwas tiefer als 2016 sei, für sie ein Zeichen, dass auf die Ausgaben geachtet werde.

Es würden aber auch Leistungen abgebaut. So gebe es die kostenlose Rechtsberatung nicht mehr. Das hätten sie bereits gehört. Diese sei jedes Jahr von rund 100 Personen in Anspruch genommen worden. Da es jedoch weiterhin eine kostenlose Beratung in Horgen gebe, sei hier ein Schlussstrich gezogen worden.

Die Kosten für die IT seien wie jedes Jahr hinterfragt und es sei nach Sparmöglichkeiten gesucht worden. Leider sei es für eine Verwaltung nicht mehr möglich, ohne funktionierende Computer, sichere Server und Programmsupport zu funktionieren. Auch müssten für die unterschiedlichen Aufgaben spezielle Programme gekauft und unterhalten werden. Hier sei es ein schmaler Grat zwischen zu viel und zu schnell erneuern und zu lange warten und dann stürze das System ab. Hier noch mehr zu sparen sei nicht sinnvoll. Einzelne Anpassungen seien gemacht worden. So werde der Grossteil der Dokumente auf zentrale Drucker ausgedruckt, das habe die Unterhaltskosten gesenkt.

Bei der Jungbürgerfeier sei nun ein Schlussstrich gezogen worden. Daher werde auch nichts mehr budgetiert. Da die Feier immer weniger Anklang gefunden habe und keine neuen, zündenden Ideen gefunden worden seien, sei der Entscheid zur Aufgabe relativ leicht gefallen und sie glaube, dies schmerze auch nicht sehr. Die Neuzuzüger-Veranstaltung werde aber beibehalten, da diese sehr erfolgreich sei. Dort sei das Konzept bereits auf das Budget 2016 überarbeitet und die Kosten massiv gesenkt worden.

Für sie mache das Team im Stadthaus einen guten Job und sie hoffe, dass sie weiterhin die notwendigen finanziellen Ressourcen erhalten würden um den guten Standard beizubehalten.

Stadtpräsident Philipp Kutter teilt mit, dass er sich bei Christine Merseburger und Christian Gross für das Gespräch und den angenehmen Austausch bedanke. Er mache zwei Bemerkungen zu den Ausführungen von Christine Merseburger. Die Jungbürgerfeier und die unentgeltliche Rechtsauskunft seien zwei Beispiele, die illustrieren würden, wie der Stadtrat die finanziell schwierige Situation angegangen sei. Sie hätten geprüft, welche Angebote und Dienstleistungen sie wie zufriedenstellten, ob sie noch zeitgemäss seien oder ob sie allenfalls erneuert oder sogar ganz weggelassen werden könnten. Bei der Jungbürgerfeier sei es tatsächlich so, dass diese sie schon seit längerer Zeit nur noch halbwegs befriedige. Das Interesse sei mässig und die Personen, die kämen, seien auch nur mässig dabei. Sie hätten versucht, den Anlass zu erneuern und hätten mehrere Anläufe unternommen. Dabei hätten sie jedoch feststellen müssen, dass im Moment keine guten Lösungen auf dem Tisch lägen. Dass die Jungbürgerfeier nicht mehr stattfindet, müsse nicht für ewig sein, aber im Moment seien sie der Meinung, dass sie nicht mehr durchgeführt werden solle. Bei der unentgeltlichen Rechtsauskunft sei es ganz ähnlich. Sie sei ursprünglich rund um den 2. Weltkrieg entstanden mit der Idee, dass Menschen mit knappem Einkommen mindestens einmal eine Rechtsauskunft einholen könnten. Bei Gesprächen hätten sie feststellen müssen, dass sich die Zielgruppe respektive die Nutzergruppe stark verändert habe. Es kämen Menschen aus allen Bevölkerungsschichten. Das sei grundsätzlich in Ordnung, wenn es dieses Angebot schon gebe. Die Leute kämen auch ausserhalb von Wädenswil und sogar ausserhalb des Kantons um sich rechtlich beraten zu lassen. Gleichzeitig gebe es in diesem Bereich neue Angebote. Das Bezirksgericht sei erwähnt worden und auch der Anwaltsverband habe Angebote. Es habe auch mehr Anwälte, das sei sein Eindruck. So seien sie auch bei diesem Angebot zum Schluss gekommen, dass dieses auslaufen könne, da es zu einer anderen Zeit und unter anderen Umständen entstanden sei. Auch wenn dies nicht ein Argument sei, das für sich alleine stehe, aber verschiedene Gemeinden hätten dieses Angebot auch gehabt. Inzwischen sei die Stadt Wädenswil die letzte gewesen im Bezirk.

Finanzen und Immobilien (Seite 25 bis 32) Globalbudget Finanzen: Immobilien S. 133 und 134

Mitglied der GRPK, Pierre Rappazzo, GLP, teilt mit, dass Christoph Lehmann und er die Abteilung Finanzen und Immobilien am 10. November 2016 besucht hätten. Sie hätten alle Zahlen präsentiert bekommen und alle Fragen seien kompetent beantwortet worden. Vielen Dank der ganzen Abteilung, speziell den Personen, die dabei gewesen seien.

Der budgetierte Aufwand von CHF 17.3 Mio. entspreche einer leichten Steigerung gegenüber dem Budget im Vorjahr und einer Senkung gegenüber der Rechnung 2015. Die Kosten für Wasser, Energie und Heizmaterial seien ein grosser Budgetposten, wo verstecktes Sparpotenzial durch die Abteilung und die Prüfenden vermutet werde. Um dieses zu entdecken würden der Abteilung Finanzen die nötigen Ressourcen fehlen. Zurzeit stehe lediglich eine 50%-Stelle für Controlling zur Verfügung. Trotzdem werde auf Anregung der GRPK untersucht, ob beim Strom durch Pooling aller städtischen Strombezüger und einem Contracting bessere Konditionen erzielt werden könnten. Weiteres Sparpotenzial bei den Heizkosten sei

mit der Begründung, alle städtischen Gebäude würden lediglich auf 21 Grad geheizt, in Abrede gestellt worden. Die GRPK teile diese Einschätzung nicht und rege an, auch hier nach Sparpotenzial zu suchen. Weiter würden sie anregen, das Controlling mit externen Kräften - beispielsweise mittels Studien durch Studenten der ZHAW - aufzustocken, um Spar- und Verbesserungspotenzial zu suchen.

Bei den offenen SWAP-Geschäften rechne die Stadt aufgrund der Negativzinsen mit ca. CHF 290'000.-, die durch die Stadt zusätzlich zum festen Zinssatz bezahlt werden müssten. Das relativiere etwas die Freude über die CHF 22'500.- die beim Kredit für den Rütihof an Negativzinsen wieder gutgeschrieben würden.

Bei den Investitionen der OSW gebe es Koordinationsbedarf. So sollten gemäss Vorankündigung der Oberstufe Wädenswil ausserordentlich CHF 0.60 Mio. zugunsten der Stadt Wädenswil amortisiert werden, ohne dass die Stadt Wädenswil darüber informiert sei. Weiter werde für den Umbau des Oberstufenschulhauses Steinacher bei der Stadt Wädenswil CHF 0.12 Mio. budgetiert, obwohl die OSW auf eigene Rechnung umbauen wolle. Für Schulhausumbauten (Verwaltungsvermögen) sei aber die Stadt Wädenswil zuständig. Die Abteilung Finanzen werde auf die OSW zugehen um die Koordination zu verbessern.

Aus hängigen Rechtsfällen würde einmal mehr das Budget frisiert und auch dieses Jahr wieder CHF 2.7 Mio. Einnahmen budgetiert. Die Stadt gehe davon aus, dass der Rechtsstreit im Jahr 2017 beendet werde. Sonst verschlechtere sich die Rechnung 2017 wie schon im Vorjahr um CHF 2.7 Mio. und der Betrag erscheine dann nächstes Jahr wieder im Budget 2018.

Zu den Liegenschaften: Bei den Liegenschaften werde mit dem budgetierten Einnahmenüberschuss das FLAG-Ziel der Kostenneutralität erreicht. Dies gelte auch, wenn die Aufwände und Erträge nach Finanz- und Verwaltungsvermögen aufgeteilt würden.

Antrag der GRPK

Eine Mehrheit der GRPK beantragt:

Die FLAG Ziele der Abteilung 22 Immobilien sind wie folgt anzupassen:

	Ziele	Indikatoren / Standards
bisher	Städtische Immobilien mindestens kostendeckend vermieten	Kostendaten evaluieren und an die Mieter weiterverrechnen
neu	Städtische Immobilien im Verwaltungsvermögen mindestens kostendeckend vermieten	Kostendaten evaluieren und an die Mieter weiterverrechnen
neu	Städtische Immobilien im Finanzvermögen, die von ‚Dritten‘ genutzt werden, sollen mindestens mit einer Nettorendite von 3% vom Marktwert vermietet werden. Ausgenommen sind Liegenschaften wie Alterssiedlungen, Wohnungen für Sozialhilfe und Asylwesen etc.	Kostendaten evaluieren und Umsetzung für die Weiterverrechnung vollziehen. Neue Investitionen nur tätigen, wenn die Neuvermietung zu mindestens 3% Nettorendite in Aussicht steht.

Mitglied der GRPK, Pierre Rappazzo, GLP, führt aus, dass die Immobilien im Finanzvermögen eine marktübliche Rendite abwerfen sollten. Dies gelte es insbesondere vor Investitionen zu prüfen. Diese seien nur dann durchzuführen, wenn eine entsprechende Rendite zu erzielen sei. Bestehende Immobilien seien zu prüfen und sollte die Rendite langfristig nicht erzielt werden, seien sie zu veräußern. Die GRPK habe zwar die Liegenschaften wie Alterssiedlungen, Wohnungen für Sozialhilfe und Asylwesen aus der Gruppe ausgeschlossen. Die GLP sei jedoch der Meinung, dass auch bei diesen Liegenschaften marktübliche Renditen erzielt werden sollten, dies aus ordnungspolitischen Gründen. Die Frage stelle sich nämlich, weshalb die Abteilung Liegenschaften die Abteilung Soziales quer subventionieren solle. Ihrer Ansicht nach wäre die Führung und Kontrolle der Abteilungen einfacher, wenn sie sich auf ihre Aufgaben konzentrieren könnten.

Mitglied der GRPK, Christian Gross, SP, sagt, dass er nochmals den letzten Teil des Antrags vorlese: „Ausgenommen sind Liegenschaften wie Alterssiedlungen, Wohnungen für Sozialhilfe und Asylwesen etc.“. Abgesehen davon, dass zwei Mal „und“ am Schluss sei, aber das sei ja nicht so relevant, würden sie sich am Wort „etc.“ stören, vor allem darum, da es nicht ganz klar sei, was es genau heisse. Sei zum Beispiel günstiger Wohnraum auch noch im „etc.“ drin oder nicht. Letztendlich lasse die Formulierung einen gewissen Spielraum, er sage mal Willkür, zu. Sie wüssten nicht ganz, was noch Rendite abwerfen müsse und was nicht und darum könne die SP diesem Antrag nicht zustimmen.

Mitglied der GRPK, Volkan Dogu, CVP, informiert, dass die CVP den Antrag unterstütze. Neu seien Immobilien nach Verwaltungsvermögen und Finanzvermögen getrennt. Das erscheine ihnen gut. Die Stadt solle zukünftig an Immobilien im Finanzvermögen etwas verdienen. Darum seien sie für den Antrag.

Abstimmung über den Antrag der GRPK

Die FLAG Ziele der Abteilung 22 Immobilien wie folgt anzupassen:

	Ziele	Indikatoren / Standards
bisher	Städtische Immobilien mindestens kostendeckend vermieten	Kostendaten evaluieren und an die Mieter weiterverrechnen
neu	Städtische Immobilien im Verwaltungsvermögen mindestens kostendeckend vermieten	Kostendaten evaluieren und an die Mieter weiterverrechnen
neu	Städtische Immobilien im Finanzvermögen, die von ‚Dritten‘ genutzt werden, sollen mindestens mit einer Nettorendite von 3% vom Marktwert vermietet werden. Ausgenommen sind Liegenschaften wie Alterssiedlungen, Wohnungen für Sozialhilfe und Asylwesen etc.	Kostendaten evaluieren und Umsetzung für die Weiterverrechnung vollziehen. Neue Investitionen nur tätigen, wenn die Neuvermietung zu mindestens 3% Nettorendite in Aussicht steht.

Der Rat stimmt den Änderungen der FLAG Ziele der Abteilung 22 Immobilien mehrheitlich zu.

Planen und Bauen (Seite 33 bis 44) Globalbudgets Planen und Bauen: Vermessung und GIS, S. 135; Strassenwesen inkl. Belagsarbeiten, S. 136; Abwasseranlagen, S. 137; Öffentlicher Verkehr, S. 138; Grünanlagen, S. 139; Friedhofbetrieb, S.140

Mitglied der GRPK, Walter Münch, FDP, teilt mit, dass er zusammen mit Rita Hug die Abteilung Planen und Bauen besucht habe. Bei dieser Gelegenheit danke er Heini Hauser und Rita Newnam ganz herzlich für die kompetente Beantwortung der Fragen und die offene und konstruktive Diskussion.

Die Abteilung Planen und Bauen habe ihren Beitrag an die geforderten Sparmassnahmen geleistet. Der Aufwand gegenüber dem Budget 2016 sei um rund CHF 0.2 Mio. gesenkt worden.

Die wichtigsten Einsparungen seien unter anderem in den Bereichen Grünanlagen und Friedhof erfolgt. Dort seien zusammen 180 Stellenprozente eingespart worden. Im Bereich Grünanlagen führe dies zu einem Leistungsabbau bei der Bepflanzung und dem Unterhalt der Strassenrabatten.

Auch würden die Beiträge an die Zürcher Planungsgruppe Zimmerberg (ZPZ) und andere Fachverbände laufend überprüft und möglicherweise gekürzt, wo kein unmittelbare Nutzen für die Stadt Wädenswil bestehe.

Beim Unterhalt der Strassenrabatten und Kreisel entlang der Kantonsstrassen werde vermehrt der Kanton in die Pflicht genommen, diese Grünflächen auf eigene Kosten zu unterhalten. Als Folge des Leistungsabbaus würden diese Grünflächen vermutlich extensiver begrünt und gepflegt. Zudem würden Pflegeaufträge mit den stadtinternen Auftraggebern auf Einsparpotenzial überprüft. Ziel sei es, die Kosten um mindestens 10% zu senken.

Bei den Erträgen werde beim Strassenwesen ein Mehrertrag von CHF 20'000.- bei den „Arbeiten für Dritte“ budgetiert. Neu solle bei der Reinigung nach Veranstaltungen vermehrt das Verursacherprinzip angewendet und anfallende Kosten dem Veranstalter weiterverrechnet werden. Zu diesem Thema gebe es noch einen Mehrheitsantrag der GRPK.

Im 2017 würden wiederum rund CHF 0.4 Mio. für die behindertengerechte Erschliessung von Bushaltestellen investiert. Auf Stadtgebiet müssten rund 40 Haltestellen für CHF 3.5 Mio. auf die geforderte Kantenhöhe von 14 cm angepasst werden. Dies habe der Stadtrat im 2015 beschlossen.

Bei den Abwasseranlagen werde durch eine jährliche Entnahme von rund CHF 1.0 Mio. das Spezialfinanzierungsguthaben kontinuierlich abgebaut. Ende 2017 werde dieses noch einen Saldo von ca. CHF 4.5 Mio. aufweisen. Als Folge davon müssten zukünftige Investitionen in die ARA durch Gebührenerhöhungen finanziert werden.

Er könne mitteilen, dass die FDP-Fraktion den Antrag zum Konto 3.402 Strassenwesen unterstütze. Sie würden es begrüßen, dass die Stadt Leistungen für Dritte vermehrt überprüfe, wollten aber nicht gleich das Kind mit dem Bad ausschütten.

Antrag der GRPK

Globalkredit Strassenwesen 3.402 (Seite 136)

Planen und Bauen - Konto 3.402 Strassenwesen

Eine Mehrheit der GRPK beantragt:

Der Stadtrat überprüft den Reinigungsplan für die Fasnacht / Frühlings- + Herbstmarkt / Viehprämierung mit den Veranstaltern auf mögliche Einsparungen und belastet die Kosten, wie bisher, dem Konto 3.402 Strassenwesen, ohne dass sich der Gesamtaufwand dieses Kontos erhöht.

Gemeinderatspräsidentin Monika Greter informiert, dass dieser Antrag einen Globalkredit betreffe und formal nicht korrekt sei. Es werde weder eine Kürzung noch eine Erhöhung des Nettoglobalkredits beantragt. Er könne dem Stadtrat somit nur im Sinne einer Empfehlung weitergegeben werden.

Mitglied der GRPK, Christoph Lehmann, SVP, führt aus, dass die Viehausstellung Ödenschwend, der Frühlings- und Herbstmarkt und die Fasnacht beliebte Anlässe seien und das Stadtleben bereichern würden. Zudem genossen sie in der Wädenswiler Bevölkerung hohes Ansehen. Diese drei Anlässe sollten ab 1. Januar 2017 Dienstleistungen bezahlen, die die Stadt für diese Vereine erbringe. Er könne zum Thema Strassenreinigung ausführlicher berichten. Bei der Fasnacht gehe es um brutto CHF 22'000.-, die als Reinigungskosten anfallen würden. Wenn die Vollkosten auf Selbstkosten reduziert würden, gehe es noch um CHF 17'600.-, wenn das Sparpotenzial einbezogen werde, lägen sie bei möglicherweise unter CHF 10'000.-. Jetzt sprächen sie auch noch vom Verursacherprinzip, was dann heisse: standardmässige Reinigung abzüglich Fasnachtsreinigung und jetzt seien sie möglicherweise bei CHF 5'000.-.

Auswärtige Fachleute hätten sich zum Thema „Wädenswiler Konfetti-Knatsch“ geäußert und sprächen von einer Schlaumeierei. Eine Schlaumeierei, weil die Stadt für die Strassenreinigung eigentlich Steuern einziehe. Eine Schlaumeierei aber auch deshalb, weil die Stadt im Begriff gewesen sei, eine Vollkostenrechnung zu präsentieren und diese möglicherweise auch noch einfordere. Fronarbeit oder nur gewisse Fronarbeit dürfe nicht gegeneinander ausgespielt werden. Sie seien der Meinung dass

- nicht nur drei Vereine zu Kasse gebeten werden sollten. Mit dem Mehrheitsantrag der GRPK wollten sie zurück auf Feld 1.
- die Schriftliche Anfrage „Leistungen an Vereine und Organisationen in Wädenswil“, die am 7. Dezember 2016 durch die SVP/BFPW-Fraktion eingereicht worden sei, dieses Thema ganzheitlich erfassen, klären und allenfalls korrigieren solle.

Mitglied der GRPK, Christian Gross, SP, sagt, dass die Fasnacht zeige, dass die Bürgerlichen gerne überall kürzen würden ausser bei sich selber. Sobald es ein Projekt gebe, bei dem genügend Gemeinderäte involviert seien, sei plötzlich nichts mehr mit kürzen. Die Stadt solle gefälligst allen Abfall wegräumen aber bitte gratis. Er selber sei das letzte Mal an der Fasnacht gewesen, als er 7 oder 8 Jahre alt gewesen sei. In seinem jungen Alter sei das schon sehr lange her und ihn verbinde nicht mehr allzu viel mit der Fasnacht. Am Herbstmarkt sei er kaum je, ausser einmal um den sehr guten Käse zu kaufen. Den gebe es aber auch am normalen Markt. Dass es in Wädenswil jeweils eine Viehprämierung gebe, habe er ehrlich gesagt bis vor kurzem überhaupt nicht gewusst. Aber er sehe, dass seine mangelnde Begeisterung für solche Anlässe durch die Begeisterung von anderen Menschen mehr als kompensiert werde. Die Fasnacht sei eine wichtige kulturelle Institution wie für andere Menschen das Theater Ticino. Er finde, dass die Stadt dies auch unterstützen solle, zumindest einen Teil der Reinigung übernehmen solle. Die SP-Fraktion sei der Meinung, dass die Abteilung Planen und Bauen den nötigen Spielraum habe, aber der Globalkredit erhöht werden müsste.

Antrag der SP zum Globalkredit Strassenwesen 3.402

Planen und Bauen - Konto 3.402 Strassenwesen

Der Nettoglobalkredit des Kontos 3.402 Strassenwesen soll um CHF 25'000.- auf CHF 2'557'680.- erhöht werden.

Mitglied der GRPK, Rita Hug, Grüne, teilt mit, dass Christian Gross einmal schneller als sie gewesen sei. Die Grünen hätten nämlich dieselbe Idee gehabt. Die Budgetdebatte vor einem Jahr habe wie ein Blitz eingeschlagen. Es seien Anträge gemacht und Konten radikal gekürzt worden. So habe die Mehrheit des Parlaments den Nettoglobalkredit im Strassenwesen um rund CHF 90'000.- auf CHF 2.5 Mio. gekürzt ohne Rücksprache mit den verantwortlichen Abteilungsleitern. Obwohl der zuständige Stadtrat damals klar gesagt habe, dass er gerne konkrete Vorschläge hätte, wo gestrichen werden solle, habe er keine Rückmeldung von den Gemeinderäten erhalten. Das sei natürlich schön einfach, Posten zu streichen, aber keine Verantwortung zu übernehmen, was gestrichen werde. Das genau sei jetzt wie ein Bumerang wieder an die Budgetkürzer zurückgekommen. So sollten die Reinigungsarbeiten der Fasnacht im Verursacherprinzip den Betreibern belastet werden. Mit dem habe

natürlich niemand gerechnet, besonders nicht die Leute von der Fasnacht. Gespart werde ja sonst immer bei den anderen.

Sie seien schon letztes Jahr der Meinung gewesen, dass es falsch sei, Einsparungen ohne Absprache mit den Budgetverantwortlichen zu machen. Darum fänden sie auch, dass der Antrag, das Budget so stehen zu lassen, ohne den Gesamtaufwand zu erhöhen, sehr unfair sei. Es werde dann wieder an einem anderen Ort im Strassenwesen gespart, wiederum ohne Absprache. Eine Stadt wie Wädenswil müsse einfach die Mittel freisetzen können und solche wichtige Traditionen unterstützen.

Antrag der Fraktion der Grünen zum Globalkredit Strassenwesen 3.402

Planen und Bauen - Konto 3.402 Strassenwesen

Der Nettoglobalkredit 3.402 Strassenwesen ist um CHF 25'000 zu erhöhen von jetzt CHF 2'532'680.- auf neu CHF 2'557'680.-, damit der Reinigungsplan für die Fasnacht, den Frühlings- und Herbstmarkt sowie die Viehprämierung im gewohnten Masse durchgeführt werden kann.

Mitglied der GRPK, Pierre Rappazzo, GLP, führt aus, dass die Position den Eindruck erwecke, dass "Schulreisli-Posten" gekürzt würden. Das heisse, dass einige beliebte und äusserst öffentlichkeitswirksame Posten gestrichen würden, um den Eindruck radikalen Sparens zu erwecken, anstatt langfristige und sinnvolle Sparmassnahmen zu definieren. Bei einem Budget von CHF 14.0 Mio. sollten schon noch CHF 20'000.- gefunden werden, ohne dass die Leistung angeknabbert werden müsse. Er gebe einige Denkanstösse. Das sei etwas anderes als auf der linken Seite, die den Budgetposten erhöhen wollten. Es wäre auch denkbar Geld zu verdienen, ohne dass es etwas koste. Die vielen Bushäuschen würden heute als Gratisplakatständer der Stadt genutzt. Das sei unnötig, die Stadt solle durch gute Leistung überzeugen und nicht Werbung betreiben. Stattdessen könnten diese Flächen für gutes Geld vermietet werden. Das sei unternehmerisch gedacht, gratis die Fasnacht gerettet und alle seien zufrieden. Die GLP könne deshalb dem Antrag der SP nicht zustimmen und werde die Empfehlung des Stadtrats unterstützen.

Stadtrat Planen und Bauen Heini Hauser sagt, dass er sich nicht speziell auf das Thema Fasnacht vorbereitet habe, das sei in den Medien genug abgehandelt worden. Er wisse auch nicht, welche Anträge, die nun gestellt worden seien, effektiv zur Abstimmung kämen. Er wisse aber sicher, dass der Antrag von Christian Gross zulässig sei. Er entspreche dem, was der Stadtrat vor einem Jahr beantragen wollte und das Parlament gekürzt habe. Mit diesem Antrag würde das heute korrigiert und damit könne er leben. Er könne auch mit einer Empfehlung an die Abteilung Planen und Bauen leben, die Reinigung für die Fasnacht, die Viehprämierung und alle Feste, die noch dazukämen, zu überdenken und das Sparpotenzial zu überprüfen. Allenfalls müsste dann in Kauf genommen werden, dass das Globalbudget nicht ganz eingehalten werden könne. Das müssten sie so oder so in Kauf nehmen, da der Winterdienst ja ein grosser Teil des Kontos 3.402 sei. Wenn es so weiter gehe falle es zu seinen Gunsten aus, wenn es früher zu schneien begänne, zu ihren Gunsten. Vielmehr wolle er dazu nicht sagen. Er sei bereit, mit der NFG die Diskussion weiterzuführen. Es sei gewünscht worden, zuerst die heutige Sitzung abzuwarten.

Ivo Peyer, BFPW, fragt, wer ihm denn sage, wenn er den Globalkredit erhöhe, dass dieser auch der Fasnacht zu Gute komme oder wenn er einen Globalkredit kürze, wo die Einsparungen gemacht würden. Der Verwaltung stehe es frei, wo sie Mehrausgaben oder Einsparungen machen wolle, darum heisse es ja Globalkredit. Sie könnten alle ja sagen, aber die CHF 25'000.- könnten auch in den Winterdienst fließen. Die NFG oder die Viehprämierung habe gar keine Garantie, dass es dort ausgegeben werde. Dies gebe er zu bedenken.

Adrian Stocker, SVP, teilt mit, dass er zum gleichen Thema auch noch einen Antrag habe. Er gehe in die gleiche Richtung, wie sie es bereits von der SP und den Grünen gehört hätten. Der Globalkredit könne um den Betrag erhöht werden. Er denke, wenn der Stadtrat die Aufgabe wahrnehme, die sie ihm das letzte Jahr gegeben hätten, obwohl es vielleicht etwas unpopulär sei, bei der Fasnacht und den weiteren Veranstaltungen die Summe zu überweisen und den Globalkredit zu erhöhen, könnten die Veranstaltungen weiterhin durchgeführt werden.

Antrag von Adrian Stocker zum Globalkredit Strassenwesen 3.402

Planen und Bauen - Konto 3.402 Strassenwesen

Der Stadtrat überprüft den Reinigungsplan für die Fasnacht / Frühlings- und Herbstmarkt / Viehprämierung mit den Veranstaltern auf mögliche Einsparungen und belastet die Kosten, wie bisher, dem Konto 3.402 Strassenwesen.

Gemeinderatspräsidentin Monika Greter informiert, dass der Antrag einen Globalkredit betreffe und formal nicht korrekt sei. Es werde weder eine Kürzung noch eine Erhöhung des Nettoglobalkredits beantragt. Er könne dem Stadtrat im Sinne einer Empfehlung weitergegeben werden.

Adrian Stocker, SVP, sagt, dass er damit einverstanden sei, dass sein Antrag als Empfehlung dem Stadtrat weitergegeben werden könne.

Keine Abstimmung über den Antrag. Er geht als Empfehlung an den Stadtrat.

Abstimmung über den Antrag der Fraktion der Grünen und der SP zum Globalkredit Strassenwesen 3.402

Planen und Bauen - Konto 3.402 Strassenwesen

Der Nettoglobalkredit 3.402 Strassenwesen ist um CHF 25'000.- zu erhöhen von jetzt CHF 2'532'680.- auf neu CHF 2'557'680.-, damit der Reinigungsplan für die Fasnacht, den Frühlings- und Herbstmarkt sowie die Viehprämierung in gewohnter Masse durchgeführt werden kann.

Der Rat lehnt den Antrag der Fraktion der Grünen und der SP mehrheitlich ab.

Werke (Seite 45 - 58) Globalbudgets Werke: Gasversorgung S. 141/142; Wasserversorgung S. 142/143; Entsorgung und Recycling S. 144/145; Energiedienstleistungen S. 145 - 148

Mitglied der GRPK, Christian Gross, SP, teilt mit, dass er am Besuch vom 31. Oktober 2016 zusammen mit Rita Hug bei den Werken alle Fragen beantworten lassen konnte. An dieser Stelle danke er Ernst Brupbacher, Rolf Baumbach und Monika Salzmann. Sie hätten ihnen die vielen Fragen kompetent beantworten können. Wie jedes Jahr dürfe er heute auch wieder sagen, dass die Abteilung Werke fast vollständig gebührenfinanziert sei. Nur die Energiekommission werde über die Steuern finanziert. Der Nettoaufwand der Energiekommission entspreche somit auch dem Nettoaufwand der gesamten Abteilung.

Es gebe aber, und das nicht jedes Jahr, drei Veränderungen. Einerseits sei dies bei der Energiekommission. Die Ausgaben würden leicht höher liegen. Das liege an der abgespeckten Version eines Energiesparprogramms, das bereits in der Vergangenheit hätte starten sollen und nun auf 2017 verschoben worden sei. Die zweite Änderung sei eine neue Berechnung des Beitrags an die politische Gemeinde. Diese habe die GRPK wie schon in der Vergangenheit kritisiert, da er Jahrzehnte lang auf CHF 300'000.- festgelegt worden sei und dann plötzlich CHF 400'000.- abgeliefert werden müssten und das letzte Mal sogar CHF 500'000.-. Der GRPK sei diese Erhöhung etwas willkürlich vorgekommen und es sei nicht klar gewesen, wie sich dieser Betrag zusammensetze, wieso überhaupt ein Teil selber von der Erdgasversorgung zu der politischen Gemeinde fliesse. Sie müssten leider an dieser Kritik festhalten. Der jetzige Wert sei pseudoexakt. Er berechne sich einfach aus der Kilowattstunde Gasabsatz mal 0.04 Rappen pro Kilowattstunde. Dies sei auch wieder willkürlich festgelegt worden. Bei diesem Betrag sei die Willkür immer noch da. Man sehe es einfach nicht mehr so genau, dass es anstelle von CHF 500'000.- nun CHF 511'084.- seien. Letztendlich sei jedoch immer noch nicht klar, wie sie auf diese Höhe kämen. Die dritte Veränderung sei der Umbau der Sammelstelle Werkhof, der hoffentlich 2017 angegangen werden könne. Dazu müsse er eigentlich nichts Weiteres sagen.

Antrag der GRPK

Sachgruppe Sachaufwand - Konto 3120 Wasser, Energie, Heizmaterial (Seite 6)

Eine Mehrheit der GRPK beantragt:

Der Aufwand des Kontos 3120 (Wasser, Energie, Heizmaterial) ist um CHF 0.5 Mio. von CHF 9'699'450.- auf CHF 9'199'450.- zu reduzieren. Dies sei beispielsweise durch geeignete Energiesparmassnahmen, Pooling des Energieeinkaufs usw. zu erreichen.

Gemeinderatspräsidentin Monika Greter, informiert, dass dieser Antrag eine ganze Sachgruppe betreffe und formal nicht korrekt sei. Er könne dem Stadtrat im Sinne einer Empfehlung weitergegeben werden.

Mitglied der GRPK, Pierre Rappazzo, GLP, sagt, unabhängig davon, ob dieser Antrag nun gültig sei oder nicht. Er reduziere den Betrag von CHF 0.5 Mio. auf CHF 0.1 Mio. Dieser solle als Empfehlung an den Stadtrat gehen. Weiter bitte er, dass auch über die Empfehlung abgestimmt werde, damit der Stadtrat sehe, wie viele Ratsmitglieder die Empfehlung unterstützen würden.

Der Stadtrat selber orte in der Gebäudesanierung grosses Sparpotenzial. Tatsächlich würde sich da einiges herausholen lassen. Sie von der GLP würden sich wundern, weshalb solche Sparmassnahmen in einer Energiestadt auf die lange Bank geschoben würden. Es gebe aber auch noch andere Möglichkeiten Energie zu sparen. Beispielsweise könne mit der Senkung der Raumtemperatur um 1 Grad 6% der Energiekosten eingespart werden. Er gehe in diversen Gebäuden der Stadt ein und aus. Er habe noch nie in einer städtischen Liegenschaft gefroren, eher das Gegenteil sei der Fall. Er müsse immer ablegen was er könne. Darum sähen sie durchaus noch Potenzial zum Sparen.

Die GLP empfehle zusammen mit der Mehrheit der GRPK ein Ja zur Kürzung um CHF 0.1 Mio.

Gemeinderatspräsidentin Monika Greter erwähnt, dass sie nicht abstimmen lassen werde.

Keine Abstimmung über den Antrag. Er geht als Empfehlung an den Stadtrat.

Sicherheit (Seite 59 bis 66) Globalbudget Sicherheit: Polizei S. 149/150

Mitglied der GRPK, Volkan Dogu, CVP, führt aus, dass er am 8. November 2016 mit Pierre Rappazzo die Abteilung Sicherheit und Gesundheit besucht habe. An dieser Stelle gehe ein Dank an Abteilungsleiter Sebastian Epp und Stadtrat Jonas Erni für den konstruktiven Austausch. Er betone konstruktiven Austausch; es sei nicht getrözelt worden. Es sei sehr angenehm gewesen.

Für das Jahr 2017 sei ein Nettoaufwand von CHF 1.6 Mio. budgetiert. Das seien CHF 200'000.- weniger als dieses Jahr budgetiert worden seien. Die Parkplätze entlang der Seestrasse zwischen Bahnhof und Giessen seien zurzeit gratis. Beim Kanton werde überprüft, ob dort Gebühren erhoben werden könnten. Bei positiver Rückmeldung könnten Parkautomaten installiert werden, worauf für diese Parkplätze Gebühren erhoben werden könnten. Die Erträge würden mit dem Kanton geteilt. Zusätzlich werde für ganz Wädenswil ein Parkraumkonzept eingeführt. Dieses solle eine Gesamtlösung für die Parksituation in Wädenswil ermöglichen. Mehrere Gemeinden hätten bereits ein Parkraumkonzept mit positiver Wirkung umgesetzt.

Bei der Sicherheit Intervention Prävention (sip) werde der Aufwand um CHF 20'000.- gekürzt. Die Anzahl der Patrouillen werde nicht reduziert, jedoch deren Dauer um eine Stunde. Die Analyse der sip-Berichte zeige, dass zwischen 01.00 und 02.00 Uhr nur noch wenige Personen unterwegs seien. Die Arbeitsgruppe Prävention stelle nach wie vor das Bindeglied zwischen Sicherheit und Prävention dar, wo neue Brennpunkte und Trends besprochen und das Verhalten der Stadtpolizei, der Kantonspolizei, der sip und der Jugendarbeit angepasst würden. Das begrüsse er sehr.

Die Geschwindigkeitskontrollen würden weiterhin regelmässig durchgeführt. Aufgrund der teilweise immer noch hohen Anteile an Geschwindigkeitsverstössen, vor allem in den Tempo-

30-Zonen, solle die Frequenz von Blindkontrollen noch leicht erhöht werden. Bei Geschwindigkeitsüberschreitungen von mehr als 15% der Fahrzeuge würden diese Strassen mit einer Semistation kontrolliert.

Antrag der GRPK

Sicherheit und Gesundheit - Stadtpolizei Konto 602.3180.01, Verkehrssicherheit

Eine Mehrheit der GRPK beantragt:

Die neu geschaffene Position ist zu streichen und der Aufwand des Kontos um CHF 6'000.- zu kürzen.

Gemeinderatspräsidentin Monika Greter teilt mit, dass dieser Antrag einen Globalkredit betreffe und somit formal nicht korrekt sei. Die Abstimmung über einen einzelnen Ausgabenposten sei im Globalbudget nicht möglich. Es müsste der Nettoglobalkredit geändert oder Ziele, Indikatoren und Standard formuliert werden. Er könne dem Stadtrat im Sinne einer Empfehlung weitergegeben werden.

Mitglied der GRPK, Volkan Dogu, CVP, ergänzt, dass es formal korrekt sei. Ihnen sei bewusst, dass die Kürzung nicht direkt auf dem Konto selber gemacht werden könne. Darum sollen die CHF 6'000.- beim Globalkredit gekürzt werden, aber explizit auf dem Konto. Letztes Jahr sei kritisiert worden, dass sie zwar Globalbudget sagen, aber nicht welches Konto. Darum hätten sie es dieses Mal so gelöst.

Gemeinderatspräsidentin Monika Greter, erwähnt nochmals, dass der Globalkredit gekürzt werden könne, aber auf welchem Posten dies gemacht werde, könne nur als Empfehlung gelten. Wenn Volkan Dogu diesen Antrag so stellen wolle, brauche sie diesen schriftlich vor der Abstimmung.

Mitglied der GRPK, Volkan Dogu, CVP, ist damit einverstanden, dass der Antrag als Empfehlung weitergegeben wird.

Keine Abstimmung über den Antrag. Er geht als Empfehlung an den Stadtrat.

Stadtrat Sicherheit und Gesundheit Jonas Erni führt aus, dass er sich bei den zuständigen GRPK-Mitgliedern für die sehr konstruktive Zusammenarbeit bedanke. Er erachte dies auch als Wertschätzung gegenüber den Mitarbeitenden, die trotz der aktuell bereits grossen Arbeitsbelastung nochmals einen zusätzlichen Effort geleistet und somit ermöglicht hätten, den Nettoaufwand entsprechend zu reduzieren, ohne dass ein fühlbarer negativer Leistungsabbau realisiert werden müsse. Das sei wirklich eine gute Leistung und entsprechend zu würdigen.

Bei dieser Gelegenheit gebe er noch eine kurze Rückmeldung zum Steuerfussantrag des Stadtrats. Er erachte es als sehr heikel wenn auf eine Erhöhung verzichtet werde oder der reduzierte Satz durchkomme. Sie hätten vorher gehört, dass es zu den Veranstaltungen bereits ein Disput gebe. Wenn das Defizit durch einen niedrigeren Steuerfuss erhöht werde,

bedeute dies, dass im nächsten Jahr in allen möglichen Bereichen ein drastischer Leistungsabbau stattfände. Bei ihnen würde dies einen Abbau bei der Sicherheit bedeuten. Er könne sich nicht vorstellen, dass jemand das unterstützen wolle. Auch ein massiver Abbau bei den Bädern (Hallenbad, Seebad) und in weiteren Bereichen wäre die Folge. Er bitte daher, den Antrag des Stadtrats betreffend Steuererhöhung zu unterstützen.

Antrag von Charlotte Baer

Polizei, Globalkredit 600-603 (Seite 149)

Der budgetierte Aufwand für die sip wädi (Einzelkonto 602.3180.00, Präventionspatrouillen) ist von jetzt CHF 60'000.- um CHF 20'000.- auf neu CHF 80'000.- zu erhöhen (wie im Voranschlag 2016). Entsprechend ist der Nettoglobalkredit 600-603 Polizei um CHF 20'000.- zu erhöhen, d.h. von jetzt CHF 699'220.- auf neu CHF 719'220.-.

Charlotte Baer, SVP, führt aus, dass sie bekanntlich vehemente Vertreterin der SVP-Sparpolitik sei. Bei den Sicherheitspatrouillen der sip wädi gehe es aber um eine staatliche Kernaufgabe, nämlich die Gewährleistung von Sicherheit. SIP stehe für Sicherheit, Intervention und Prävention. Zur Gewährleistung von Sicherheit, Ruhe und Ordnung, einem ungestörten Nachtleben und der Eindämmung von Vandalismus und Littering, speziell an den Wochenenden, verfüge die Stadt Wädenswil über ein dreiteiliges Sicherheitskonzept, bestehend aus der mobilen Jugendarbeit, die im Störfall kollegial gegenüber Jugendlichen auftrete, der Polizei, die dann in Aktion trete, wenn Zwangsmassnahmen angezeigt seien, und der sip wädi, die das Mittelfeld abdecke. Bei der sip gehe es um Prävention und Sozialintervention, bevor eine Situation eskaliere. Polizei, sip wädi und Jugendarbeit könnten nicht beliebig ausgetauscht werden, sondern würden sich gegenseitig ergänzen. Dieses Sicherheitskonzept sei 2011 erfolgreich erprobt und 2013 definitiv eingeführt worden; der Gemeinderat habe damals CHF 100'000.- jährlich bewilligt. Mit Erfolg, wie sich zeige, denn die Lage habe sich offenbar dermassen beruhigt, dass der Stadtrat die Einsatzzeiten der sip-Patrouillen bereits zum zweiten Mal reduzieren wolle.

Das sei aber definitiv der falsche Weg. Sicherheit gewährleisten heisse, einen Zustand zu sichern, nicht ein Ergebnis. Man baue ja auch nicht bei der Feuerwehr ab, wenn oder weil es nicht so häufig brenne. Wenn eine Massnahme wirklich etwas bringe, dann streiche oder spare man sie doch nicht weg. Die Funktion der sip wädi sei präventiver Natur, daneben erfülle sie auch soziale Schutzfunktionen, nicht nur, aber besonders auch für Jugendliche.

Der Sparfuchs gehe um. Das Quartiermobil gebe es nicht mehr. Die aufsuchende Jugendarbeit könne nicht ausgebaut werden, weil die Stellenprozente fehlten. Jetzt auch noch bei der sip wädi zu sparen heisse, das dreiteilige Konzept Jugendarbeit, sip wädi und Polizei zu gefährden. Wenn die Sicherheit beeinträchtigt werde, dann sei es selbst für einen SVP-ler genug.

Stadtrat Sicherheit und Gesundheit Jonas Erni teilt mit, dass heute in einer grossen Tageszeitung ein Bericht über die Arbeit der sip in der Stadt Zürich gestanden habe. Dort kämen die gleichen Leute in Einsatz wie in Wädenswil. Von der Abteilung aus hätten sie letzte Woche eine Sitzung mit den Verantwortlichen der sip gehabt. Sie hätten geschaut was für

Einsätze im nächsten Jahr realisierbar seien. Eine Erhöhung bedeute, dass sie vor allem an heissen Sommerabenden, bei grösseren und spontanen Anlässen flexibler wären und zusätzliche Patrouillen stattfinden könnten.

Ivo Peyer, BFPW, sagt, dass er nochmals daran erinnere, dass es sich auch hier um einen Globalkredit handle. Ob es dann genau dieses Konto betreffe oder nicht, sei dahingestellt.

Mitglied der GRPK, Volkan Dogu, CVP, teilt mit, dass sie vom Stadtrat erwarten würden, dass er das Sparen überdenken solle. Man sage, man könne CHF 20'000.- sparen und nun sage man, nein hier solle nicht gespart werden. Er finde, wenn die sip von 01.00 - 02.00 Uhr nur noch am Sterne zählen sei, sei das überflüssig.

Abstimmung über den Antrag von Charlotte Baer

Polizei, Globalkredit 600-603 (Seite 149)

Der Nettoglobalkredit 600-603 Polizei ist um CHF 20'000,- zu erhöhen, d.h. von jetzt CHF 699'220.- auf neu CHF 719'220.-

Der Rat lehnt den Antrag von Charlotte Baer grossmehrheitlich ab.

Gemeinderatspräsidentin Monika Greter schlägt vor, eine Doppelsitzung abzuhalten, damit das Budget weiterbehandelt werden könne. Da niemand einen Antrag gegen die Doppelsitzung stellt, ist die Doppelsitzung beschlossen.

*** 5 Minuten Pause ***

Gemeinderatspräsidentin Monika Greter teilt mit, dass sie in der Pause darauf aufmerksam gemacht worden sei, dass die Leute auf der oberen Etage fast nichts verstünden. Sie bitte daher nochmals laut zu sprechen.

Schule und Jugend (Seite 67 bis 73) Globalbudget Schule und Jugend: Freizeitanlage S. 150-152

Mitglied der GRPK, Rita Hug, Grüne, führt aus, dass vor vielen Jahren, als die Kinder noch klein gewesen seien, der regelmässige Spaziergang zwei Mal pro Woche zum benachbarten Bauernhof zu einem lieb gewonnenen Ritual gehört habe. Sie hätten Frischmilch geholt und sich immer auf dem Hof umgesehen, die Kühe und Kälber betrachtet und dem Bauern beim Arbeiten zugesehen. Natürlich hätten sie sich Gedanken über Stall, Tier und Bauer gemacht, hätten die Abläufe nicht immer alle verstanden, aber sie seien zuversichtlich gewesen, dass der Bauer seine Arbeit schon richtig mache.

Was habe diese Einführung nun mit der Abteilung Schule und Jugend zu tun. Auch die Wädenswiler Lehrkräfte und Fachpersonen gäben ihr Bestes für die Kinder. Sie würden den Schulbetrieb nach bestem Wissen und Gewissen gestalten und seien an so vielen Stunden während und auch nach dem Schulbetrieb für das Wohl der Kinder da.

Zurück zum Bauernbetrieb: Sie sollen sich einmal vorstellen, sie würde auf Besuch zu einem hochmodernen Betrieb, wie zum Beispiel dem von Sandy Bossert, gehen und ihr sagen, wie sie den Betrieb zu führen habe. Sie habe einmal Gelegenheit gehabt, den Betrieb von Sandy Bossert zu besichtigen. Die Kühe könnten selber zum Melken gehen, wann immer sie wollen und genössen eine grosse Freiheit. Sie sollten sich vorstellen, sie konfrontiere Sandy Bossert mit folgender Meinung: „Früher war das ja schon viel besser. Die Kühe waren angebunden im Stall, wurden immer um 06.00 Uhr bei lautem „Hudigägele“ gemolken und hätten so viel mehr Milch gegeben als heute.“ Sie könnte sich vorstellen, dass Sandy Bossert ihr ordentlich die Meinung sagen würde.

Mit dem Vergleich von einem Schulbetrieb mit einem Bauernhof wolle sie sagen, dass sie Fachpersonen auf dem Gebiet seien, wo sie arbeiten würden. Sie sollten einfach mal hinhören wenn jemand erkläre, warum der Ablauf so sei, wie er sei. Auch wenn die Politiker selber Kinder hätten und die Schule ab und zu besuchen oder etwas über die Schule von der Nachbarin hören würden, könnten sie vermutlich nicht den ganzen Ablauf der Schule begreifen.

Bei der Schule aber würden alle drein reden. Die bürgerliche Mehrheit wolle nicht nur Kosten sparen, sondern direkt in den Schulbetrieb eingreifen. So habe auf Einladung der FDP-Verantwortlichen die Schule, Schulleiter, Stadtrat und diverse Fachkräfte, an zwei Abenden antraben müssen, um über die Schule Auskunft zu geben. Es sei ein ganzer Fragenkatalog von den Fachkräften beantwortet worden. Grundsätzlich finde sie es begrüssenswert, wenn Politiker direkt das Gespräch suchen würden. Sie hätte sich jedoch gewünscht, dass der Abend besser moderiert gewesen wäre. Es seien nämlich viele persönliche Wünsche und Anliegen geäussert worden. Hier einige Beispiele: Jemand habe gemeint, dass es eine Klasse nur für begabte Schüler geben solle. Eine andere Person habe gefunden, dass die Begabtenförderung ganz abgeschafft werden könne und eine dritte Person habe gemeint, Frontalunterricht, das wäre es wieder. Das sei nicht ganz einfach für die Verantwortlichen der Schule, wenn jeder mit seinen privaten Wünschen komme. Das seien Anliegen, die weder vom Lehrer, der Schulleitung noch vom Schulpräsidenten gelöst werden könnten.

Der Besuch bei der Abteilung Schule und Jugend vom 2. November 2016 sei dann auch mit vielen Fragen vollgepackt gewesen, die Walter Münch und sie im Namen der Fraktionen überbracht hätten. Sie bedanke sich hiermit sehr herzlich bei Stadtrat Johannes Zollinger, der Schulsekretärin Eva Soland, und Patrick Weil für die präzise und ausführliche Beantwortung der vielen Fragen.

Was sie aus diesen Gesprächen gelernt hätten sei, dass die integrative Schule einfach anders funktioniere als die Schule noch vor 20 Jahren. Die Lehrerin oder der Lehrer übernähmen zwar noch nach wie vor den Hauptteil des Unterrichts. Da es aber keine Sonderschulungen mehr gebe, seien sie darauf angewiesen, dass sie von diversen Fachkräften unterstützt würden. Die unterschiedlichen Niveaus der Kinder würden zusätzlich von verschiedenen Fachpersonen unterrichtet. Heilpädagogien, Begabtenförderung und auch die Schulsozialarbeit seien wichtige Teile dieser Gesamtschule. Wenn einer oder gar mehrere Teile dieses Gesamtkonzepts weggestrichen würden, sei die Ausgeglichenheit in der Schule nicht mehr gewährleistet. Auf die verbleibenden Lehrkräfte kämen Aufgaben zu, für die sie gar

keine Ausbildung hätten. Wenn heute Abend diesen angedrohten Budgetstreichungen zugestimmt werde, würden der Schule wichtige Pfeiler weggenommen, die sie für die Arbeit brauchen würde. Die Lehrpersonen würden zusätzlich mit Aufgaben belastet, die nicht in ihren Bereich gehörten. Den Kindern würden Ressourcen weggenommen, die ihnen nach den neuesten Erkenntnissen der Bildungsdirektion zustünden.

Bereits bei der letzten Budgetdebatte sei die Schule arg gebeutelt worden. Jetzt gehe es ans Lebendige. Auf der Kippe stünden die Schulsozialarbeit, der Schulsport, die Aufgabenhilfe, der Schwimmunterricht, die Gymivorbereitung, die Begafö usw. Dass sich die Lehrer gegen diese Budgetstreichungen wehren würden, sei verständlich. Bis anhin hätten sie immer alles herunterschlucken müssen, was über ihre Arbeit entschieden worden sei, ohne mit der Wimper zu zucken. Sie seien von bürgerlichen Parteien daher zitiert worden, um über Sparmassnahmen zu diskutieren und mit persönlichen Bedürfnissen der einzelnen Politiker überschwemmt worden. Sie würden hingestellt, wie wenn sie keine Ahnung von ihrer Arbeit hätten. Würde so mit den Kolleginnen und Kollegen im Parlament umgegangen, hätte wohl der eine oder andere Parlamentarier eine Mistgabel im Hinterteil.

Sie bitte daher, auf diese einschneidenden Budgetstreichungen zu verzichten und die Fachkräfte ihre Arbeit machen zu lassen.

Hansjörg Schmid, SP, teilt mit, dass die Familie Finger Egli vor einem Jahr nach Wädenswil gezogen sei. Unter anderem darum, weil es hier familienfreundlich sei und es lässige Angebote gebe. In einem Leserbrief in der Zürichsee-Zeitung hätten sie kürzlich der Hoffnung Ausdruck gegeben, dass ihre Kinder in Wädenswil eine gute Zukunft hätten. Er komme später nochmals darauf zurück.

Jeder Person hier im Saal sei klar, dass Bildung die wichtigste Ressource sei. Politiker aller Couleur würden dies immer wieder sehr gerne betonen. Wenn es dann aber um die finanziellen Ressourcen der Schule gehe, sei vielen das Portemonnaie näher, da vielleicht bei den Steuern etwas gespart und dafür bei der Bildung gestrichen werden könne. Beim Antrag der GRPK gehe es nicht darum, bei der Bildung mehr auszugeben, sondern es gehe darum, bei der Bildung sogar noch zu streichen und rund CHF 0.5 Mio. einzusparen. Das in einer Zeit, in der Bildung immer wichtiger werde. Er erinnere daran, dass die Schweiz im globalen Wettbewerb und in einer Welt liege, die immer mehr globalisiert und digitalisiert sei und immer mehr gebildete Arbeitskräfte brauche. Nur so könne die Schweiz gegen andere Länder bestehen. Die Chinesen und andere würden nicht schlafen. Der Wohlstand könne gehalten werden, wenn in die Bildung investiert werde. Das gelte auch für Wädenswil. In Wädenswil hätten sie eine gute Schule. Sie müssten dafür sorgen, dass sie gut bleibe. Dafür seien alle Gemeinderäte verantwortlich. Von den Sparaposteln werde gerne behauptet, dass bei der Schule problemlos gespart werden könne, ohne dass die Qualität darunter leide. Dies sei blauäugig und eine freche Behauptung. Wenn schon seit Jahren gespart und zusammengestrichen werde, dann gehe jede Sparrunde an die Substanz. Wie solle in Wädenswil die Qualität gehalten werden können, wenn bei der Schulsozialarbeit gespart und die Begabungsförderung gekürzt werde. Für ihn seien die Ausgaben der Schule nicht etwas, das ihm persönlich wehtue. Er betrachte dies als Investition in junge Menschen und als Investition in die eigene Zukunft. Eine Investition, die sich mehrfach zurückzahle. Dafür zahle er gerne Steuern, auch 3% mehr. Die Kürzung von CHF 0.4 Mio. bei der Besoldung der Lehrkräfte

sage schon das Wort. Es sei kurzsichtig. Wer das tue, investiere nicht in die Zukunft. Rita Hug habe es bereits angetönt. Der Schulalltag und der Lehrplan des Kantons könnten nicht einfach über den Haufen geworfen werden um eine Bildungspolitik in Wädenswil durchzusetzen, die gewissen Politikern gefalle. Es könne nicht sein, dass der Stadtrat ein eigenes Schulkonzept für Wädenswil ausarbeiten müsse, dass dann etwas weniger koste. Um es mit einem Modewort auszudrücken, sei diese Politik nicht nachhaltig. Einfach sparen um zu sparen und um der Ideologie gerecht zu werden, finde er absolut visionslos. Nicht zuletzt sei eine gute Schule auch ein Standortvorteil einer Gemeinde.

Zum Schluss komme er nochmals auf den Leserbrief zurück. Die Familie Finger Egli sage: „Wir hoffen, dass die Verantwortungsträgerinnen im Wädenswiler Parlament an der Gemeinderatssitzung am 12. Dezember die richtigen Entscheidungen treffen und nicht am wichtigsten Gut sparen, nämlich demjenigen unserer Kinder und ihrer Zukunft in der Gesellschaft.“ Dem habe er nichts beizufügen.

Gemeinderatspräsidentin Monika Greter bittet, das Klatschen zu unterlassen, da es den Ratsbetrieb störe.

Mitglied der GRPK, Pierre Rappazzo, sagt, dass dank der Initiative der FDP, insbesondere von Nadia Schüpbach, sie sich diesen Sommer intensiv mit der Schule befassen konnten. Vielen Dank allen, die daran beteiligt gewesen seien. Für die Spezialisten sei es manchmal mühsam, wenn Laien kämen und blöde Fragen stellten. Sie seien Aufsichtsorgan und müssten die Aufgaben kontrollieren, die der Stadtrat als Exekutive erteilt habe. Er habe bereits einmal erwähnt, dass der Stadtrat ein Jahr Zeit gehabt habe den Auftrag vom letzten Jahr CHF 500'000.- einzusparen umzusetzen. Das habe er, wie sie so schön sagen würden, mit „Schulreisli“ sparen gemacht und nicht durch das in Frage stellen von konzeptionellen Sachen. Die GLP biete immer noch Hand und gebe dem Stadtrat nochmals ein Jahr Zeit, um über die Bücher zu gehen. Dies aber nur, wenn der Stadtrat im Gegenzug die CHF 0.5 Mio. in der Verwaltung einspare. Im Gesamten sei das ein kleiner Posten. Die GLP bitte deshalb, wie schon eingangs erwähnt, das Budget an den Stadtrat zurückzuweisen. Dem Stadtrat solle die Möglichkeit gegeben werden, dort einzusparen wo er könne und nicht auf dem Buckel der Schüler.

Noch etwas Grundsätzliches zur Schule: Für die GLP sei Bildung auch sehr wichtig. Er wage zu behaupten auch für die anderen Parteien. Diese sähen es aber vielleicht etwas anders als die Linken. Für sie sei Bildung der Rohstoff der Volkswirtschaft. Umso wichtiger für sie sei, dass Bildung richtig gemacht werde. Was richtig sei, darüber könne gestritten werden. Zum Glück sei es in einer Demokratie so, dass gestritten werden dürfe. Das eine Mal gehe es in diese Richtung falsch, das andere Mal in die andere Richtung richtig. Betreffend der integrierten Schule sei jedoch der Fall klar. Die buchstabengetreue Umsetzung der integrierten Schule, wie sie in Wädenswil praktiziert werde, sei falsch. Man müsse nicht lange googlen, um zu sehen, dass dieser Ansatz in Holland und Deutschland längst gescheitert sei und man wieder auf eine leistungsorientierte Schule gewechselt habe. Die Gleichmacherei, die durch dieses System angestrebt werde, koste enorm viel Geld und bringe nichts. Hier könnte er eine gute Statistik zeigen, wie sich die Kosten der Schüler pro Einwohner in den letzten 15 Jahren verdoppelt hätten.

Was sei also die Lösung. Schulreisli zu streichen oder vielleicht doch einmal denen entgegen kommen, die es etwas anders sähen. Anstatt Leute zu entlassen, wie es der Stadtrat androhe, könnte er die Schule leicht umorganisieren, indem er die Fähigkeiten der Schüler mit in die Einteilungskriterien nehme. Somit könnten Kosten gespart werden und die Schulsozialarbeit und die Begafö in den Unterricht integriert werden. Es brauche also auch mit der Kürzung keine Entlassungen, wenn man denn bereit sei, etwas von seiner Extremposition abzurücken.

Apropos Begafö lese man viel. Verwundert habe er sich die Augen gerieben, als er ein Schreiben der Lehrerschaft gelesen habe. Darin werde moniert, dass mit dem Wegfall der Förderung für besonders begabte Schüler die Schule für alle schlechter werde. Gewundert habe er sich deshalb darüber, dass es der Lehrerschaft offenbar nicht bekannt sei, dass in Wädenswil nicht besonders begabte Schüler gefördert würden, sondern im Begafö ein Jekami herrsche. Sie hätten nämlich keine Begabtenförderung, sondern eine Begabungsförderung. Auch diese Gleichmacherei entspreche nicht ihrer Vorstellung von einer leistungsorientierten Schule und müsse geändert werden.

Zusammengefasst könne gesagt werden, dass der Stadtrat es selber in der Hand habe, ob er stur an seinem Schulkonzept festhalte und Leute entlassen wolle und dabei eine Verschlechterung der Schule in Kauf nehme oder ob er die Schule innerhalb der gesetzlichen Möglichkeiten leicht umbauen wolle und damit die Schule leistungsorientierter gestalte. Zu den konkreten Massnahmen nehme er bei den einzelnen Anträgen nochmals Stellung.

Thomas Koch, FDP, führt aus, dass er zunächst betonen und vorausschicken wolle, dass für die FDP-Fraktion die Bildung wichtig, sehr wichtig sei. Eine gute Schulbildung koste etwas und müsse auch finanziert werden. Das sei keine Frage.

Was für sie aber auch wichtig sei, sei eine leistungsorientierte Schule. Es gelte, die Kinder für das Leben nach der obligatorischen Schule bestens vorzubereiten. Die Kinder müssten den Schulstoff beherrschen, sie müssten Sozialkompetenz und Teamfähigkeit gelernt haben und müssten bei dieser Fähigkeit auf gleicher Augenhöhe sein wie ihre Alterskollegen, die aus anderen Schulgemeinden, dem Rest der Schweiz oder aus gewissen Berufsgattungen aus dem Ausland kämen. Wünschenswert wäre sogar, dass die Kinder von Wädenswil sogar eine Spur besser ausgebildet wären als die Mitbewerber. Damit hätten sie es nachher auf dem Arbeitsmarkt umso einfacher.

Wer die Diskussionen heute im Rat verfolgt habe, die Leserbriefe im Vorfeld und das leider allzu polemisch gehaltene Schreiben der Personalverantwortlichen der Lehrerschaft gelesen habe, könnte meinen, dass heute ein Kahlschlag in der Bildungslandschaft zur Debatte stehe. Oder wie Rita Hug gesagt habe, es gehe ans Lebendige. Dem sei nicht so und sie alle täten gut daran, sich den Fakten zuzuwenden und sich zu fragen, worum es überhaupt gehe. Es gehe darum, dass sie, sie hätten es schon x-fach gehört, sparen müssten. Ob das ihnen nun passe oder nicht. Sparen könne erfolgen indem der Stadtrat intern Abläufe, die sich über die Jahre gefestigt und naturgemäss tendenziell eher nach oben entwickelt hätten, hinterfrage. Auch im Bereich des Personals wo allenfalls Dienste abteilungsübergreifend optimiert werden könnten. Nach Ansicht der FDP-Fraktion habe der Stadtrat hier seine Hausaufgaben noch nicht gemacht; es gebe offenbar noch zu viele Tabus.

Somit müssten in den einzelnen Abteilungen Sparmöglichkeiten geortet werden. Und das betreffe insbesondere auch die Abteilung Schule und Jugend. Gerade auch, weil diese Abteilung den Grossteil der städtischen Kosten in Anspruch nehme.

Kürzungen im Bereich Schule seien sensibel, das wüssten sie. Aus diesem Grund habe die FDP-Fraktion während dem laufenden Jahr intensive und sehr konstruktive Gespräche mit der Schule geführt und initiiert. Bei diesen Gesprächen sei herausgekommen, dass sich Wädenswil in gewissen Bereichen Modelle leiste, die weit über die kantonalen Vorgaben und Empfehlungen hinausgehen würden. Das seien nicht Bereiche, die die leistungsorientierte Vermittlung von Wissen von Bildung betreffe. Ein solcher „Mehr-als-notwendig“-Bereich sei insbesondere das Begafö. Beim Begafö, das müsse wieder einmal betont werden, gebe es zwei Bereiche. Das müsse er deshalb erklären, weil im ersten Schreiben der Lehrpersonalverantwortlichen an die Fraktionschefs und vom Elternrat an die Eltern verschickten Zusammenfassung gesehen werde, dass teilweise auch noch Unklarheit bestünden, wo im Bereich Begafö gekürzt werden solle. Sie hätten einerseits die Begabtenförderung. Die Begabten seien diejenigen Kinder, die vom Regelunterricht unterfordert seien, sie würden hier von den Hochbegabten reden. Diese würden nicht selten zappelig und störten dadurch den Gesamtunterricht. Diese Kinder müssten mit der Begabtenförderung abgeholt werden. Daran dürfe und müsse sich nichts ändern. Hier würden auch keine Kürzungen beantragt.

Auf der anderen Seite hätten sie die Begabungsförderung. Hier, und nur hier, solle beim Begafö gespart werden, und zwar nur innerhalb des Wädenswiler Luxusangebots. Also im Bereich, wo Wädenswil mehr anbiete, als vom Kanton vorgegeben und empfohlen werde. Eine Reduktion in diesem Bereich, so sei die FDP-Fraktion gerade auch nach den Diskussionen mit der Schule überzeugt, werde keinen Einschnitt in das Bildungsniveau oder die Entwicklung der Kinder im Hinblick auf ihr späteres Leben nach sich ziehen. Zudem hätte ihnen die Begafö-Verantwortlichen an keinem einzigen konkreten Beispiel aufzeigen können, dass und inwiefern ein Kind, das in den Begabungsförderungsunterricht gegangen sei, in seinem nachschulischen Leben davon profitiert hätte respektive umgekehrt, welche späteren Möglichkeiten das konkrete Kind ohne Begabungsförderung in seiner nachschulischen Entwicklung nicht hätte nutzen können. Sie müssten sich auch folgende Frage erlauben: Sei es wirklich Aufgabe der Schule, der öffentlichen Hand, des Steuerzahlers, all diese verschiedenen Begabungen mit Zusatzunterricht, die sogar über das kantonale Mass gehen würden, aufzufangen. Sie von der FDP würden dazu Nein sagen. Dafür gebe es genügend ausserschulische Möglichkeiten. Seien es Sportvereine aller Art, Jugendverbände wie Pfadi, Jungwacht, Musikschulen und -verein, Schachclub, KinderJugendTheater, Freizeitanlage etc. Wädenswil biete hier ein vielfältiges ausserschulisches Programm. Zudem gebe es auch noch Eltern, die die Begabungen ihrer Kinder auch ohne staatliche Entwicklung fördern könnten und wollten. Sei es zusammen mit ihren Kindern in gemeinsamen Aktivitäten. Sei es, dass sie die Kinder in Kontakt brächten mit den unzähligen ausserschulischen Möglichkeiten, die Wädenswil für jedes Kind biete. Aber vielleicht brauche es auch hier bei den einen oder anderen Eltern ein Umdenken, die heute ihre Kinder unbedingt in die Begabtenförderung puschen wollten, anstatt die Kinder von den vielfältigen ausserschulischen Möglichkeiten Gebrauch machen zu lassen. Es sei nicht unbedingt notwendig, ein Begafö-Kind zu haben. Es müsse nicht alles von der Schule aufgefangen und organisiert werden. Ein bisschen vorgelebte Eigeninitiative und Eigenverantwortung der Eltern schade einem Kind nicht.

Die FDP-Fraktion unterstütze daher die Anträge der Mehrheit der GRPK.

Stadtrat Schule und Jugend Johannes Zollinger sagt, dass sie fast gleich weit seien wie vor einem Jahr. Sie würden wieder ein rechtes Sparpotenzial bei der Schule orten. Weil die Schule so viel Geld benötige sei es naheliegend, dass dort auch genau hingeschaut werde. Im Gegensatz zum letzten Jahr hätten sie nun mindestens den Kontakt zu den Fraktions- und Parteispitzen aufgenommen und gepflegt. Er danke allen, die gekommen seien und mit ihnen geredet und genau hingeschaut hätten. Es stimme, was Rita Hug gesagt habe, dass sie den Anlass nicht moderieren lassen konnten. Sie hätten sparen müssen. Sie hätten den Eindruck gehabt, dass sie zusammen auf einem guten Weg seien. Heute Abend müsse er sagen, dass sie offenbar methodisch-didaktisch nicht so geschickt vorgegangen seien. Sie hätten die Prüfung nicht ganz bestanden. Sie müssten nun zusammen weitermachen und einen gemeinsamen Weg finden. Pierre Rappazzo wolle er sagen, dass das Aufsichtsorgan der Schule die Schulpflege und nicht der Gemeinderat sei. Sie würden jedoch sehr gerne einmal mit diesen Leuten reden, die diese Ideen aufgebracht hätten, die Pierre Rappazzo auch heute Abend geäußert habe wie zum Beispiel bezüglich Fähigkeiten als Zuteilungsgrund. Das sei spannend aber wahrscheinlich sehr schwierig umzusetzen.

Er komme nochmals zurück zu den zwei starken Kürzungsanträgen Schulsozialarbeit und Begabungsförderung. Sie hätten gerade wieder ein Schulhaus gehabt, das von der Fachstelle Schulevaluation gerühmt worden sei. Es habe einen grossen Bericht gegeben. Übereinstimmend werde festgehalten, dass die Eltern in hohem Mass zufrieden mit dem Klima an der Schule und unter den Schülerinnen und Schülern seien. Speziell betont werde, dass mit präventiven Massnahmen der friedliche Umgang miteinander gefördert werde. Schülerinnen und Schüler würden aktiv in die Mitverantwortung für die Gemeinschaft eingebunden. Dies werde von den Leuten, die das extern evaluiert hätten, festgehalten. Damit der friedliche Umgang miteinander in der Gesellschaft gelinge, müsse die Schule jedes Jahr ein bisschen mehr leisten. Sie könnten das bestimmt gut nachvollziehen. Sie kennten ja alle die Welt, in der sie leben würden. Dass das friedliche Miteinander der Schule mehrheitlich gelinge, sei zu einem grossen Teil der Schulsozialarbeit zu verdanken. Die könne nur dann wirkungsvoll handeln, wenn eine solide Beziehungsarbeit zwischen Schulsozialarbeit, Schülern, Lehrpersonen, Schulleitungen und Eltern geleistet werde. Beziehungsarbeit und Schaffung eines Vertrauensverhältnisses bräuchten Zeit. Ganz besonders auch für die erfolgreiche Integration von Kindern mit Migrationshintergrund. Es brauche Zeit und Ressourcen. Wenn dem Antrag Folge geleistet werde, die Schulsozialarbeit um CHF 0.2 Mio. zu kürzen, sei dies aus Sicht der Schule unverantwortlich.

Begabungsförderung sei ein Grundauftrag der Regelschule und erfolge grundsätzlich im Regelunterricht. Es gebe aber auch Schülerinnen und Schüler mit ausgeprägter Begabung, deren Förderbedarf die Möglichkeiten des Regelunterrichts übersteige. In diesem Fall seien weitere Massnahmen im Bereich der Begabtenförderung angezeigt. Das Volksschulgesetz sage klar, dass der Unterricht die individuellen Begabungen und Neigungen der Kinder berücksichtige. Wenn sie diesem gerecht werden wollten, dann würden die Mittel für eine vernünftige Begabungsförderung gebraucht. Das Wädenswiler Modell werde von Fachleuten immer wieder als Beispiel angeführt. Man orientiere sich an den Stärken der Schulkinder, das sei ausgeprägt vorhanden. Die Begabungsförderung sei nicht nur für eine kleine Elite.

Würden sie zum System der Hochbegabtenförderung zurückgehen, wie vor 20 Jahren, müsste der Anspruch auf Förderung zuerst mit aufwändigen Tests abgeklärt werden. Die dafür notwendigen Mittel investiere man besser direkt in die Begabungsförderung. Wenn der Gemeinderat der Schule die Mittel streiche, die es für einen ordentlichen Schulbetrieb in den heterogenen Klassen brauche, habe das Konsequenzen. Es gebe eine steigende Belastung für Lehrpersonen, die mehr Zeit benötigen würden für Schülerinnen und Schüler mit besonderen pädagogischen Bedürfnissen. Es gebe Belastungen für die sogenannten „normalen“ Schülerinnen und Schüler, da man für diese weniger Zeit und weniger Ressourcen für den zentralen Auftrag der Schule habe. Schlussendlich werde dies viel mehr Kosten verursachen als hier eingespart werden sollten. Wenn bei der Schule die Rahmenbedingungen verschlechtert würden, um die heterogene Gesellschaft zu unterrichten, würden sie mehr Schüler in Sonderschulen und externen Sonderschulen haben. Er sage nachher noch ein paar Zahlen, was dies pro Schüler etwa koste. Damit seien sie dann sehr schnell bei CHF 0.4 Mio. Das mache keinen Sinn.

Es werde behauptet, die Schule werde immer teurer. 2015 hätten sie 20 Kindergarten- und 56 Primarklassen gehabt mit einem Bruttoaufwand von CHF 33.38 Mio. 2016 hätten sei 21 Kindergarten- und 58 Primarklassen gehabt und einen Bruttoaufwand von CHF 31.8 Mio. 2017 kämen nochmals ein Kindergarten und eine Klasse mehr dazu und sie hätten praktisch den gleichen Aufwand budgetiert wie 2016. Nun müsse ihm jemanden erklären, wie man auf die Idee käme, dass die Schule immer teurer werde. 2014 hätten sie einen Nettoaufwand pro Schüler von CHF 16'400.-, 2017 werde mit einem Nettoaufwand von CHF 15'300.- gerechnet. Der Nettoaufwand für Sonderschüler sei 2014 pro Schüler CHF 71'000.- gewesen, 2017 CHF 63'000.-. Wenn sie 10 Schüler mehr im Sonderschulbereich hätten, könne ausgerechnet werden, was dies dann koste. Ein Sonderschüler integrativ geschult habe 2014 CHF 36'300.- gekostet und 2017 würden sie mit CHF 32'700.- rechnen. Er sei froh, wenn dies ein wenig verinnerlicht würde. Zu Pierre Rappazzo könne er sagen, dass gespart worden sei, aber bei keiner einzigen Schulreise. Keine Schulreise sei gestrichen worden. Selbstverständlich sei dort hingeschaut worden, wo der Kanton nichts vorschreibe. Pierre Rappazzo sei, glaube er, auch im Kantonsrat gewesen, als der Kantonsrat gesagt habe, dass er für die Gymivorbereitung keine Empfehlung mache und dass die Gemeinden selber machen sollen. Darum hätten sie dort auch etwas gespart. Im 2016 sei für die Schulsozialarbeit CHF 478'000.- budgetiert worden. Im 2017 CHF 459'000.-. Bei der Begabungsförderung hätten sie im 2016 CHF 603'000.- im Budget gehabt und nun CHF 450'000.-. Das seien rund 25% weniger. Trotzdem werde ihnen vorgeworfen, in diesem Jahr nichts getan zu haben.

Er gebe von der anderen Seite her auch noch eine Zahl. Für die Sporthalle Untermosen seien der Primarschule CHF 162'000.- belastet worden, im 2016 CHF 188'000.- bei gleich vielen Turnstunden und im 2017 seien es CHF 258'000.-. Natürlich sei das gerechtfertigt. Die Sporthalle sei saniert worden und müsse nun abgeschrieben werden. Daran sollte auch gedacht werden. Das belaste das Budget der Schule auch, aber das merke niemand oder es wird nicht so genau hingeschaut. Er teile noch mit, was für Auswirkungen es habe, wenn bei der Begabungsförderung markant gespart werde. Mindestens zwei bis drei Personen müssten entlassen werden. Er mache ein Beispiel von jemandem, der gut 60 Jahre alt sei. Diese Person würde frühpensioniert. Das koste einmalig CHF 150'000.- und für die nächs-

ten vier Jahre nochmals ca. CHF 210'000.- für etwas, wofür keine Leistungen bezogen würden. Sei es das, was sie wollten? Zu Christina Zurfluh Fraefel sage er, dass das Bevölkerungswachstum selbstverständlich neue Steuerzahler bringe. Aber dies bringe auch neue Schülerinnen und Schüler und diese bräuchten neue Schulhäuser und neue Lehrpersonen. Das sei es eben auch. Es sei auch klar, dass die Kinder mehr Geld als die Erwachsenen benötigen. Der Mensch sei ein Wesen, das ganz am Anfang und am Schluss des Lebens sehr viel brauche. Dazwischen sei es in der Regel so, dass er keine Unterstützung brauche. Das sei gut so.

Er empfehle, sich nochmals gut zu überlegen, wo gespart werden solle. Es habe Auswirkungen und belaste die Schule und die Folgen davon bekämen sie zu spüren.

Gemeinderatspräsidentin Monika Greter bittet nochmals, das Klatschen zu unterlassen.

Antrag der GRPK

Schule und Jugend - Besoldung Konto 705.3020.00 Besoldungen Lehrkräfte

Eine Mehrheit der GRPK beantragt:

Der Aufwand des Kontos 705.3020.00 (Besoldung Lehrkräfte) ist um CHF 0.4 Mio. von CHF 3'665'380.- auf CHF 3'265'380.- zu kürzen. Die Kürzungen haben in folgenden Bereichen zu erfolgen: CHF 0.2 Mio. bei der Schulsozialarbeit, CHF 0.2 Mio. bei der Begabungsförderung.

Gemeinderatspräsidentin Monika Greter informiert, dass über den Kürzungsantrag von CHF 0.4 Mio. abgestimmt werden könne. Wie die Kürzung umgesetzt werde, liege im Ermessen des Stadtrats. Die Kürzungen bei der Schulsozialarbeit und der Begabungsförderung könnten als Empfehlung an den Stadtrat abgegeben werden.

Mitglied der GRPK, Walter Münch, FDP, teilt mit, dass fast schon alles gesagt worden sei. Deshalb fasse er sich kurz. Es scheine, dass der Mehrheitsantrag der GRPK das „Piece de Resistanc“ dieser Budgetdebatte werde. Er denke, dass es der Mehrheit der GRPK sehr bewusst sei, dass die Schule in einem grossen Spannungsfeld zwischen den Vorgaben der Bildungsdirektion, gesetzlichen Auflagen, den Eltern und natürlich den Bedürfnissen der Kinder stehe. Es werde auch erwartet, dass die Schule immer mehr zusätzliche Aufgaben übernehme und Betreuungsangebot anbieten solle. Die Aufgaben würden vom Elternhaus auf die Schule übertragen.

Von den in der Budgetdiskussion vor einem Jahr diskutierten Massnahmen und Empfehlungen habe die Abteilung Schule und Jugend im Voranschlag 2017 nun auch einige umgesetzt. Vielen Dank dafür an Johannes Zollinger und seinem Team für die Aufnahme der Ideen. Sie hätten nun von Schulhaus bauen und renovieren gehört. Es gehe aber darum, dass Wädenswil heute noch rund CHF 1.0 Mio. für freiwillige sonderpädagogische Massnahmen aufbringe, die über den gesetzlichen Vorgaben lägen. Es habe nichts mit dem normalen Schulbetrieb und mit Infrastruktur oder anderen Themen zu tun, sondern es gehe wirklich um sonderpädagogische Massnahmen, die freiwillig von der Stadt angeboten würden.

Wichtig bei diesen Massnahmen sei zu schauen, welche gemessen werden könnten und einen Mehrwert brächten. Was nicht gemessen werden könne, könne nicht gelenkt werden. Also gezielte Förderung statt Giesskannenprinzip sei der Hintergrund der Anträge.

Die Mehrheit der GRPK sei daher zum Schluss gekommen, dass sich die Stadt auf die notwendigsten Förderungsprogramme beschränken solle. Was „nice to have“ sei, sei zu streichen. Insbesondere, das hätten sie schon ein paar Mal gehört, im Bereich der Begafö sei der Fokus vermehrt auf die Begabtenförderung zu legen. Die Begabungsförderung habe aus ihrer Sicht im „normalen“ Unterricht stattzufinden.

Die Schule solle sich überlegen wie es sein könne, dass trotz Auszeichnung Wädenswil eine klar unterdurchschnittliche Anzahl an Gymnasiasten hervorbringe. Vielleicht seien einige der teuren sonderpädagogischen Massnahmen eben doch nicht das erfolversprechendste Rezept. In Wädenswil bekämen 540 Primarschüler 800 sonderpädagogische Massnahmen, also fast die Hälfte. Es scheine sich in den vergangenen Jahre eine ganze Industrie rund um sonderpädagogische Förderungsmaßnahmen entwickelt zu haben, die immer auf der Suche nach neuen Kunden, spreche Kindern, sei. Sie seien nun mal nicht alle gleich und auch die Kinder seien es nicht. Sie hätten unterschiedliche Stärken und Schwächen.

Auch die Sozialarbeit sei angesprochen worden. Diese Leistungen seien primär jenen Jugendlichen zukommen zu lassen, die wirklich Hilfe benötigen würden. Es gelte die Eltern wieder vermehrt in die Pflicht zu nehmen und auch mal ein Machtwort zu sprechen. Zu viel Präsenz der Sozialarbeiter vor Ort generiere auch Fälle und Anfragen, die es sonst nicht geben würde bzw. unter den Schülern selber oder zusammen mit der Lehrperson gelöst würden. Und wie gesagt handle es sich bei diesen Kürzungsanträgen um freiwillige und zusätzlich angebotene Massnahmen und Förderprogramme, für die keine gesetzliche Pflicht bestehe.

Im Vorfeld der heutigen Gemeinderatssitzung hätten sich Lehrpersonen und Elternräte intensiv mit dem Voranschlag 2017 und den Anträgen der GRPK auseinandergesetzt und auch konstruktive Vorschläge diskutiert. Sie würden dieses Engagement sehr begrüßen und hofften, dass die Schulleitung diese Ideen aufnehme und in die Planung einfließen lasse.

Er komme nun zu einer persönlichen Bemerkung. Ihm sei nicht ganz klar wieso die Qualität des Unterrichts sinken solle, wenn etwas weniger Mittel für das Rahmenprogramm zur Verfügung stünden. Er sei der Meinung, dass die Qualität des Unterrichts primär von der Lehrperson abhängig sei. Er sei der festen Überzeugung, dass die Lehrpersonen auch weiterhin bemüht seien, einen qualitativ hochstehenden Unterricht sicherzustellen, ob nun etwas mehr oder weniger Geld für das Rahmenprogramm zur Verfügung stehe.

Die FDP-Fraktion unterstütze den Mehrheitsantrag der GRPK das Konto 705.3020 um CHF 400'000.- zu kürzen.

Gemeinderatspräsidentin Monika Greter bittet nochmals, lauter zu reden. Wahrscheinlich würden Besucher oben die Voten nicht verstehen.

Mitglied der GRPK, Rita Hug, Grüne, führt aus, dass sie zur Minderheit der GRPK gehöre und diesen Anträgen nicht stattgebe. Sie erkläre warum das so sei. Aktuell seien 310 Stellenprozente auf 6 Schulsozialarbeiter verteilt. Das heisse, in den 6 Schuleinheiten Glärnisch, Untermosen, Eidmatt, Steinacher, Gerbacher mit Berg und Ort seien diese Fachpersonen vor Ort präsent. Während mehreren Tagen die Woche hätten sie eine Anwesenheitszeit in den Schulhäusern was heisse, dass die Kinder spontan vorbeigehen dürften, wenn sie ein Problem hätten. Schulsozialarbeiter unterständen der Schweigepflicht und böten Hand zur Lösung von Konflikten aller Art. Da sie „neutral“ seien, übernahmen sie oftmals eine Joker Funktion, also sie würden beraten und vermitteln.

Heute sei es in den Schulen von Wädenswil ruhig. Noch vor etwa 6 Jahren habe es immer wieder Gewalt und grössere Sachbeschädigungen in der Schule gegeben. Die Schulsozialarbeiter würden aktive Prävention leisten und Schülern, Klassen und einer ganzen Schuleinheit aufzeigen, wie der Umgang miteinander gepflegt werden solle. Sie würden Kindern erklären, wie man Grenzen setze, respektvoll streite oder was die Kinder selber zu einem guten Klassengeist beitragen könnten. Sie seien aber nicht nur Ansprechpersonen für Kinder, sondern auch für Lehrer und Eltern. So könne auch einmal ein Kind, das in der Klasse störe, für einige Stunden dem Schulsozialarbeiter in Obhut gegeben werden oder Eltern könnten sich beraten lassen, wenn sie Angst hätten, dass ihr Kind in der Schule ausgegrenzt werde. Dieses niederschwellige Angebot könne teure Therapien verhindern oder vorbeugen, dass keine teuren externen Fachpersonen beigezogen werden müssen.

Eine Reduktion, wie sie im vorliegenden Antrag gefordert werde, bedeute fast eine Halbierung dieses Angebots. Die übrigbleibenden 175 Stellenprozente müssten zwischen 2 oder 3 Personen aufgeteilt werden. Das bedeute, dass ein Schulsozialarbeiter zwei Schuleinheiten betreuen müsste. Statt 400 bis 600 Kinder pro Fachperson wären es mit der Kürzung 900 Kinder.

Weiter unter diesem Konto würde die Begabungsförderung stark von den Kürzungen getroffen. Das sei bereits die zweite Sparrunde für dieses Angebot. Dieses sei vor 15 Jahren extra auf Wunsch von bürgerlichen Parteien eingeführt worden. Das Bedürfnis sei ernst genommen worden, Kinder mit speziellen Fähigkeiten extra zu fördern um allfälliger Langeweile vorzubeugen. Jetzt, da sich das Projekt sehr gut etabliert habe, solle es gekürzt werden.

Im Zuge der integrativen Schule, die eingeführt worden sei, seien die Schulsozialarbeit sowie die Begabungsförderung wichtige Pfeiler. Schulsozialarbeiter und Lehrer für Begabungsförderung würden die Arbeit der Klassenlehrer ergänzen und seien wichtig für das gute Gelingen des Schulbetriebs. Es sei eine Zusammenarbeit aller beteiligten Fachkräfte. Es könne wohl sein, dass es Parlamentarier gebe, die nicht viel mit dieser Art der Schule anfangen könnten. Aber Schule werde heute so unterrichtet, ob es ihnen passe oder nicht. Sie müssten den Lehrkräften die nötigen Ressourcen geben, damit sie den Lehrplan erfüllen könnten. Diese Art der Konfliktlösung und der individuellen Förderung sei eine Vorbereitung auch für das spätere Berufsleben. Sie würden die Teamfähigkeit und den Dialog untereinander fördern. Jedes Kind, das in der Schule abhängt, werde einmal viel kosten. Ein Kind, das erfolgreich in die Arbeitswelt integriert werde, könne ein Gewinn für die Gesellschaft sein.

Sie bitte daher inständig, dass die Fachkräfte ihre Arbeit machen könnten, damit möglichst alle Kinder ihren Fähigkeiten entsprechend für die Arbeitswelt vorbereitet würden.

Mitglied der GRPK, Volkan Dogu, CVP, sagt, dass wie eingangs bereits erwähnt, die CVP-Fraktion den Antrag nicht unterstützen werde. Der Stadtrat habe im Bereich Begafö bereits markant CHF150'000.- gekürzt. Wenn kurzfristig noch mehr gekürzt werde, sei das sonderpädagogische Konzept gefährdet. Sie wollten das sonderpädagogische Konzept nicht begraben.

Mitglied der GRPK, Pierre Rappazzo, GLP, betont, falls das Budget abgenommen werde, seien auch sie für Kürzungen verantwortlich. Wichtig sei einmal mehr, lieber Johannes Zollinger, dass sie unterschiedliche Ansichten hätten, wie eine Schule zu führen sei. Das sei einfach so. Nun müsse geschaut werden, ob er etwas entgegenkomme oder ob er bei dieser Position stehen bleibe. Aus ihrer Sicht müsse keine einzige Lehrperson bzw. Fachkraft entlassen werden. Innerhalb der Möglichkeiten sei alles machbar. Ein wichtiger Punkt, der die CVP jetzt nicht erwähnt habe sei der, was für einen Erfolg die Schulsozialarbeit und Begafö gebracht hätten. Patrik Mouron habe das seinerzeit beim Besuch der Schule gefragt. Er finde diese Frage auch sehr wichtig und sie sei damals nicht gut beantwortet worden. Es seien weiche Faktoren und diese seien nicht wirklich messbar. Wichtig für einen Schulerfolg eines Kindes sei die Lehrperson. Diese mache 60% - 70% des Erfolgs aus.

Mitglied der GRPK, Volkan Dogu, CVP, führt aus, dass das, was Pierre Rappazzo angesprochen habe, sie sich auch überlegt hätten. Sie hätten aber gefunden, dass nicht immer alles schwarz auf weiss gemessen werden könne. Ab und zu müssten auch Gefühle walten können und bei den Kindern solle nicht gespart werden.

Mitglied der GRPK, Judith Fürst, SP, fragt, ob die Bildungsstadt Wädenswil allen Kindern eine gute Schule bieten wolle, die Qualität der Schule behalten werden solle, und die sozialen Kosten auch in Zukunft im Griff behalten wolle. Sie wüssten alle, dass die Aufgaben der Schule, nämlich die Kinder zu bilden und auf die Zukunft vorzubereiten mit der kulturellen und sozialen Vielschichtigkeit und der Integration nicht einfach sei. Die Schulsozialarbeit sei bei dieser Aufgabe ein wichtiger Pfeiler und entlaste das Lehrerteam und die Schulleitung massiv, wenn soziale oder schulische Schwierigkeiten aufkämen. Wenn Stellen bei der Schulsozialarbeit gekürzt würden, verlören Kinder, Eltern und das Schulteam den engen Kontakt und somit das Vertrauen zu der wichtigen Anlaufstelle. Ihre stetige Anwesenheit wirke beruhigend und würde nicht selten Eskalationen in der Klasse, auf dem Schulareal oder zu Hause bei der Familie verhindern. Kinder, die in schwierigen Situationen leben würden, hätten meistens Mühe im Unterricht mitzukommen und zeigten Verhaltensauffälligkeiten. Die Schulsozialarbeit unterstütze genau diese Kinder. Sie entlaste die Schule und verhindere oft kostenintensive Therapien, Beratungen oder das Einbeziehen der Kesb. Diesen Posten zu kürzen sei ein kurzfristiges Denken. Werde bei der Schulsozialarbeit und den anderen schulischen Angeboten gestrichen, die genau unter dieses Konto fallen würden, werde das in den kommenden Jahren noch viel mehr soziale Kosten verursachen. Je älter die Kinder, desto länger, schwieriger und vor allem teurer würden die Therapien. Genau da würden die Schulsozialarbeit und die Aufgabenhilfe sowie zusätzliche Sport- und Freizeitkurse in der Primarschule präventiv wirken. Sie halfen bei der Integration und würden die gesunde Entwicklung von Kinder und Jugendlichen unterstützen. Es sei naiv zu denken,

dass die Stadt spare, wenn das Budget auf diesem Konto gekürzt werde. Sie frage deshalb nochmals, ob in der Bildungsstadt Wädenswil allen eine gute Schule geboten, die Qualität der Schule beibehalten und die sozialen Kosten in Zukunft im Griff behalten werden sollten. Sie von der SP würden diese Frage ganz klar mit einem Ja beantworten und deshalb unterstützten sie diesen Antrag auf keinen Fall.

Mitglied der GRPK, Christian Gross, SP, sagt, dass sich die bürgerliche Ratshälfte heute ein wenig in „Zauberstabpolitik“ übe. Er führe dies an einem Antrag aus, der heute bereits überwiesen worden sei, und zwar dem Fasnachtsantrag. Sie hätten zwar gesagt, dass der Fasnacht nichts weiterverrechnet werden solle aber gleichzeitig auch der Gesamtaufwand nicht steigen solle. Da frage man sich schon, wie das gehen solle. Einfach zaubern und die Kosten seien weg. Auch hier hätten sie es mit der reinsten „Zauberstabpolitik“ zu tun. Zuerst einmal werde eine Messbarkeit von jeder einzelnen Massnahme gefordert und alles müsse in Zahlen fassbar sein. Einfach so, als könnten diese Zahlen herangezaubert werden. Zum Vergleich: In Fukushima, wo es vor fünf Jahren einen Reaktorunfall gegeben habe, sei bis jetzt noch kein einziger Mensch nachweislich an der Strahlung gestorben. Aber er glaube, dass niemand von ihnen ohne Schutzanzug direkt neben den ehemaligen Reaktor stehen wolle. Es gebe auch Sachen, die nicht ganz einfach zu messen seien aber trotzdem einen Effekt hätten. Der zweite Punkt, der den Ausdruck „Zauberstabpolitik“ verdienen würde sei die Aussage: Es müsse niemand entlassen werden. Aber hallo, die Hälfte der Schulsozialarbeit werde gestrichen, das seien reine Besoldungen, aber es müsse niemand entlassen werden. Kämen dann alle Leute für halb so viel Geld arbeiten. Er glaube dies funktioniere nicht wirklich. Auch hier werde einfach wieder eine Behauptung aufgestellt. Am meisten an der „Zauberstabpolitik“ störe ihn, wenn die Eltern hervorgezaubert würden. Das sollten halt die Eltern machen. Vielleicht gebe es Kinder, die Eltern hätten, die nicht lesen oder schreiben könnten. Vielleicht gebe es Kinder, die Eltern hätten, die nichts lesen und schreiben oder kein Deutsch können. Vielleicht gebe es Kinder, die gar keine Eltern hätten. Da nütze es nichts, mit dem Zauberstab zu wedeln und zu sagen, die Schule könne nicht mehr, jetzt müssten die Eltern helfen.

Stadtrat Schule und Jugend Johannes Zollinger, bedankt sich, dass er nochmals reden dürfe. Zu Pierre Rappazzo sage er, dass sie das nächste Jahr einmal zusammensitzen sollten. Er habe dann Zeit, da er nicht mehr im Kantonsrat sei. Es gebe einen Bereich, in dem sie zu 100% übereinstimmen würden. Es sei ganz wichtig für die Klasse, wie die Lehrperson mit der Klasse arbeite. Darum sei es ihnen so wichtig, dass die Lehrpersonen ihre Aufgabe in der Klasse erfüllen könnten, nämlich unterrichten und nicht Schulsozialarbeit machen. Die Lehrpersonen könnten nicht alle Erziehungsdefizite auffangen, die irgendwo her kämen. Das sei nicht die Aufgabe der Lehrpersonen. Hier seien sie absolut gleicher Meinung. Darum sei es wichtig, dass sie die flankierenden Massnahmen weiterhin hätten, damit die Lehrpersonen ihren Job ausüben könnten. Sie würden sich fragen, ob die Begabungsförderung etwas nütze. Nützten denn zeichnen, Musik machen oder singen etwas? Das gehöre alles auch zum Leben. Aber ob diese es weiterbrächten im Beruf, nur weil sie in der Schule einmal ein paar Lieder gesungen hätten, wüssten sie ja auch nicht.

Antrag von Charlotte Baer

Schule und Jugend - Besoldung Konto 705.3020.00 Besoldungen Lehrkräfte

Charlotte Baer beantragt:

Der budgetierte Aufwand des Kontos 705.3020.00 Besoldungen Lehrkräfte von jetzt CHF 3'665'380.- ist lediglich um CHF 200'000.- zu kürzen. Die Kürzung hat sich auf den Bereich Begabungsförderung zu beschränken. Bei der Schulsozialarbeit sollen keine Kürzungen vorgenommen werden.

Charlotte Baer, SVP, informiert, dass Begafö ein Bildungsangebot sei. Schulsozialarbeit gehöre zwar auch zum Bildungssystem, habe aber zusätzlich mit Prävention, Verhaltensbeeinflussung und nötigenfalls Intervention zu tun. Darum sei eine Verknüpfung im gleichen Antrag ihrerseits unglücklich.

Zusammen mit einer SVP-Fraktionsmehrheit habe sie vor einigen Jahren der Aufstockung der Schulsozialarbeit, wenn auch begeisterungslos, zugestimmt. Konfliktsituationen in Schulhäusern und auf Pausenplätzen würden zum schulischen Alltag gehören. Fehlender Respekt, mangelnde Integration, Erziehungsdefizite im Elternhaus und vieles mehr seien nach wie vor die Gründe. Auf die verfehlte Politik vor allem auf Bundesebene, die überhaupt zu diesen Erscheinungsformen führten, wolle sie nicht eingehen. Trotzdem müssten sie die Suppe auslöffeln. Bei der Stellenaufstockung hätten sie gefordert, dass die Schulsozialarbeit vor allem präventiv wirken müsse. Und das tue sie. Wo Lehrerschaft, Eltern oder vielfach Schulkinder selber Unterstützung suchen würden, sei die Schulsozialarbeit eine niederschwellige Anlaufstelle, die frühzeitig bei Konfliktsituationen beraten oder nötigenfalls intervenieren könne, bevor die Situation eskaliere und der Schulpsychologische Dienst, die Kesb oder sogar der Jugenddienst der Kantonspolizei aufgeboten werden müssten. Es käme zu Fremdplatzierungen und Heimeinweisungen und dann werde es sehr teuer. Allein für ein einziges Kind koste eine Heimplatzierung rasch einmal CHF 100'000.- im Jahr. Darum sei es ihres Erachtens kontraproduktiv, bei der Schulsozialarbeit CHF 200'000.- zu kürzen. Denn mit Präventionsarbeit könne die Schulsozialarbeit gerade solche teuren Fremdplatzierungen vermeiden.

Gemeinderatspräsidentin Monika Greter informiert, dass über den Kürzungsantrag von CHF 200'000.- abgestimmt werden könne. Wie die Kürzung umgesetzt werde, liegt im Ermessen des Stadtrats.

Stadtrat Schule und Jugend Johannes Zollinger dankt Charlotte Baer bestens.

Gabi Bachmann, EVP, teilt mit, dass man bei der Vorbereitung des Votums versuche herauszufinden, was nicht alles bereits gesagt worden sei. Es sei schon viel gesagt worden. Sie von der EVP/EDU seien ganz klar gegen diese Kürzungen. Sie hätten immer wieder gehört und in der Zeitung folgende Aussage lesen können: Früher sei es auch ohne gegangen. Zwar komme sie auch langsam in das Alter, in dem sie die vergangenen Zeiten ein bisschen mit nostalgischer Wehmut anschau. Aber in diesem Fall sei sie ganz sicher, dass sie auf keinen Fall zurück in diese alte Zeit wolle. Zu viele Situationen würden ihr einfallen, wo sie

denke, dass es die zur Diskussion stehenden Fachpersonen wirklich gebraucht hätte. Die schulische Leistung sei wichtig, aber wenn das Umfeld nicht stimme, könnten die Kinder diese gar nicht abrufen.

Die Hackordnung in der guten alten Zeit sei klar gewesen. Wer unten gewesen sei, sei unten geblieben, da habe es nichts zu diskutieren gegeben, oder dann mit den Fäusten. Einzelne Schüler hätten hart regierenden Lehrern machtlos gegenübergestanden. Kinder, deren Eltern sich nicht dafür interessieren konnten oder wollten, wie es den Kindern in der Schule ginge, hätten eben Pech gehabt und seien mit ihren Sorgen allein geblieben. Mobbing sei selbstverständlich in der guten alten Zeit nicht vorgekommen, dafür habe es viel bessere schweizerdeutsche Worte gegeben. Schulisch Begabte hätten oft als mühsame „Streber“ gegolten und seien damit für die ganze Schulzeit abgestempelt worden oder aber sie mussten äusserst originell-auffallendes Verhalten zeigen. Wichtige Themen wie Konfliktlösung, gegenseitiger Respekt, Mitverantwortung für die Gemeinschaft, Suchtverhalten oder auch erste Fragen zur Sexualität seien gar nicht vorgekommen oder wie letzteres erst in der Sek, als eh schon alle vom Bravo-Heftli bestens informiert gewesen seien. Nein danke. In einer guten Schule der heutigen Zeit gehe es anders zu und her. Und das sei etwas wert.

Sie hätten dabei natürlich sehr wohl verstanden, dass es um eine Kürzung gehe und nicht um die Abschaffung der Angebote, aber eine Kürzung in diesem Ausmass komme einer Amputation gleich und mache den betreffenden Personen eine zufriedenstellende Ausführung ihres Auftrags unmöglich. Ausbaden und aushalten müssten es dann letzten Endes die Kinder. Die EVP/EDU-Fraktion sei einstimmig gegen diesen Antrag.

Patrik Mouron, CVP, sagt, dass er von Pierre Rappazzo angesprochen worden sei und seine Aussage kurz richtig stellen wolle. Ihnen von der CVP sei klar geworden, dass zum integrativen Unterricht ganz klar die zwei Stützen von Schulsozialarbeit und Begabungsförderung gehörten. Das sei unbestritten. Was sie gefordert hätten und als Empfehlung weitergegeben werden könne sei nicht das messen, wie Christian Gross gesagt habe, sondern etwas mit qualitativen Zahlen zu bewirken. Aber trotzdem helfe es einem Gemeinderat, wenn positive Beispiele vorhanden wären. Wenn von Singen geredet werde. Sie hörten die Schüler singen. Es gebe auch Aufnahmen dazu. Aber die Begabungsförderung könnte auch besser dargestellt werden, damit sie sähen, was dort gemacht werde. Die CVP sei aber absolut gegen Budgetkürzungen in diesen beiden Bereichen, die weiter gehen würden als der Voranschlag des Stadtrats.

Ivo Peyer, BFPW, macht darauf aufmerksam, dass nun zwei Anträge vorlägen. Einmal sei es eine Kürzung um CHF 400'000.- und das andere Mal eine Kürzung um CHF 200'000.-. Er interessiere sich für das Abstimmungsprozedere.

Gemeinderatspräsidentin Monika Greter erklärt, dass gleichgeordneten Anträge einander gegenübergestellt würden (Geschäftsordnung GR Art. 40). Es lägen drei Anträge vor: Kürzung um CHF 400'000.-, Kürzung um CHF 200'000.- und keine Kürzung. Diese drei Anträge würden gegenübergestellt. Jedes Ratsmitglied habe eine Stimme. Vereinige keiner der Anträge die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich, falle derjenige mit der geringsten Stimmenzahl aus der Abstimmung. Die beiden übriggebliebenen Anträge würden sich nochmals gegenübergestellt.

Ivo Peyer, BFPW, stellt den **Ordnungsantrag**, die Sitzung zu unterbrechen, damit sie sich in den Fraktionen besprechen könnten.

Gemeinderatspräsidentin Monika Greter weist darauf hin, dass ein Ordnungsantrag von Ivo Peyer vorliege. Dieser müsse sofort behandelt werden.

Abstimmung über den Ordnungsantrag

Der Rat stimmt dem Ordnungsantrag von Ivo Peyer zu.

*** Pause ***

Gemeinderatspräsidentin Monika Greter macht darauf aufmerksam, dass die Sitzung so lange daure, bis das Traktandum fertig sei. Es gebe nun noch eine weitere Möglichkeit, zu diesen Kürzungen Stellung zu nehmen.

Hans Roth, SP, sagt, dass er kurz auf das Rahmenprogramm der Schule zu sprechen kommen wolle. Auf drei Punkte weise er hin. Die Aufgabenhilfe sei kein Rahmenprogramm, sondern habe mit Chancengleichheit zu tun. Es gebe Kinder, die zu Hause keine Möglichkeit hätten, da kein Raum zur Verfügung stünde oder von Seiten der Eltern es nicht möglich sei. Zweitens die Gymivorbereitung als Rahmenprogramm zu bezeichnen finde er problematisch. Es gehe nicht um die Förderung der Elite, sondern darum, die richtigen Leute an den richtigen Ort zu bringen. Drittens sei die Begabungsförderung nicht einfach ein Zusatzprogramm, sondern es gehe darum, die Leute dort zu fördern wo ihre Stärken lägen. Das solle allen Schülerinnen und Schülern zu Gute kommen.

Claudia Bühlmann, Grüne, teilt mit, dass sie sich auch kurz fasse. Obwohl vielleicht die Meinungen bereits gemacht seien, könne sie eventuell noch etwas bewirken. Sie betone, dass Begafö und Schulsozialarbeit Errungenschaften seien, die in den vergangenen Jahren mit viel Aufwand, auch finanziellem, aufgebaut worden seien. Sie trügen entscheidend zum guten Lernklima und zum sozialen Frieden bei. Aber nicht nur bei den Schulen, sondern auch bei der Jugendarbeit, beispielsweise im Bereich des Bahnhofs. Es grenze an einen Schildbürgerstreich; nun wenn die Früchte der Arbeit geerntet werden könnten, werde das Budget in diesen beiden Bereichen gestrichen. In einem Mass, wo die Angebote nur noch einen Schatten von sich selber seien bzw. würden. Jetzt, wo sich andere Gemeinden wie zum Beispiel Thalwil für die praktische Umsetzung der Schulsozialarbeit in Wädenswil interessieren würden, wolle Wädenswil diese streichen. Das sei ein deutliches Zeichen, von Interesse an guter Qualität und positive Wirkung im sozialen Umfeld der Schule. Leider scheine der gute Ruf bei den anderen Gemeinden angekommen zu sein, aber nicht bei allen Politikern in Wädenswil. Sie appelliere an den Verstand und auch an das Kostenbewusstsein. Wie Johannes Zollinger bereits erwähnt habe, könnten wenige schwierige Fälle die Einsparungen übersteigen. Ihnen sei es wichtig, in die Prävention und den sozialen Frieden zu investieren. Das habe Charlotte Baer vorher versucht. Nicht erst mit der sip bei den jungen Erwachsenen, sondern bereits bei den Kindern in der Primarschule, anstelle kurzfristig zu sparen.

GRPK-Mitglied, Walter Münch, FDP, sagt, dass sie sicher auch festgestellt hätten, dass es hier nicht um die Aufgabenhilfe gehe. Das sei bei diesem Kürzungsantrag kein Thema gewesen. Sie von der FDP hätten zusammen mit den Bürgerlichen den Antrag gestellt, dass die Gymivorbereitungskurse nicht gekürzt werden sollten, so wie es der Stadtrat vorgeschlagen habe, sondern dass auf das alte Mass zurückgegangen werde. Daher habe der Antrag nichts mit Gymi zu tun. Sie wollten, dass dieses Angebot in der bisherigen Form weitergeführt und nicht gekürzt werde.

Gemeinderatspräsidentin Monika Greter informiert, dass die von Walter Münch erwähnten Anträge später behandelt würden.

GRPK-Mitglied, Rita Hug, Grüne, stellt den Antrag nach Art. 38 die Abstimmung unter Namensaufruf durchzuführen.

Gemäss **Gemeinderatspräsidentin Monika Greter** muss ein Viertel der Anwesenden der Abstimmung unter Namensaufruf zustimmen.

Abstimmung über den Antrag von Rita Hug betreffend Namensaufruf

Der Rat stimmt der Abstimmung unter Namensaufruf mit 9 Stimmen zu.

Abstimmung unter Namensaufruf über die Anträge: Kürzung um CHF 400'000.-, Kürzung um CHF 200'000.- oder keine Kürzung

Andreoli Hans Peter, BFPW	Kürzung um CHF 400'000.-
Bachmann Gabi, EVP	keine Kürzung
Baer Charlotte, SVP	Kürzung um CHF 200'000.-
Bossert Sandy, SVP	Kürzung um CHF 400'000.-
Brunner Edith, SP	keine Kürzung
Bühlmann Claudia, Grüne	keine Kürzung
Coduri Ivano, SVP	Kürzung um CHF 200'000.-
Dogu Volkan, CVP	keine Kürzung
Fürst Judith, SP	keine Kürzung
Gmür Beatrice, SP	keine Kürzung
Grand Ernst, FDP	Kürzung um CHF 400'000.-
Greter Monika, CVP	Stimmenthaltung
Gross Christian, SP	keine Kürzung
Hug Rita, Grüne	keine Kürzung
Koch Thomas, FDP	Kürzung um CHF 400'000.-
Lehmann Christoph, SVP	Kürzung um CHF 400'000.-
Lütolf Marc, CVP	keine Kürzung
Merseburger Christine, EVP	keine Kürzung
Minutella Angelo, GLP	Kürzung um CHF 200'000.-
Mouron Patrik, CVP	keine Kürzung
Münch Walter, FDP	Kürzung um CHF 400'000.-
Nufer Christian, FDP	Kürzung um CHF 400'000.-
Peyer Ivo, BFPW	Kürzung um CHF 200'000.-
Rappazzo Pierre, GLP	Kürzung um CHF 400'000.-

Reiter Ulrich, Grüne	keine Kürzung
Roth Hans, SP	keine Kürzung
Schafflützel Roman, FDP	Kürzung um CHF 400'000.-
Schärer Erich, SVP	Kürzung um CHF 200'000.-
Schmid Hansjörg, SP	keine Kürzung
Schüpbach Nadia, FDP	Kürzung um CHF 400'000.-
Stocker Adrian, SVP	Kürzung um CHF 400'000.-
Weiss Michael, GLP	Kürzung um CHF 200'000.-
Zürcher Bruno, EDU	keine Kürzung
Zurfluh Fraefel Christina, SVP	Kürzung um CHF 400'000.-
Zürrer André, SVP	Kürzung um CHF 400'000.-

Gemeinderatspräsidentin Monika Greter teilt mit, dass das Absolute Mehr von 18 nicht erreicht worden sei. Der Antrag: Kürzung vom CHF 200'000.- (6 Stimmen) falle weg, da dieser am wenigsten Stimmen erhalten habe. Nun würden einander gegenübergestellt: Kürzungen um CHF 400'000.- (13 Stimmen) und keine Kürzung (15 Stimmen).

Gegenüberstellung unter Namensaufruf über die Anträge: Kürzung um CHF 400'000.- und keine Kürzung

Andreoli Hans Peter, BFPW	Kürzung um CHF 400'000.-
Bachmann Gabi, EVP	keine Kürzung
Baer Charlotte, SVP	Kürzung um CHF 400'000.-
Bossert Sandy, SVP	Kürzung um CHF 400'000.-
Brunner Edith, SP	keine Kürzung
Bühlmann Claudia, Grüne	keine Kürzung
Coduri Ivano, SVP	Kürzung um CHF 400'000.-
Dogu Volkan, CVP	keine Kürzung
Fürst Judith, SP	keine Kürzung
Gmür Beatrice, SP	keine Kürzung
Grand Ernst, FDP	Kürzung um CHF 400'000.-
Greter Monika, CVP	Stimmenthaltung
Gross Christian, SP	keine Kürzung
Hug Rita, Grüne	keine Kürzung
Koch Thomas, FDP	Kürzung um CHF 400'000.-
Lehmann Christoph, SVP	Kürzung um CHF 400'000.-
Lütolf Marc, CVP	keine Kürzung
Merseburger Christine, EVP	keine Kürzung
Minutella Angelo, GLP	Kürzung um CHF 400'000.-
Mouron Patrik, CVP	keine Kürzung
Münch Walter, FDP	Kürzung um CHF 400'000.-
Nufer Christian, FDP	Kürzung um CHF 400'000.-
Peyer Ivo, BFPW	Kürzung um CHF 400'000.-
Rappazzo Pierre, GLP	Kürzung um CHF 400'000.-
Reiter Ulrich, Grüne	keine Kürzung
Roth Hans, SP	keine Kürzung
Schafflützel Roman, FDP	Kürzung um CHF 400'000.-

Schärer Erich, SVP	Kürzung um CHF 400'000.-
Schmid Hansjörg, SP	keine Kürzung
Schüpbach Nadia, FDP	Kürzung um CHF 400'000.-
Stocker Adrian, SVP	Kürzung um CHF 400'000.-
Weiss Michael, GLP	Kürzung um CHF 400'000.-
Zürcher Bruno, EDU	keine Kürzung
Zurfluh Fraefel Christina, SVP	Kürzung um CHF 400'000.-
Zürrer André, SVP	Kürzung um CHF 400'000.-

Der Rat stimmt der Kürzung um CHF 400'000.- mit 19:15 Stimmen bei einer Enthaltung zu.

Antrag der GRPK

Schule und Jugend - Vikariatskosten - Konto 705.3080.00

Eine Mehrheit der GRPK beantragt:

Die Gymivorbereitungskurse werden wie bisher weitergeführt und nicht gekürzt.

Gemeinderatspräsidentin Monika Greter teilt mit, dass dieser Antrag keine Änderung (Kürzung oder Erhöhung) eines Ausgabenpostens beinhalte. Er könne als Empfehlung an den Stadtrat weitergegeben werden.

Mitglied der GRPK, Walter Münch, FDP, teilt mit, dass die Mehrheit der GRPK beantrage, die Vorbereitungskurse fürs Gymnasium im bisherigen Umfang weiterzuführen und der Stadtrat auf die vorgesehene Budgetkürzung beim Konto „Vikariatskosten“ verzichte. Die Gymivorbereitungskurse zu halbieren sei keine gute Idee, da Wädenswil eine klar unterdurchschnittliche Anzahl an Gymnasiasten hervorbringe als andere vergleichbare Gemeinden. Auch die Kinder sollten eine Gymivorbereitung bekommen, die keine Möglichkeiten hätten, dass ihre Eltern private Kurse finanzieren könnten. Mit diesem Antrag solle sichergestellt werden, dass dieser Budgetposten nicht reduziert werde.

Mitglied der GRPK, Pierre Rappazzo, GLP, sagt, dass auch die GLP diesen Posten nicht kürzen wolle. Tatsächlich sollte es so sein, dass nur diejenigen das Gymi absolvierten könnten, die problemlos die Matur schaffen würden. Leider würden vermehrt Kinder ins Gymi geschickt, die überfordert seien. Die Stadt Wädenswil solle deshalb nur denen helfen, die zu den Ersteren gehören würden. Mit dem dualen Bildungssystem habe jeder genügend Möglichkeiten später seinen Weg zu machen. Man müsse sich trotzdem fragen, was für ein Aufnahmesystem sie hätten, wo sogar gute Schüler mit guten Vornoten eine explizite Vorbereitung durchlaufen müssten, damit sie die Prüfung ins Gymi bestünden. Die GLP wolle, dass dies nicht gekürzt werde.

Stadtrat Schule und Jugend Johannes Zollinger, führt aus, dass er mit Interesse höre, dass dies nicht gekürzt werden solle. Beziffert werde das aber nicht. Was bedeute das jetzt.

Mitglied der GRPK, Walter Münch, FDP, sagt, dass er verstanden habe, dass nur Kontos erwähnt werden dürften, die im blauen Buch zu finden seien. Das Konto 705.3080.00 Vikariatskosten sei von CHF 165'000.- auf CHF 140'000.- zurückgegangen. In der Begründung des Stadtrats auf Seite 6 stehe: „Konto 705.3080.00 Gymivorbereitungskurse werden ab 1. August 2017 halbiert.“. Der Stadtrat sei nicht mit einem Betrag gekommen. Es wäre auch ein Subkonto, das gar nicht im blauen Buch sei.

Stadtrat Schule und Jugend Johannes Zollinger, teilt mit, dass ihm alles willkommen sei, was nicht gekürzt werde.

Gabi Bachmann, EVP, sagt, dass sie es hier gleich zusammenfassen könne. Die EVP/EDU werde bei diesem Antrag und auch bei allen folgenden Anträgen, die die Schule betreffen, immer für die Schule und gegen die Kürzung stimmen. Zuerst hätten sie noch diskutiert, welche Kürzung ein bisschen weniger schlimm von allen sei und worauf doch vielleicht verzichtet werden könnte. Bis sie gemerkt hätten, dass das absurd sei, weil erstens vergleichbar kleine Beträge gespart würden und dabei aber auf der anderen Seite in jedem Fall eine unverhältnismässig grosse negative Wirkung für die Kinder herauskomme. Das wollten sie nicht. Die Schule solle mehr leisten können, als nur gerade immer das vorgeschriebene Minimum. Diese Leistungen sollten allen Kindern offen stehen, unabhängig vom Portemonnaie der Eltern.

Thomas Koch, FDP, teilt mit, dass anders als bei den Kosten für Begabungsförderung die Resultate für die Kosten für eine Gymivorbereitung direkt messbar seien. In der Zürichsee-Zeitung vom 4. November 2016 hätten sie lesen dürfen bzw. müssen, dass Gymi-Aspiranten von hier im kantonalen Vergleich die zweittiefste Erfolgsquote aufweisen würden. Das zeige einerseits, dass sich die teuren zusätzlichen Lektionen an Begabungsförderungsunterricht, die sich Wädenswil über den kantonalen Vorgaben leiste, zumindest hier keinen Niederschlag gefunden hätten. Wohl eher im Gegenteil. Statt die Kinder mit Zusatzkursen, Projekten und was auch immer zu überfordern, sollte man sich vermehrt auf die leistungsorientierte Vermittlung vom Basisschulstoff konzentrieren. Dann würden sie es vielleicht schaffen, den Platz am Tabellenende abzugeben. Andererseits zeige das Resultat, wo sicher nicht gespart werden dürfe, und das sei bei den Gymivorbereitungskursen. Sonst würden sie Gefahr laufen, die rote Laterne bei der Gymiprüfungserfolgsquote auch in Zukunft nicht abgeben zu dürfen. Die Kürzung, wie sie vom Stadtrat vorgesehen sei, würde der Chancengleichheit krass zuwiderlaufen. Eltern, die es sich leisten könnten, würden ihre Kinder dann in teure private Gymivorbereitungskurse schicken. Auf der Strecke würden diejenigen Kinder bleiben, die zwar eine Begabung fürs Gymi hätten, deren Eltern aber Privatkurse nicht zahlen könnten oder wollten.

Die FDP-Fraktion spreche sich deshalb einstimmig gegen die vom Stadtrat vorgeschlagene und nicht sehr wohlüberlegte Einsparung aus.

Claudia Bühlmann, Grüne, sagt zu Thomas Koch, dass sie nicht wüsste, ob die zwei Stunden Gymivorbereitung nicht mehr als ein Tropfen auf den heissen Stein seien, wenn während der Schule der Unterricht durch Kinder gestört werde, die jetzt die Unterstützung durch

die Schulsozialarbeit nicht bekämen. Natürlich seien sie auch nicht für diese Kürzung, aber das Verhältnis stimme nicht ganz.

Keine Abstimmung über den Antrag. Er geht als Empfehlung an den Stadtrat.

Antrag der GRPK

Schule und Jugend – Schwimmunterricht - Konto 705.3510.00

Eine Mehrheit der GRPK beantragt:

Der Schwimmunterricht wird im gleichen Umfang weitergeführt wie bisher, und somit wird das Konto 705.3510.00 Schwimmunterricht um CHF 29'170.- erhöht.

Gemeinderatspräsidentin Monika Greter informiert, dass dieser Antrag das Konto 705.3510.00 Entschädigungen an den Kanton betreffe. Die Erhöhung um CHF 29'170.- könne beantragt werden. Die Weiterführung des Schwimmunterrichts könne als Empfehlung an den Stadtrat abgegeben werden.

Mitglied der GRPK, Rita Hug, Grüne, führt aus, wer hier in Wädenswil aufgewachsen sei, werde liebevoll „Seebueb“ oder „Seemeitli“ genannt. Die Seebuben und Seemeitli würden sogar mit einem „Seebueben-Lied“ geehrt. Ihr selber sei es ehrlich gesagt nicht ums singen, aber der Stadtpräsident habe in der Pause gesagt, dass er die erste Strophe könne. Für alle die das Lied nicht so gut kennten: Im Lied werde vom wunderbaren Leben am See, beim Fischen oder vom Flanieren am See in der Nacht, wenn die Sterne im See schimmern, gesungen. Das Lied sage natürlich nichts über die Gefahren aus, die der Aufenthalt am See auch haben könne. Es werde vorausgesetzt: wer in Wädenswil aufwachse, könne schwimmen. Das sei eine klare Sache.

Ausgerechnet an dieser uralten Tradition solle jetzt gerüttelt werden. Schon mit den Schwimmstunden, die jetzt angeboten würden, sei es eine Herausforderung, dass alle Kinder schwimmen könnten. Die Sicherheit im Wasser sei aber das A und O, wenn man so direkt am See lebe. Der Schwimmunterricht für die Kindergärtler solle ganz gestrichen werden. Dabei sei es so, je kleiner sich die Kinder ans Wasser gewöhnten, desto besser sei der Lernerfolg. Schon heute gebe es grosse Unterschiede über das Schwimmniveau. Kinder, die keine Gelegenheit hätten, mit ihren Eltern ins Sträme oder Hallenbad zu gehen, hätten riesige Schwierigkeiten, mit so reduzierten Schwimmlektionen eine gute Sicherheit im Wasser zu bekommen. Die Verantwortung für Lehrer und Badeaufsicht vergrössere sich immens und die Gefahr des Ertrinkens werde grösser.

Dann sei auch noch der Gesundheitsaspekt, der ihnen auch hier in Wädenswil nicht einfach egal sein dürfe. Beim Schwimmen würden sich Kinder dreimal mehr bewegen als beim üblichen Turnen. Im Wasser seien sie immer in Bewegung und hätten weniger Pause. Sie alle wüssten, dass immer mehr Kinder und Jugendliche an Gewichtsproblemen leiden würden. Im Wasser würden sich aber auch schwerere Kinder wohl fühlen und könnten problemlos

gleich viel leisten wie ihre Kolleginnen und Kollegen, die sonst im Sport besser seien als sie. Zudem sei Schwimmen auch noch gelenkschonend.

Der Lehrplan schreibe vor, dass Kinder sich polysportiv bewegen sollten. Wenn der Schwimmanteil dermassen gekürzt werde, falle ein wichtiger Aspekt im Sport weg. Sie alle wüssten, dass der Platz in den Turnhallen knapp sei. Damit die Kinder den vorgeschriebenen Sport ausüben könnten, müssten sich dann alle in die Turnhallen quetschen, während dessen das Hallenbad, das trotzdem die ganze Zeit beheizt werde, unbenutzt bleibe. Zudem zahle die Primarschule jährlich CHF 260'000.- Benutzungsgebühren an das Hallenbad, die sich dann natürlich auch stark verringern würden.

Als Gemeinderätinnen und Gemeinderäte einer Seegemeinde finde sie es wirklich schlimm, wenn sie dieser Kürzung zustimmten. Sie bitte sie daher, einen Beitrag für die Gesundheit und Sicherheit für die Kinder in Wädenswil zu leisten, damit sie weiterhin als Seebuebe und Seemeitli viel Zeit am schönen Zürichsee verbringen könnten.

Mitglied der GRPK, Walter Münch, FDP, hat eine Verständnisfrage. Er habe gemeint, sobald ein Konto im blauen Buch sei und ein Betrag angegeben werde, könne ein Antrag gestellt werden.

Gemeinderatspräsidentin Monika Greter präzisiert, dass es sich um einen Antrag handle. Die Empfehlung sei nur, wo dann gekürzt werde.

Mitglied der GRPK, Walter Münch, FDP, sagt, dass sie diesen Antrag somit unterstützen würden.

Mitglied der GRPK, Volkan Dogu, CVP, sagt, dass die CVP-Fraktion den Antrag unterstütze. Wädenswil sei eine Seegemeinde und der Schwimmunterricht sei umso wichtiger. Dieser Luxus solle den Kindern gegönnt werden.

Mitglied der GRPK, Pierre Rappazzo, GLP, teilt mit, dass dieser Posten nun ganz klar in die Schublade „Schulreisli“ streichen gehöre. In einer Seegemeinde wie Wädenswil sei es evident, dass Kinder schnell schwimmen lernen würden. Hier zu sparen sei fahrlässig. Hingegen gelte auch hier, es würden falsche Ziele gesetzt. So habe beispielsweise sein Sohn Ende Kindergarten schwimmen können und habe es trotz Schwimmunterricht in der ersten Klasse wieder verlernt. Oder ein anderes Beispiel: Es kämen Kinder in die Oberstufe, die die Primarschule in Wädenswil durchlaufen hätten und nicht Schwimmen könnten. Wie könne so etwas passieren. Auch hier seien sie der Meinung, dass es falsche Ziele gebe. Heute müssten die Kinder nicht schwimmen lernen, sondern crawlen oder vielleicht eben auch nicht. Da könnten sie nur den Kopf schütteln. Sie würden trotzdem nein zur Kürzung sagen, würden aber eine sofortige Änderung des Schwimmunterrichtes verlangen, damit in Zukunft alle schwimmen könnten.

Edith Brunner, SP, führt aus, dass sie ihr Votum um 90% kürze, da Rita Hug eigentlich schon alles gesagt habe. Sie füge aber noch etwas an. Als es im Schulhaus Ort darum gegangen sei, die Turnhalle zu streichen, sei gesagt worden, das pressiere nicht und die Kinder könnten ins Schulhaus Steinacher ausweichen. Dort gebe es ein Lernschwimmbecken, das erst kürzlich saniert worden sei. Da mache es keinen Sinn, wenn dieses zur halben Zeit leer stünde. Wenn nun der Schwimmunterricht noch gekürzt werde, wo sollten die Kinder dann Turnen gehen, wenn es zu wenig Turnhallen gebe. In den Wald Pilze suchen? Dabei hätten sie zwar körperliche Bewegung aber vielleicht nicht die, die ihnen von Gesetzes wegen zustünde. Das seien nämlich drei Turnstunden pro Woche. Sie SP sei für die Aufrechterhaltung des Schwimmunterrichts im bisherigen Rahmen.

Abstimmung über das Konto 705.3510.00 Entschädigungen an den Kanton; Erhöhung um CHF 29'170.-

Der Rat stimmt der Erhöhung um CHF 29'170.- mehrheitlich zu.

Antrag der GRPK

**Schule und Jugend - Sport- und Freizeitkurse
Konto 705.3020.03, Sport- und Freizeitkurse**

Eine Minderheit der GRPK beantragt:

Die freiwilligen Sport- und Freizeitkurse werden im gleichen Umfang weitergeführt wie bisher, und somit wird das Konto 705.3020.03 Sport- und Freizeitkurse um CHF 12'500.- erhöht.

Eine Minderheit der GRPK beantragt:

Die freiwilligen Sport- und Freizeitkurse werden im gleichen Umfang angeboten, es wird lediglich die finanzielle Subvention gestrichen, so dass die Eltern nicht wie bisher für Zweidrittel, sondern für die ganzen Kosten aufkommen müssen.

Gemeinderatspräsidentin Monika Greter erwähnt, dass das erwähnte Konto 705.3020.03 ein Unterkonto sei. Dieser Antrag betreffe demnach das Hauptkonto 705.3020.00, Besoldungen Lehrkräfte. Dieses Konto sei bereits Gegenstand des vorherigen Antrags betreffend Schulsozialarbeit / Begabungsförderung gewesen. Die Erhöhung um CHF 12'500.- könne beantragt werden. Die Weiterführung der Sport- und Freizeitkurse könne als Empfehlung an den Stadtrat abgegeben werden. Ebenso der Vorschlag, dass die Eltern für die ganzen Kosten aufkommen sollten.

Mitglied der GRPK, Rita Hug, Grüne, teilt mit, dass auch die Streichung der beliebten Sport- und Freizeitkurse entgegen allen Empfehlungen für die Gesundheit sei. Schülerinnen und Schüler, die sich nach der Schule zum gemeinsamen Sport trafen, seien weg von der Strasse und könnten sich in einem guten Umfeld „auspowern“. Es sei eben nicht dasselbe,

wie wenn sie in einen Verein gehen würden. In einem Verein sei eine Mitgliedschaft langfristig gedacht. Der Schulsport ermögliche den Kindern aber, eine Sportart kennen zu lernen und für eine Weile zu praktizieren.

Die Sport- und Freizeitkurse würden CHF 90'000.- kosten, wovon CHF 60'000.- die Eltern bezahlen und CHF 30'000.- zulasten der Stadt gingen. Diese CHF 30'000.- sollten es ihnen wert sein, dass Kinder sich nach der Schule trafen und gemeinsam sinnvoll Zeit verbringen könnten. Nach der eher ruhigen Lernzeit in der Schule sei Sport ein wichtiger Ausgleich und er helfe sogar, das Gelernte wirklich zu verarbeiten. Natürlich sei es auch gut, wenn Kinder in Vereinen aktiv seien. Doch viele Vereine seien oftmals sehr stark ausgebucht, hätten Wartelisten und die Aktivitäten fänden am Abend statt. Die freiwilligen Sport- und Schulkurse würden aber die Turnhallen zu einer Zeit am Nachmittag füllen wo sie eher leer stünden. Eine Verlagerung in die Vereine am Abend bringe einen noch grösseren Engpass der Turnhallen.

Sie bitte darum, im Namen der Gesundheit und auch der Prävention, diesen Budgetposten stehen zu lassen. Eine Verlagerung der Kosten an die Eltern treffe wiederum Kinder aus sozial schwächeren Verhältnissen. Das würden sie ablehnen.

Mitglied der GRPK, Christian Gross, SP, sagt, dass er gestützt auf Artikel 30 des Geschäftsreglements einen Wiedererwägungsantrag stelle zum Antrag von Charlotte Baer (Kürzung von CHF 200.'000.). Dieser Antrag sei durch das Abstimmungsprozedere benachteiligt gewesen und darum solle dieser nochmals der jetzigen Variante gegenübergestellt werden. Es betreffe immer noch das gleiche Konto, das zurzeit diskutiert werde. Seiner Meinung nach sei ein Wiedererwägungsantrag möglich. Er glaube, dass er inhaltlich sinnvoll sei, da sie sich beim vorherigen Abstimmungsprozedere hätten entscheiden müssen ob sie taktisch oder nach ihren Überzeugungen stimmen. Er finde dies eine schlechte Entscheidung und stelle darum einen Wiedererwägungsantrag.

Gemeinderatspräsidentin Monika Greter teilt mit, dass der Antrag zu Ende diskutiert werde und sie danach auf den Wiedererwägungsantrag zurückkomme.

Mitglied der GRPK, Pierre Rappazzo, GLP, führt aus, dass auch die GLP die angebotenen Sport- und Freizeitkurse schätze. Auch diese Kürzung gehe Richtung „Schulreisli“ kürzen. Hingegen würden sie es nicht schätzen, wie diese per Giesskanne finanziert würden. Sie sähen nicht, wie der Stadtrat bereits in seiner Antwort gesagt habe, dass eine Zweiklassengesellschaft im Bildungswesen geschaffen werde, da sie ausserhalb des Bildungswesens unterwegs seien. Heute würden die Eltern bereits 2/3 der Kosten bezahlen und es spreche nichts dagegen, dass sie die ganzen Kosten übernähmen. Darum müsse das nicht gestrichen werden.

Die GLP sei für den zweiten Antrag, nämlich die Beibehaltung der Sport- und Freizeitkurse. Die Rechnung solle einfach an die Eltern gehen.

Stadtrat Schule und Jugend Johannes Zollinger sagt zu Pierre Rappazzo, dass dieser Antrag eigenartig sei. Kinder, die das Angebot unter Umständen bräuchten und nicht ganz so gut betreut seien wie Kinder, deren Eltern sich das Angebot leisten könnten, würden die Freizeitkurse nicht mehr besuchen. Wenn schon müsste konsequent gesagt werden, entweder den Betrag zu belassen oder ganz zu streichen. Die Kosten den Eltern zu überwälzen schaffe ein Zweiklassensystem. Es sei einfach so.

Ivo Peyer, BFPW, teilt mit, dass sie vom Forum nicht Mitglied der GRPK seien. Er wundere sich, dass nach zig Lesungen die Kontonummer in der Überschrift und im Text unterschiedlich sei. Er finde weder das eine noch das andere. Er glaube sich daran zu erinnern, dass gesagt worden sei, wenn ein Konto nicht im blauen Buch zu finden sei, könne darüber nicht abgestimmt werden und es gebe eine Empfehlung. Er verlange, dass hier eine saubere Linie durchgezogen werde. Ansonsten müsse er über etwas abstimmen, das er nicht mehr nachvollziehen könne, da es gar nicht im blauen Buch sei. Die Kontonummer stimme auch nicht. Im Titel stehe das Konto 705.3520.03 und im Text unten 705.3020.03. Was zähle nun.

Mitglied der GRPK, Pierre Rappazzo, GLP, gibt Johannes Zollinger eine kurze Replik. Sie seien nicht der Meinung, dass Bedürftige das Angebot nicht besuchen sollten. Sie seien aber der Meinung, dass die Finanzierung anders erfolgen müsse.

Ivo Peyer, BFPW, fragt nochmals wie er das nachvollziehen solle, wenn nun über das Konto 705.3020.00 abgestimmt werde. Das solle ihm jemand erklären. Im Bericht und Antrag der GRPK stimme das Konto nicht und darüber würde abgestimmt und nicht über eine Kurzbegründung. Er entschuldige sich, dass er ein „Tüpfelscheisser“ sei. Sachen, die nicht im Buch seien, in einem Konto, das er nicht sehe, würden als Empfehlung an den Stadtrat gehen. Dann hätten sie eine saubere Linie. Er stimme ab, wolle aber eine klare Linie und diese sehe er momentan nicht. Um das gehe es ihm.

Erster Minderheitsantrag

Abstimmung über das Konto 705.3020.00, Besoldungen Lehrkräfte: Erhöhung um CHF 12'500.-

Der Rat lehnt eine Erhöhung mehrheitlich ab.

Zweiter Minderheitsantrag

Keine Abstimmung über den Antrag. Er geht als Empfehlung an den Stadtrat.

Gemeinderatspräsidentin Monika Greter erwähnt, dass sie die Abteilung Schule und Jugend fertig beraten wolle, bevor sie zum Wiedererwägungsantrag von Christian Gross komme.

Antrag der GRPK

Schule und Jugend – Aufgabenhilfe - Konto 705.3020.11

Eine Minderheit der GRPK beantragt:

Die Aufgabenhilfe wird im gleichen Umfang weitergeführt wie bisher, und somit wird das Konto 705.3020.11 Aufgabenhilfe um CHF 27'000.- erhöht.

Eine Mehrheit der GRPK beantragt:

Die Aufgabenhilfe wird im gleichen Umfang angeboten wie bisher, die Kosten sind hingegen den Eltern weiter zu verrechnen.

Gemeinderatspräsidentin Monika Greter sagt, dass das erwähnte Konto Nr. 705.3020.11 wieder ein Unterkonto sei. Dieser Antrag betreffe ebenfalls das Hauptkonto 705.3020.00, Besoldungen Lehrkräfte. Über das gleiche Konto werde nun das dritte Mal abgestimmt. Die Erhöhung um CHF 27'000.- könne beantragt werden. Die Weiterführung der Aufgabenhilfe könne als Empfehlung an den Stadtrat abgegeben werden. Ebenso der Vorschlag, dass die Eltern für die Kosten aufkommen sollten.

Mitglied der GRPK, Rita Hug, Grüne, teilt mit, dass die Reduktion der Aufgabenhilfe von 3 x 1.5 Std. pro Woche auf 3 x eine Stunde pro Woche eine grosse Einbusse der Chancengleichheit sei. Bis anhin habe ab dem achten Kind eine zweite Betreuungsperson hinzugezogen werden können, ab dem neuen Schuljahr sei die zweite Betreuungsperson erst ab 12 Kindern zulässig. Sie könnten sich vorstellen wie oft ein Kind dann etwas fragen könne, wenn es mit elf anderen für eine Stunde von einer Person betreut werde. Wenn da eine längere Frage anstehe, würden die anderen elf warten und kämen zu gar nichts.

Ob Aufgaben sinnvoll seien oder nicht, darüber könne gestritten werden. Wenn es aber für alle Aufgaben gebe, seien die Kinder im Nachteil, die daheim keine Hilfe bekämen oder nicht genügend Ruhe hätten. Gerade für solche Kinder sei es wichtig, dass sie in der Schule nicht abhängen würden und die nötige Unterstützung bekämen.

Gerade in diesem Bereich die Kosten vollumfänglich den Eltern aufzutragen sei falscher als falsch, da es genau die sozial schwächeren Familien treffe, die diese Leistung dann nicht in Anspruch nehmen könnten und genau diese Kinder seien es, die mit den Aufgaben alleine gelassen würden. In diesem Sinne bitte sie, dass sie für Erhaltung dieses Budgetpostens stimmen würden.

Mitglied der GRPK, Pierre Rappazzo, GLP, führt aus, dass auch diese Kürzung des Stadtrats ins Kapitel „Schulreisli“ streichen gehöre. Selbstverständlich solle die Aufgabenhilfe erhalten bleiben. Einzig bei der Finanzierung herrsche Uneinigkeit. Sie seien der Meinung, dass die Eltern dafür verantwortlich seien, dass die Kinder in Ruhe ihre Hausaufgaben machen könnten. Wenn das nicht möglich sei, müssten die Eltern dafür zahlen. Die Schule solle das Angebot aber weiterhin zur Verfügung stellen.

Mitglied der GRPK, Volkan Dogu, CVP, sagt, dass er zum vorhergehenden Antrag noch eine Frage habe. Diese sei untergegangen. Hätten sie vorher entweder oder gemacht? Es sei ja einmal darum gegangen, dass die Kosten die Eltern zu tragen hätten und das andere Mal darum, dass es einfach gestrichen werde.

Gemeinderatspräsidentin Monika Greter erklärt, dass einzig über den Betrag abgestimmt worden sei und nicht ob es die Eltern zahlen würden oder nicht. Dies sei eine Empfehlung an den Stadtrat.

Mitglied der GRPK, Volkan Dogu, CVP, nimmt nun Stellung zum aktuellen Antrag. Die CVP-Fraktion sei auch dafür, dass den schwächeren Schülern geholfen und das Konto um CHF 27'000.- erhöht werden sollte, wie Rita Hug es gesagt habe. Sie seien definitiv dagegen, dass die Kosten durch die Eltern zu tragen seien.

Minderheitsantrag

Abstimmung über das Konto 705.3020.00, Besoldungen Lehrkräfte: Erhöhung um CHF 27'000.- (mit Stimmenzähler)

Der Rat lehnt eine Erhöhung mit 17:16 Stimmen bei zwei Enthaltungen ab.

Mehrheitsantrag

Keine Abstimmung über den Antrag. Er geht als Empfehlung an den Stadtrat.

Gemeinderatspräsidentin Monika Greter erwähnt, dass sie nun zum Wiedererwägungsantrag von Christian Gross komme. Über einen Wiedererwägungsantrag müsse abgestimmt werden und eine Mehrheit der Anwesenden müsse diesen unterstützen.

Mitglied der GRPK, Christian Gross, SP, stellt folgenden **Wiedererwägungsantrag**:

Über den Antrag von Charlotte Baer, das Konto 705.3020.00 Besoldung Lehrkräfte nur um CHF 200'000.- zu kürzen, solle nochmals abgestimmt werden gegenüber der Kürzung von CHF 400'000.-, die vorher beschlossen worden sei.

Er begründe dies damit, dass durch die schnelle Ausmehrung und dass die beiden unterliegenden Anträge nicht auch noch einander gegenübergestellt worden sein, der Kompromissantrag benachteiligt gewesen sei.

Abstimmung über den Wiedererwägungsantrag von Christian Gross (mit Stimmenzähler)

Der Rat lehnt mit 17:16 Stimmen bei zwei Enthaltungen den Wiedererwägungsantrag ab.

Soziales (Seite 74 - 90) Globalbudgets Soziales: Soziale Dienste S. 152 - 154; Asylwesen S. 154/155; Frohmatt S. 156 - 158

Mitglied der GRPK, Christoph Lehmann, SVP, führt aus, dass er zusammen mit Judith Fürst die Abteilung Soziales und die Frohmattbetriebe besucht habe. Die vorgängig gestellten Fragen seien wiederum schriftlich und sehr detailliert vor ihrem Besuch beantwortet worden. Sie würden sich bei den Abteilungsleitern Markus Morger und Cristian Rentsch sowie der Stadträtin Astrid Furrer für eine offene und detaillierte Kommunikation bedanken.

Soziales mache mit grösseren Nettoauslagen von fast CHF 0.9 Mio. nochmals einen Sprung auf gesamthaft CHF 21.9 Mio. Nettoaufwand. Die Sozialversicherungen, Konto Eidg. Ergänzungsleistungen AHV/IV nehme um CHF 1.3 Mio. zu. Der Staatsbeitrag sei 44%, also würden über CHF 0.7 Mio. mehr bei der Stadt Wädenswil verbleiben.

Durch kompliziertere Abrechnungssysteme der Heime (jeden Monat unterschiedliche Rechnungen) nehme der Aufwand für die Bearbeitung, gemessen am Fallwachstum überproportional zu. Der einzelne Fall brauche mehr Administration. Darum werde bei der Dienststelle Sozialversicherung eine 50% Stelle aufgestockt. Keine Trendwende sei in Sicht.

Im Konto Integration seien Kosten für die Arbeitsintegration für Ausländer, die noch nicht 10 Jahre in der Schweiz leben würden, soweit zulässig in die Kontogruppe 820 Gesetzliche wirtschaftliche Hilfe verschoben worden. Diese Ausgaben könnten teilweise an den Kanton weiterverrechnet werden.

Im Asylwesen werde die Entwicklung als unsicher wahrgenommen. Aufgrund der Kontingenterhöhung sei billiger Wohnraum angemietet worden. Wenn das Asylwesen zurückgehe, könne vielleicht darauf verzichtet werden. Trotzdem sei ein Teilpensum aufgestockt worden und erscheine infolge höheren Rückerstattungen weitgehend kostenneutral zu bleiben.

Die Frohmatt steuere im zweiten Jahr nach dem Umbau in die Normalität. In der Hochrechnung 2016 noch ein kleines Minus, entstehe jetzt im Globalkredit 2017 ein stattliches Plus von CHF 0.52 Mio. Dieses Ergebnis mache Freude. Aber nicht nur die Zahlen würden zeigen, dass die Frohmatt in Bewegung sei. Viele Ziele, Indikatoren und Standards seien überarbeitet und angepasst worden. Taxen seien kostendeckend, marktgerecht und anhand der Kostenrechnung nachvollziehbar. Oder qualitative Sicherstellung und Überprüfung der „Pflege- und Betreuung“ sei durch den Kernprozess ausgearbeitet und implementiert.

Auch die optimale Auslastung der Infrastruktur, der gesamthaft 120 Betten, sei angepasst worden. Über die beiden Bereiche „Betreutes Wohnen“ und „Wohngruppen Pflege und Demenz“ seien bisher 98.5% Belegung anvisiert worden. Im Voranschlag 2017 seien das leider nur noch 98% und 94%. Das sei so, weil neu auch die Abwesenheitstage berücksichtigt würden. Bei gesamthaft 60 - 70 Austritten, die durch Todesfälle oder Kündigungen entstünden, werde davon ausgegangen, dass mit rund 1'700 Ausfalltagen gerechnet werden müsse. Dies bei einer verminderten Pensionstaxe. Eine Pflege- und Betreuungstaxe könne dann nicht mehr eingenommen werden. Schade, dass man sich hier verschlechtert und vom Benchmark entfernt habe. Das Alterszentrum Fuhr habe die Auslastung zur Chefsache erklärt und weise vermutlich deshalb eine Auslastung von 100% aus.

Im Oktober 2015 sei bei den Bewohnern, den Angehörigen und den Mitarbeitern je eine Umfrage gemacht worden. Anfangs 2016 sei diese ausgewertet worden und Themen daraus seien implementiert worden. Im 2017 finde leider keine Umfrage statt. Schade, dass die Auswertung und Implementierung so lange daure und sich die drei Gruppen nicht in kürzeren Zeitabständen zu Wort melden könnten.

Die Frohmatt habe vielfältige Anspruchsgruppen, befriedige unterschiedlichste Bedürfnisse in einer hohen und stabilen Qualität. Ein Dankeschön ans Führungsteam und an die Mitarbeitenden, die sich tagtäglich zum Wohle der Bewohner, Angehörigen und anderen Kunden einsetzen würden.

Stadträtin Soziales Astrid Furrer dankt allen herzlich, die Sitzleder aber auch die Höflichkeit hätten, bis zum Schluss zu bleiben. Sie denke, dass sie nicht mehr so lange hätten.

Sie sähen die zwei gegensätzlichen Unterabteilungen, die sie habe, Soziales und Frohmatt. Die Frohmatt sei ein eigenständiger Betrieb und finanziere sich gänzlich anders als der total steuerfinanzierter Betrieb Soziales. Die Frohmatt schreibe neuerdings schwarze Zahlen. Das sei aber nicht in allen Bereichen so einfach. Sie erwähne dies darum, weil die Abteilung Soziales etwas zum unleidigen strukturellen Defizit beitrage, das die Stadt Wädenswil habe. Strukturell heisse, dass gar nichts dagegen gemacht werden könne. Dies sei nicht nur eine Floskel. Jedes Jahr müssten CHF 1.0 Mio. mehr für Ergänzungsleistungen budgetiert werden. Dies finde sich im Posten Sozialversicherungen. Jedes Jahr CHF 1.0 Mio. mehr ergäben zwei Steuerprozent. Auch nächstes Jahr gehe diese Entwicklung leider so weiter. Die Prognose wäre dann 4 Steuerprozent mehr als jetzt. Das sei nur ein Teil davon. Die Stadt Wädenswil habe noch mehr solche strukturellen Defizite.

Im Bericht sei erwähnt, was dagegen unternommen werden könnte. Es seien die sogenannten flankierenden Massnahmen. Speziell in diesem Bereich wäre das zum Beispiel eine Personalerhöhung, die bei der Fallberatung so Gegensteuer geben könnte, dass es weniger Fälle bzw. weniger teure Fälle gebe. Manchmal werde auch damit gespart, wenn im ersten Moment mehr ausgegeben werde.

Es sei erfreulich und sie sei extrem stolz, dass es die Frohmatt geschafft habe, das erste Mal in der Geschichte überhaupt, schwarze Zahlen zu schreiben. Bei allen Konten sei der Aufwand kleiner. Sie danke Cristian Rentsch und seinen Mitarbeitenden. Es sei nicht einfach gewesen und es seien schmerzhaft Einsparungen gewesen. Ganz wichtig sei, dass das Personal respektive die Bewohnerinnen und Bewohner nicht gelitten hätten. Das Personal sei treu geblieben. Sie danke auch Markus Morger und seinem Team, auch wenn im Sozialen die Zahlen nicht so toll aussähen. Die Bedingungen seien sehr schwierig gewesen auch mit der ganzen Asylgeschichte. Dort hätten sie Wohnraum zur Verfügung stellen müssen. Diese Leute seien sehr schwierig und die Beratungen seien sehr aufwändig. Es sei dieses Jahr ein ganz schwieriges Umfeld gewesen. Sie danke Markus Morger. Sie hätten eine geringe Fluktuation.

Antrag der GRPK

Die einstimmige GRPK beantragt, den Aufwand des Alterszentrums Frohmatt (Konto 85) um CHF 50'000.- zu reduzieren von CHF 15'616'608.- auf CHF 15'566'608.- (Seite 82). Es soll auf strategische Beratungskosten verzichtet werden.

Gemeinderatspräsidentin Monika Greter erwähnt wieder, dass dieser Antrag ein Globalkredit betreffe und formal nicht korrekt sei. Die Abstimmung über einen einzelnen Ausgabenposten sei nicht möglich. Mittlerweile habe sie einen anderen Antrag von Christian Gross, der den Globalkredit betreffe.

Keine Abstimmung über den Antrag der GRPK. Er geht als Empfehlung an den Stadtrat.

Mitglied der GRPK, Christian Gross, SP, sagt, dass sich die Frohmatt schon jahrelang beraten lasse ob und wenn sie ehrlich seien, wie sie sich verselbständigen solle. Die aufgelaufenen Kosten seien beträchtlich und im nächsten Jahr sollten nochmals CHF 50'000.- ausgegeben werden. Bei einem Bauprojekt werde zuerst eine Projektstudie gemacht und dann gebe es einen Projektkredit und erst danach werde gebaut. Die Vorstudie habe die Frohmatt schon lange gemacht. Jetzt sei es an der Zeit, ins Parlament zu gehen und einen Projektierungskredit zu beantragen. Also einmal in einer Weisung zu fragen, ob eine Verselbständigung überhaupt für das Parlament denkbar sei, und zwar bevor sie weitere Beratungskosten aufhäufte und sich diese dann irgendeinmal als verlorene Ausgaben erweisen würden. Darum hätten sie den Antrag von der GRPK gestellt, zuerst falsch und er hoffe, dass dieser nun korrekt sei, dass der Nettoertrag der Frohmatt um CHF 50'000.- erhöht werde. Damit solle erreicht werden, dass auf weitere Beratungskosten zur Verselbständigung verzichtet werde und zuerst ein politischer Entscheid abgeholt werde, bevor noch mehr Geld gesprochen werde.

Mitglied der GRPK, Christoph Lehmann, SVP, teilt mit, dass für die Thematik „Verselbständigung“ der Stadtrat mit Stadtratsbeschluss vom 20. Januar 2014 bereits CHF 20'000.- freigegeben habe. Weil es möglicherweise verschiedene Szenarien geben könne, hätten sie im Voranschlag 2016 unter dem oben erwähnten Konto weitere CHF 75'000.- befürwortet. Die Frohmatt habe ihnen dazu eine plausible und überzeugende Erklärung abgegeben; nämlich erarbeiten eines Grundlagenberichts mit verschiedenen Szenarien in Eigenleistung und mit dem Lead der KPMG. Der Bericht solle danach dem Gemeinderat vorgelegt werden, damit über „stop“ oder „go“ entschieden werden könne.

Sei es jetzt Salamtaktik, dass sie im kommenden Jahr nochmals CHF 50'000.- sprechen sollten. Die GRPK stelle sich auf den Standpunkt „weniger sei mehr“. Es dürfe nicht sein, dass sie CHF 145'000.- sprechen würden ohne Zustimmung des Gemeinderats. Das Rad müsse nämlich nicht neu erfunden werden. Verschiedene Betriebe in der Region hätten diesen Schritt bereits gemacht. Offene Fragen und fehlendes Wissen könnten allenfalls in Eigenleistung von solchen geübten Projekten in Erfahrung gebracht werden.

Mitglied der GRPK, Volkan Dogu, CVP, führt aus, dass der Antrag der GRPK auch für die CVP richtig sei. Sie fänden, bevor der Stadtrat weiter Geld ausgabe, wollten sie im Gemeinderat zuerst die Möglichkeit haben, dies zu diskutieren.

Stadträtin Soziales Astrid Furrer, fügt an, dass ein grosser Teil von den Summen, die genannt worden seien, für die betriebswirtschaftliche Analyse ausgegeben worden seien. Am Resultat sähen sie, dass sich dies mehr als gelohnt habe. Es brauche manchmal eine externe Sicht um darauf zu kommen, was bei einem Betrieb nicht ganz stimme. Das sei der erste Punkt. Der zweite Punkt betreffe die Änderung der Rechtsform. Die Frohmatt solle immer noch zu 100% im Besitz der Stadt bleiben. Da würden sie einen neuen Weg gehen und sie seien in den letzten Zügen, um das beurteilen zu können. Sie hätten sich selbstverständlich überlegt, ob sie mit einem Projektierungskredit in den Gemeinderat kommen sollten. Selbstverständlich würden dann Fragen kommen wie: Wie sehe es dann aus. Was passiere mit dem Personal, was mit den Immobilien und was mit der IT-Lösung etc. Ohne Grundlagen könnten keine Antworten gegeben werden. Das Pferd wäre so von hinten aufgezäumt worden. Darum sei der Grundlagenbericht erarbeitet worden und sie seien in den letzten Zügen. Das letzte Thema fehle noch. Mit diesem Grundlagenbericht kämen sie dann sofort in den Gemeinderat, damit er entscheiden könne, ob die Rechtsform geändert werden solle oder nicht. Alles andere bringe nichts. Sie könnten nicht entscheiden Verselbständigung ja oder nein ohne eine Grundlage zu haben. Die Abklärungen über die betriebswirtschaftliche Analyse hätten nicht in einem Jahr gemacht werden können. Darum sei es auch keine Salamiaktik gewesen, sondern die Realität wie so etwas überhaupt ablaufe. Es habe sich über zwei oder drei Jahre hinweggezogen. Sobald die Grundlagen vorlägen, bekäme der Gemeinderat den Bericht und könne darüber entscheiden.

Abstimmung über den Antrag von Christian Gross, Mitglied der GRPK

Der Nettoglobalkredit des Alterszentrums Frohmatt (Konto 85) ist um CHF 50'000.- auf - 565'215.- zu erhöhen

Der Rat stimmt der Erhöhung des Nettoglobalkredits mehrheitlich zu.

Gesundheit (Seite 91 bis 98) Globalbudget Gesundheit: Badeanlagen S. 158/159

Mitglied der GRPK, Volkan Dogu, CVP, führt aus, dass er am 8. November 2016 zusammen mit Pierre Rappazzo die Abteilung Gesundheit besucht habe. Den Dank habe er bereits ausgesprochen. Fürs Jahr 2017 sei ein Nettoaufwand von CHF 8.1 Mio. budgetiert worden. Das seien CHF 800'000.- mehr als im 2016. Für die, die sich noch daran erinnern könnten, habe er das letzte Mal kritisiert, dass sie wahrscheinlich zu wenig budgetiert hätten. Das habe sich nun bewahrheitet. Gut sei aber, dass sie gegenüber der Rechnung 2015 CHF 0.5 Mio. darunter seien.

Aufgrund von Sparmassnahmen sei eine pensionierte Mitarbeiterin in der Verwaltung nicht mehr ersetzt worden. Der Gesamtaufwand für Krankenpflege werde gegenüber dem Budget 2016 um insgesamt CHF 0.95 Mio. erhöht. Dies erachte die GRPK als realistisch budgetiert.

Das Ärztetelefon/Notfallorganisation werde wieder eingeführt. Es handle sich um den Notfalldienst der Ärzte, eine Dienstleistung, die sie bis ins 2014 gehabt hätten. Diese werde wieder eingeführt.

Im Hallenbad sei eine erste Reduktion der Stromkosten durch die Photovoltaikanlage ersichtlich. In der Rechnung 2015 seien für CHF 130'000.- Strom bezogen worden. Die Reduktion auf CHF 70'000.- für das Budget 2017 sei eine erste Projektion der Leistung der Photovoltaikanlage. Mit den geplanten Attraktivitätssteigerungen und Werbung für das Hallenbad werde davon ausgegangen, dass das Hallenbad im 2017 Eintrittsgebühren von rund CHF 400'000.- einnehmen könne.

Antrag der GRPK

Eine Mehrheit der GRPK beantragt:

Die FLAG Ziele für die Badeanlagen (930 - 938) wie folgt anzupassen.

	Ziele	Indikatoren / Standards
bisher	Kundenorientierte und wirtschaftliche Betriebsführung Bäder	Kostendeckungsgrad mindestens 40% (inkl. kalkulatorische Kosten)
neu	Kundenorientierte und wirtschaftliche Betriebsführung der Freibäder	Kostendeckungsgrad mindestens 40% (inkl. kalkulatorische Kosten)
neu	Kundenorientierte und wirtschaftliche Betriebsführung des Hallenbades mit mindestens 60% Kostendeckungsgrad inkl. kalkulatorische Kosten.	Marktorientierte Preise. Keine Erhöhung der Verrechnung an städtische Einrichtungen (Schule).

Mitglied der GRPK, Pierre Rappazzo, sagt, dass er nochmals einen anderen Antrag habe. Der Stadtrat habe zurecht darauf hingewiesen, dass Ziele und Indikatoren miteinander vermischt würden. Neu solle das Ziel belassen werden und bei den Indikatoren/Standards heisse es: Kostendeckungsgrad von mindestens 40% (inkl. kalkulatorischen. Kosten) bei Freibädern und mindestens 60% (inkl. Kalkulatorischer Kosten) beim Hallenbad.

Stadtrat Sicherheit und Gesundheit Jonas Erni, teilt mit, dass sie weiterhin bemüht seien, den Kostendeckungsgrad kontinuierlich zu verbessern. Sie könnten mit dem korrigierten Antrag leben.

Abstimmung über den Antrag

Eine Mehrheit der GRPK beantragt:

Die FLAG Ziele für die Badeanlagen (930 – 938) wie folgt anzupassen:

	Ziele	Indikatoren / Standards
bisher	Kundenorientierte und wirtschaftliche Betriebsführung Bäder	Kostendeckungsgrad mindestens 40% (inkl. kalkulatorische Kosten)
neu	Kundenorientierte und wirtschaftliche Betriebsführung Bäder	Kostendeckungsgrad von mindestens 40% (inkl. kalkulatorischen. Kosten) bei Freibädern und mindestens 60% (inkl. Kalkulatorischer Kosten) beim Hallenbad

Der Rat stimmt grossmehrheitlich der Änderung der FLAG Ziele für die Badeanlagen zu.

Investitionsrechnung (Seite 99 bis 131) und ordentliche Abschreibungen (Seite 132)

Mitglied der GRPK, Christine Merseburger, EVP, teilt mit, dass für die Investitionsrechnung und die Abschreibungen kein Besuch erfolge und es deshalb auch keine Bedankung gebe. Beim Verwaltungsvermögen seien Investitionen im Rahmen des Budgets des letzten Jahrs vorgenommen worden. Fast die Hälfte der geplanten Investitionen würden bei der Bildung anfallen (OSW Schulhaus Fuhr/Rotweg, Kindergarten Toblerweg). Knapp CHF 6.0 Mio. würden bei der Umwelt- und Raumordnung budgetiert (Wasserversorgung, Abwasser, Abfallentsorgung). CHF 2.0 Mio. seien für den notwendigen Um- und Ausbau des Werkhofs vorgesehen. Ebenfalls rund CHF 2.0 Mio. für den Unterhalt der Gemeindestrassen. Die Abschreibungen seien im Rahmen des Budgets von 2016.

Beim Finanzvermögen werde im Budget 2017 eine Desinvestition vorgesehen. Nach dem Kauf des Rütihofs, der im Budget 2016 ein grosser Budgetposten gewesen sei, würden im 2017 nun Einnahmen generiert, die aus dem Verkauf von Teilen des Rütihofs realisiert würden. Die Abschreibung werde gleich bleiben wie im letzten Jahr.

Ulrich Reiter, Grüne, führt aus, dass er eine Bemerkung habe. Sie hätten heute Abend viel über Budgetkürzungen diskutiert, die irgendwo im Promillebereich lägen. Hier würden sie über Abschreibungsbeträge hinweggehen, die im Millionenbereich lägen und Prozente beim Aufwand ausmachen würden. Als er das Ganze angeschaut habe, habe er es ehrlich gesagt im ersten Moment nicht verstanden. Wenn er privat investiere und Abschreibungen machen müsse, müsse er über die Abschreibungsdauer einen Betrag generieren. Hier sei es nicht so. Da schreibe eine Schule über 10 Jahre ab. Das belaste das Budget und stehe auch im Bericht der GRPK. Er habe lange überlegt, wieso so etwas gemacht werde, bis er dann auf das Handbuch „Rechnungswesen der Zürcherischen Gemeinden“ gestossen sei. Dort stehe: „Die Abschreibungen bewirken, dass der Abschreibungsaufwand im Zeitpunkt der Realisierung des Vorhabens besonders spürbar anfällt und sofort eine unmittelbare Wirkung auf den Steuerfuss ausübt“. Er gebe das zu bedenken, wenn sie nachher über die Steuerfusserhöhung diskutieren würden. Auch wenn sie die Nettoinvestitionen der letzten Jahre ansähen, seien diese erhöht worden. Im 2009/2010 seien die Investitionen im Rahmen von CHF 10.0 Mio. gewesen, jetzt würden sie von über CHF 20.0 Mio. Investitionen reden. Im Gegensatz sei der Steuerfuss von 90% auf 84% gesunken. Er halte fest, dass das auf den Abschreibungen grosse Beträge seien. Er lege Wert darauf, dass das in Zukunft auch angeschaut und eingehend diskutiert werde. Das habe einen Einfluss auf die Gesamtrechnung.

Mitglied der GRPK, Walter Münch, FDP, sagt, als damals über das Schulhaus abgestimmt worden sei, sei festgehalten worden, dass die Schule und die OSW dieses innert 33 Jahren amortisieren würden und die Stadt das über 10 Jahre amortisiere. Darum entstünde jährlich eine Differenz, die die nächsten paar Jahre die Stadt belaste. In den Abstimmungsunterlagen und in der Weisung sei es so gewesen so viel er wisse.

Stadtpräsident Philipp Kutter dankt Ulrich Reiter, dass er die Unterlagen so genau studiert habe. Sie hätten keine Wahl. Wenn sie investierten, müssten im ersten Jahr 10% abgeschrieben werden. Das sei die Abschreibungsmodalität. Er verstehe den Hinweis von Ulrich Reiter im Hinblick auf die Steuerfussdiskussion. Wenn viel abgeschrieben werde, müsse auch der Steuerfuss erhöht werden. So habe er seine Aussage verstanden. Er präzisiere für alle, die das Gefühl hätten, es bestehe ein Spielraum und die Abschreibungsdauer könne wie in der Privatwirtschaft selber festgelegt werden. Das sei nicht der Fall. Sie seien verpflichtet, alle Investitionen jedes Jahr mit 10% abzuschreiben. Das genau noch ein Jahr lang. Ab dem 1. Januar 2019 gelte die neue Rechnungslegung (HRM II). Ab dann könnten sie individuell, so wie in der Privatwirtschaft abschreiben. Zum Oberstufenschulhaus hätten sie sich im Rahmen des Budgets auch geäußert. Dort sei der Effekt besonders markant, weil das ein Objekt sei, das der Mieter (die OSW) auf 33 Jahre refinanzieren und die Stadt auf 10 Jahre abschreiben müsse. Das gebe eine markante Vorfinanzierung. Im ersten Jahr, also im 2017, mache das CHF 1.7 Mio. aus.

Mitglied der GRPK, Christoph Lehmann, SVP, präzisiert, dass es nicht 10 Jahre seien, sondern 10% jedes Jahr, degressiv gerechnet. Das heisse, im ersten Jahr werde auf 90% abgeschrieben. Danach werden von den 90 auch wieder 10% abgeschrieben. Diese Kurve gehe nie auf 0.

Seitenweises Durchgehen der Investitionsrechnung

8 Volkswirtschaft - Gasversorgung Konto 862.5060.02

**Die einstimmige GRPK beantragt:
Das Konto 862.5060.02 Verselbständigung / Rechtsformänderung Werke (Prüfung Verselbständigung) von CHF 60'000.- auf CHF 0 zu kürzen (S. 128)**

Mitglied der GRPK, Christian Gross, SP, teilt mit, dass die Begründung sehr ähnlich sei wie bei der Frohmatt, wo auch bereits Vorabklärungen getätigt worden seien. Analog der Frohmatt hätten sie auch da gerne zuerst einen politischen Entscheid und danach die Ausarbeitung bis ins letzte Detail und nicht umgekehrt.

Stadtrat Werke Ernst Brupbacher führt aus, dass sie hier in der gleichen Situation seien wie bei der Frohmatt, wie Christian Gross es bereits erwähnt habe. Nur dass hier etwas später begonnen wurde. Sie hätten bereits in diesem Jahr etwas investiert. Das Grundlagenpapier solle nun vervollständigt werden. Er wolle nicht mit einem halbfertigen Produkt in den Gemeinderat gehen. Aber wenn das gewünscht werde, würden dann wieder viele Fragen

gestellt und es heisse wieder, dass sie nicht richtig recherchiert hätten. Sie müssten sich gut überlegen, was sie wollten.

Ernst Grand, FDP, sagt, dass die FDP-Fraktion aus zwei Gründen gegen die Streichung der Budgetposition sei. Eigentlich ganz ähnlich wie bei der Frohmatt, nur dass hier noch nicht so viel Geld ausgegeben worden sei für die notwendigen Abklärungen. Jedenfalls würden Sie das vermuten. Sie wollten nicht mit einem halbfertigen Produkt berieselt werden. Sie seien darum der Meinung, wenn sie nachhaltig sparen wollten, müsse die Verselbständigung seriös abgeklärt und dieser eine Chance geben werden. Sie seien darum gegen die Kürzung.

Abstimmung über den Antrag der GRPK

8 Volkswirtschaft - Gasversorgung

Konto 862.5060.02

Die einstimmige GRPK beantragt:

Das Konto 862.5060.02 Verselbständigung / Rechtsformänderung Werke (Prüfung Verselbständigung) von CHF 60'000.- auf CHF 0 zu kürzen (S. 128)

Der Rat stimmt grossmehrheitlich der Kürzung zu.

Schlussabstimmung über den Voranschlag und die Leistungsaufträgen

Der Rat stimmt dem Voranschlag 2017 mit den vorgehend beschlossenen Änderungen und Leistungsaufträgen 2017 mehrheitlich zu.

Zweitens Steuerfuss 2017

Präsidentin der GRPK, Christina Zurfluh Fraefel, SVP, sagt, dass sie folgende drei Anträge hätten: Erhöhung um 3%, Erhöhung um 1% oder keine Erhöhung.

Antrag der GRPK

Eine Minderheit der GRPK beantragt, den Steuerfuss unverändert bei 84% zu belassen.

Eine Minderheit der GRPK beantragt, den Steuerfuss um einen Prozentpunkt von 84% auf 85% zu erhöhen.

Eine Minderheit der GRPK beantragt, den Steuerfuss gemäss Antrag des Stadtrates um 3 Prozentpunkte auf 87% zu erhöhen.

**Abstimmung über die drei Anträge betr. Steuerfuss 2017 (Gegenüberstellung)
(mit Stimmzähler)**

Festlegung des Steuerfusses auf 84% der einfachen Staatssteuer

3 Stimmen

Festlegung des Steuerfusses auf 85% der einfachen Staatssteuer

19 Stimmen

Festlegung des Steuerfusses auf 87% der einfachen Staatssteuer

12 Stimmen

total 34 Stimmen
absolutes Mehr 18 Stimmen

Damit stimmt der Rat der Festsetzung des Steuerfusses bei 85% der einfachen Staatssteuer zu.

Drittens: Abstimmung über das Gesamtpaket

Auf Anfrage von **Gemeinderatspräsidentin Monika Greter** liegen keine weiteren Anträge vor.

Abstimmung über das Gesamtpaket

Der Rat stimmt dem Voranschlag 2017 mit den vorhergehend beschlossenen Änderungen und den Leistungsaufträgen sowie der Festsetzung des Steuerfusses von 85% mehrheitlich zu.

Präsidentin der GRPK Christina Zurfluh Fraefel, SVP, stellt den Antrag, es sei für die angefangene Stunde wegen der 10 Minuten auf die Sitzungsentschädigung zu verzichten.

Abstimmungen über den Antrag von Christina Zurfluh Fraefel

Der Rat stimmt dem Antrag mehrheitlich zu.

Gegen die formelle Abwicklung der Ratsgeschäfte werden auf Anfrage von Gemeinderatspräsidentin Monika Greter keine Einwände erhoben.

Gemeinderatspräsidentin Monika Greter schliesst die Sitzung und wünscht allen eine schöne Adventszeit und frohe Weihnachten.

Ruth Schäfer, Ratssekretärin-Stv.